



Stiftung
Familienunternehmen

Internationaler Gerechtigkeitsindex

Betrachtungen von sechs Dimensionen in 34 Ländern



Impressum

Herausgeber:



Stiftung Familienunternehmen

Prinzregentenstraße 50

80538 München

Telefon: +49 (0) 89 / 12 76 400 02

Telefax: +49 (0) 89 / 12 76 400 09

E-Mail: info@familienunternehmen.de

www.familienunternehmen.de

Erstellt von:



IW Köln – Institut der deutschen Wirtschaft e. V.

Konrad-Adenauer-Ufer 21

50668 Köln

Prof. Dr. Dominik Enste (Institut der deutschen Wirtschaft und TH Köln)

Rebecca Gabel (Institut der deutschen Wirtschaft)

Jennifer Potthoff (Institut der deutschen Wirtschaft)

www.iwkoeln.de

© Stiftung Familienunternehmen, München 2025

Titelbild: skynesher | iStock

Abdruck und Auszug mit Quellenangabe

ISBN: 978-3-948850-57-9

Zitat (Vollbeleg):

Stiftung Familienunternehmen (Hrsg.): Internationaler Gerechtigkeitsindex – Betrachtungen von sechs Dimensionen in 34 Ländern, erstellt vom Institut der deutschen Wirtschaft e. V., München 2025, www.familienunternehmen.de

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse.....	V
A. Einleitung	1
B. Die Bedeutung von Gerechtigkeit	3
C. Gerechtigkeit: Eine multidimensionale Betrachtung.....	7
I. Sechs Dimensionen der Gerechtigkeit	7
II. Wohlfahrtsstaatsmodelle im Vergleich.....	13
D. Internationales Gerechtigkeitsranking: Ergebnisse des Ländervergleiches	19
I. Gesamtindex „Gerechtigkeit“	19
II. Bedarfsgerechtigkeit	24
III. Leistungsgerechtigkeit.....	27
IV. Chancengerechtigkeit	30
V. Einkommensgerechtigkeit.....	33
Exkurs: Vermögensungleichheit.....	37
VI. Regelgerechtigkeit	40
VII. Generationengerechtigkeit	42
E. Laienökonomik: Befragung zu wirtschaftspolitischen Empfehlungen	47
I. Überblick zu Laienökonomik und Biases	47
1. Kognitive Verzerrungen	48
2. Fairness-Überlegungen/Ethical Biases	48
II. Bevölkerungsumfrage zu wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen – Methodik und Ergebnisse.....	49
F. Analyse des Zusammenhanges von Gerechtigkeit, Wohlstand, Nachhaltigkeit und Wohlbefinden	57
I. Gerechtigkeit und materieller Wohlstand	57
II. Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.....	59
III. Gerechtigkeit und Wohlbefinden.....	62
G. Schlussfolgerungen und Empfehlungen	65
I. Wirtschaftspolitische Ableitungen	65

II. Fazit	68
H. Anhang	71
I. Methodik	71
1. Indexbildung und mögliche Kritikpunkte	71
2. Datenlage und Datenauswahl	72
II. Aufbau der Teilindikatoren.....	73
1. Übersicht zu den Gerechtigkeitsdimensionen und Quellen.....	73
2. Erläuterung der Variablen je Dimension.....	78
III. Standardisierung und Aggregation.....	84
Tabellenverzeichnis	89
Abbildungsverzeichnis	91
Abkürzungsverzeichnis.....	93
Literaturverzeichnis	95

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

Der vorliegende internationale Gerechtigkeitsindex zeigt, dass Deutschland trotz wirtschaftlicher Krisen, unkontrollierter Zuwanderung, demografischem Wandel sowie der Transformation der Wirtschaft durch Digitalisierung, Dekarbonisierung und Deglobalisierung im internationalen Vergleich kein grundsätzliches Gerechtigkeitsproblem hat.

Diese Studie liefert eine vergleichende, quantitative Untersuchung auf Basis von objektiven Daten der OECD, der Weltbank und Eurostat. Auf dieser Datenbasis ermittelt sie anhand von 43 Indikatoren einen internationalen Gerechtigkeitsindex. Ergänzend zu den statistischen Werten, die das tatsächliche Gerechtigkeitsniveau der verschiedenen Länder darstellen, wird die Wahrnehmung der deutschen Bevölkerung zu den Gerechtigkeitsdimensionen in einer quotenrepräsentativen Umfrage abgefragt. Die Wahrnehmung der Bevölkerung wird mit den objektiv gemessenen Daten kontrastiert.

Bei den für die Bevölkerung besonders wichtigen Dimensionen schneidet Deutschland gut ab. Für mehr Regelgerechtigkeit bedarf es Initiativen wie Bürokratieabbau und weniger staatliche Eingriffe. Verbesserungen im Bereich der Bildung sind zentral, um die Chancengerechtigkeit zu steigern. Bei Generationengerechtigkeit kann sich Deutschland als große Industrienation zu den Vorreitern zählen.

Laut internationalem Gerechtigkeitsindex liegt die Bundesrepublik hinter den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten in den Top 10 von 34 untersuchten Staaten. Das Gerechtigkeitsniveau hat sich in den letzten zehn Jahren (2014-2024) kaum verändert und ist stabil geblieben. Das skandinavische Modell liegt durchgehend auf dem höchsten Niveau, während die rudimentären Marktmodelle Südeuropas stets am schlechtesten abschneiden.

Deutschland befindet sich ähnlich wie der Durchschnitt der sozial ausgerichteten Marktwirtschaften Kontinentaleuropas konstant im Mittelfeld. Die kapitalistischen Systeme angelsächsischer Prägung und die postsozialistischen Marktwirtschaften bewegen sich im unteren Bereich des Gerechtigkeitsindex.

Basierend auf den statistischen Werten von 43 Indikatoren für das Jahr 2022 (dem neuesten Stand vieler Indikatoren) schneidet Deutschland insbesondere bei Bedarfsgerechtigkeit (Rang 6) und Generationengerechtigkeit (Rang 9) sehr gut ab. Durch einen starken Sozialstaat sind die Grundbedürfnisse der Menschen im Vergleich zu anderen Ländern besser abgesichert. Die Verantwortung gegenüber künftigen Generationen (Generationengerechtigkeit, Rang 9) wird durch eine im Vergleich zu anderen Ländern ambitionierte Klimapolitik und nachhaltige Finanzpolitik effektiv umgesetzt.

Deutschland in den TOP 10 des internationalen Gerechtigkeitsrankings.

Tabelle 1: Internationaler Gerechtigkeitsindex

Rang	Land	2022
1	Norwegen	74,8
2	Schweden	73,5
3	Dänemark	72,8
4	Island	71,0
5	Finnland	70,9
6	Luxemburg	68,0
7	Neuseeland	66,4
8	Österreich	65,3
8	Belgien	65,3
10	Deutschland	64,2
11	Schweiz	63,9
12	Niederlande	63,3
13	Tschechien	62,7
14	Slowenien	61,7
15	Irland	61,5
16	Estland	60,6
17	Frankreich	59,9
18	Australien	59,5
19	Portugal	59,2
20	Kanada	58,1
21	Litauen	55,9
22	Lettland	55,8
23	Israel	55,5
24	Ungarn	54,7
25	Vereinigtes Königreich	54,2
26	Spanien	54,0
27	Polen	53,3
27	Slowakei	53,3
29	Japan	51,5
30	USA	49,6
31	Italien	48,9
32	Griechenland	42,7
33	Rumänien	38,7
34	Türkei	32,0

Anmerkung: 0 = sehr ungerecht bis 100 = sehr gerecht im Vergleich der Länder; Stand: 2022.

Quellen: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD, 2024a, b, c, d, e, f, g; Weltbank, 2024a, b, c, d, e, f, g, h, i; Eurostat, 2024a, b, c; Energy Institute – Statistical Review of World Energy, 2024; OECD, 2023a, b, c, d, e, f, g, h; Weltbank, 2023; OECD, 2022a, b; Eurostat, 2022; Bertelsmann Stiftung, 2022b; Schneider/Boockmann, 2022; Weltbank, 2022b; Weltbank, 2020; OECD, 2020.

Die Ergebnisse zeigen einen klaren Handlungsauftrag für die Politik in den Bereichen Regelgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit, weil Deutschland in diesen Bereichen vergleichsweise schlechter abschneidet (Rang 17 und 14 im Jahr 2024), obwohl hier eine besonders hohe Zustimmung der Bevölkerung besteht (Priorität 1 und 2 bei den abgefragten Dimensionen). Dies bestätigt die These, dass die Menschen nicht etwa Ergebnisgerechtigkeit bevorzugen (also die Verteilung, die sich nach Arbeitseinsatz und Leistung ergibt), sondern die Rahmenbedingungen (Voraussetzungen für das Wirtschaften und Arbeiten) entscheidend für ein als gerecht empfundenes System sind. Die Präferenzen der Bürger und Bürgerinnen zeigen, dass es auf die Voraussetzungen ankommt und ungleiche Ergebnisse akzeptiert werden, wenn die zugrunde liegenden Regeln als gerecht wahrgenommen werden.

Ungleiche Ergebnisse werden akzeptiert, wenn Regeln als gerecht wahrgenommen werden.

Während Deutschland vor allem in diesen Bereichen der Gerechtigkeit gut abschneidet, droht das Land bei der Regelgerechtigkeit (2022: Rang 14) aufgrund des Vertrauensverlusts in staatliche Institutionen weiter zurückzufallen (Prognose 2024: Rang 17). Auch bei Einkommensgerechtigkeit (2022: Rang 21) und Leistungsgerechtigkeit (2022: Rang 19) liegt Deutschland im internationalen Vergleich weiter hinten. Die Herausforderung besteht darin, eine gerechte Verteilung von Einkommen zu erreichen, ohne das Leistungsprinzip zu untergraben. Allerdings zeigt eine Bevölkerungsumfrage, dass den Menschen Einkommensgerechtigkeit mit Abstand am unwichtigsten ist – im Gegensatz zur Gewichtung in öffentlichen Debatten.

Verteilungsgerechtigkeit am wenigsten wichtig

In einer aktuell durchgeführten Bevölkerungsumfrage, die in den Merkmalen Einkommen, Wohnort nach Bundesland und Geschlecht/Alter quotenrepräsentativ ist, wurden 3.267 Personen unter anderem zu ihrer Gerechtigkeitspräferenz befragt.

Fast 87 Prozent halten Regelgerechtigkeit für besonders wichtig, gefolgt von Chancengerechtigkeit (80,6 Prozent) und Generationengerechtigkeit (78,5 Prozent). 74,4 Prozent der Befragten stimmen der Aussage (voll und ganz) zu, dass eine Gesellschaft dann gerecht ist, wenn Personen, die im Beruf viel leisten, mehr verdienen als andere. Die geringste Zustimmung von 48,6 Prozent erfährt die Verteilungsgerechtigkeit.

Wer viel leistet, soll mehr verdienen.

Dass Einkommen und Vermögen möglichst gleich verteilt sind, ist den Menschen somit am unwichtigsten, gemessen an anderen Dimensionen. Verteilungsgerechtigkeit wird nicht nur im Vergleich zu Leistungsgerechtigkeit weniger häufig zugestimmt, sondern wird auch im Gesamtvergleich mit allen Dimensionen von den Wählerinnen und Wählern aller Parteien (außer der Partei Die Linke) im Durchschnitt als am seltensten mit Zustimmung bewertet.

Tabelle 2: Bedeutung von Gerechtigkeitsdimensionen

Platz	Gerechtigkeitsdimension	Aussage	Stimme voll und ganz zu/ Stimme zu in %
1	Regelgerechtigkeit	Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn die gleichen Regeln und Rechte für alle gelten.	86,6
2	Chancengerechtigkeit	Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn jeder Mensch unabhängig von der Herkunft über gleiche Chancen auf Teilnahme an Bildung, Arbeit und Gütern verfügt.	80,6
3	Generationengerechtigkeit	Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn jede Generation die gleichen Chancen auf Wohlstand hat und Lasten gleichmäßig verteilt sind.	78,5
4	Leistungsgerechtigkeit	Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Personen, die im Beruf viel leisten, mehr verdienen als andere.	74,4
5	Bedarfsgerechtigkeit	Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn sie sich besonders um die Schwachen und Hilfsbedürftigen kümmert.	68,0
6	Verteilungsgerechtigkeit	Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Einkommen und Vermögen möglichst gleich verteilt sind.	48,6

Anmerkung: 1 = Stimme voll und ganz zu; 2 = Stimme zu; 3 = Teils/Teils, 4 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme überhaupt nicht zu.

Quelle: Quotenrepräsentative Bevölkerungsumfrage (Dezember 2024), N=3.267.

Die Einschätzung von Verteilungsgerechtigkeit zieht sich auch durch die Bewertung von Maßnahmen, die für mehr Gerechtigkeit sorgen sollen. Sobald die eigenen Steuerzahlungen gefragt sind, lässt die Begeisterung schnell nach. Dass eine ungleiche Vermögensverteilung für die Gerechtigkeitswahrnehmung und auch für den Erfolg und die Lebenszufriedenheit eines Landes gar nicht so ausschlaggebend ist, zeigt Schweden: Ein hoher Lebensstandard, hohe Werte bei Gerechtigkeit (Gesamtindex), aber gleichzeitig auch die höchste Ungleichverteilung der Vermögen finden sich hier.

Korrelationsanalysen zeigen auch für andere Länder, dass Vermögensungleichheit nicht automatisch zu weniger Gerechtigkeit (gemessen am Gesamtindex) führt. Die Daten aus der Studie zeigen außerdem, dass Vermögensungleichheit nicht mit weniger Bedarfsgerechtigkeit einhergeht, und dass Länder mit höherer Vermögensungleichheit tendenziell sogar leicht besser abschneiden. Starke soziale Sicherungssysteme können nicht nur die Bereitschaft, sondern auch die finanziellen Möglichkeiten zur privaten Vermögensbildung senken. Dies liegt unter anderem daran, dass in Staaten mit hohen Zwangsabgaben (Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen) weniger freies Geld für den Aufbau von Privat- und Betriebsvermögen zur Verfügung steht, was insbesondere für die Mittelschicht gilt.

Eine weitere hierfür bemerkenswerte Erkenntnis der Studie ist die Diskrepanz zwischen den Vorstellungen zu Gerechtigkeitsmaßnahmen von Ökonomen und der allgemeinen Bevölkerung, den ökonomischen Laien. Während sich die Ansichten von Ökonomen und ökonomischen Laien bei den Themen Bürgergeld ohne Bedürftigkeitsprüfung und Transferleistungen für nicht aufenthaltsberechtigte Personen weitestgehend decken, bewerten Ökonomen andere Aspekte der Gerechtigkeit und entsprechende Initiativen differenzierter und stützen sich stärker auf empirische Daten, während Laien sich oft von persönlichen Erfahrungen, kognitiven Verzerrungen und gesellschaftlichen Narrativen leiten lassen.

Insbesondere bei den Themen Mindestlohn, Klimaschutz, Arbeitsplatzverluste und Rente zeigen sich teils deutliche Unterschiede in der Bewertung der Vorkehrungen: Während die Mehrheit der Befragten (66 Prozent) einen Mindestlohn von 15 Euro unterstützen, lehnen Ökonomen diesen aus Sorge vor Arbeitsplatzverlusten eher ab. Bei Klimaschutzmaßnahmen befürworten Ökonomen eine höhere CO₂-Bepreisung in Kombination mit einem Klimageld, wofür nur ein Drittel der Bevölkerung Zustimmung zeigt. Die Bürgerinnen und Bürger legen mehr Wert auf unmittelbare soziale Ausgleichsmaßnahmen, während Ökonomen Effizienz, langfristige Anreizstrukturen und wirtschaftliche Stabilität priorisieren.

Dieser Unterschied zeigt sich auch bei Themen wie dem Strukturwandel und der Transformation, bei denen ökonomische Laien moralisch-intuitiv urteilen, während Ökonomen empirisch-differenziert, utilitaristisch argumentieren. Bei der Rentenpolitik ergeben sich ebenfalls starke Differenzen: Weniger als jeder vierte Befragte unterstützt ein höheres Renteneintrittsalter und weniger als 17 Prozent der Bevölkerung sind der Ansicht, dass Rentenzahlungen zukünftig langsamer steigen sollten als die Löhne – Ökonomen hingegen sehen diese Vorkehrungen als notwendig für die finanzielle Nachhaltigkeit des Rentensystems (Generationengerechtigkeit) an. Diese Diskrepanz in der Bewertung von Gerechtigkeitsmaßnahmen erschwert die Umsetzung politischer Reformen und erfordert eine klare Kommunikation wirtschaftlicher Notwendigkeiten, ergänzt durch soziale Kompensationen, um langfristig wirtschaftlich tragfähige und gesellschaftlich akzeptierte Lösungen zu schaffen. Ganz im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft, die für sozialen Ausgleich und marktliche Steuerung und Wettbewerb steht.

A. Einleitung

Faktenbasiert gemessene (objektive) und mittels Umfrage erhobene wahrgenommene (subjektive) Gerechtigkeit unterscheiden sich häufig stark. Je nach politischer Einstellung und ökonomischem Fachwissen driften die Vorstellungen von einer gerechten Gesellschaft auseinander. Diesem Spannungsfeld widmet sich die vorliegende Studie. Sie analysiert und vergleicht ökonomische Daten von 34 Ländern. Gegenübergestellt wird diesen Ergebnissen eine aktuelle Bevölkerungsbefragung (N=3.267) in Deutschland.

Zunächst wird in Kapitel B die Rolle von Gerechtigkeit aus psychologischer, soziologischer und ökonomischer Perspektive beleuchtet. Danach werden die für moderne Gesellschaften relevanten Gerechtigkeitsprinzipien, die der Gerechtigkeitsforschung zugrunde liegen, identifiziert und voneinander abgegrenzt (Kapitel C.I). Bedarfs-, Leistungs-, Chancen-, Einkommens-, Regel- und Generationengerechtigkeit bilden die Grundlage für die in der Studie durchgeführten Analysen. Außerdem werden verschiedene Modelle von Wohlfahrtsstaaten skizziert, die sich im Laufe der letzten Jahrzehnte herausgebildet haben und Gerechtigkeitsprinzipien in unterschiedlichem Maße erfüllen (Kapitel C.II). Im Zentrum der Studie steht das in Kapitel D vorgestellte internationale Gerechtigkeitsranking. Dabei werden insgesamt 43 Indikatoren zur Erfassung der sechs Dimensionen verwendet und 34 Länder vergleichend bewertet. Der Index zeigt, wie die jeweiligen Gerechtigkeitsvorstellungen (je nach Dimension) im internationalen Vergleich erfüllt werden und sich im Zeitverlauf entwickelt haben. Die neuesten Werte liegen für die 43 Indikatoren für das Jahr 2022 vor; wir schätzen zusätzlich die Werte für die Jahre 2023 und 2024, nennen im Text aber vor allem die Werte für 2022. Die Auswahl erfolgt theoriebasiert, ist aber insofern nicht allumfassend, da nur verfügbare Daten aus offiziellen Statistiken der 34 Länder verwendet werden konnten. Dies erfordert einen Kompromiss zwischen theoretischen wünschenswerten Kennziffern (wie z. B. der tatsächlichen steuerlichen Belastung von Steuerpflichtigen) und den aufgrund der Komplexität des Steuerrechtes validen und reliabel ermittelbaren Werten. Zudem fasst ein Index verschiedene Werte in einer komprimierten Zahl zusammen, wodurch viele Detailinformationen verloren gehen. Der Gerechtigkeitsindex dient insofern keiner trennscharfen Messung von Gerechtigkeit, sondern ist eher als ein Impuls und eine Einordnung zu verstehen, die der Politik eine gute Basis für Diskussionen bietet und objektive Handlungsmöglichkeiten aufzeigen kann. Ergänzend dazu wird auf Basis einer eigens erhobenen Bevölkerungsumfrage analysiert, was ökonomische Laien als gerecht empfinden und inwieweit das individuelle Gerechtigkeitsempfinden und die Meinung zu wirtschaftspolitischen Initiativen von Laien von der Perspektive der Ökonomen abweichen (Kapitel E). Abschließend wird der Zusammenhang von Gerechtigkeit mit anderen sozioökonomischen Variablen wie dem materiellen Wohlstand, der Nachhaltigkeit und dem Wohlbefinden untersucht (Kapitel F), um weitere Rückschlüsse zu ziehen und Politikempfehlungen abzuleiten (Kapitel G).

B. Die Bedeutung von Gerechtigkeit

Die Gegenwart ist stark geprägt von Krisen, die sich auf das Vertrauen der Menschen in die Demokratie und in ihre Institutionen sowie auf das Empfinden von Gerechtigkeit auswirken: Der Ukrainekrieg, die Energiekrise, Stagnation beim Wirtschaftswachstum, der Anstieg der Lebenshaltungskosten, Wohnungsnot, unkontrollierte Migration und nicht zuletzt der Klimawandel stellen Deutschland vor große Herausforderungen und erfordern Transformationsprozesse. Megatrends wie die Dekarbonisierung der Wirtschaft, Digitalisierung und Deglobalisierung sorgen zusätzlich für Verunsicherung. Ergänzend dazu sorgt der demografische Wandel mit Blick auf die fehlende Nachhaltigkeit des deutschen Rentensystems sowie der Pflege- und Krankenversicherung für zunehmende Angst vor (Alters-)Armut (Ipsos, 2024). Fragen nach mehr „Gerechtigkeit“ rücken noch weiter in das Zentrum politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Debatten, wenn das Wachstum ausbleibt und Verteilungskonflikte an Schärfe gewinnen. Neben der Suche nach dem „gerechten“ Lohn sowie dem gerechten Abstand zwischen Mindestlohn und Bürgergeld dreht sich die Debatte um Gerechtigkeit aufgrund des Klimawandels vermehrt auch um Generationengerechtigkeit und nicht erst seit der Pandemie um Chancengerechtigkeit. Gerechtigkeit ist von zentraler Bedeutung, da sie das Fundament für eine stabile, funktionierende und kooperative Gesellschaft und Wirtschaft bildet:

Gerechtigkeit ist das Fundament für eine stabile, funktionierende und kooperative Gesellschaft.

- Aus **psychologischer Sicht** beeinflusst Gerechtigkeit das individuelle Wohlbefinden, da Menschen ein grundlegendes Bedürfnis haben, sich gerecht behandelt zu fühlen (Fetchenauer, 2009). Psychologische Studien haben gezeigt, dass subjektiv erlebte Ungerechtigkeit eine medizinisch diagnostizierbare psychische Belastung sein kann. Es besteht beispielsweise ein Zusammenhang zwischen wahrgenommener Ungerechtigkeit und dem Gefühl von Niedergeschlagenheit, Trübsinn und körperlichen Beschwerden (Badura et al., 2020). Der Zusammenhang zwischen psychischer und physischer Gesundheit sowie Ungerechtigkeits Erfahrungen konnte bereits in komplexen Längsschnittstudien gezeigt werden (Schunck et al., 2013; 2015). Laut einer Metastudie von Robbins et al. (2012) wirkt sich Ungerechtigkeit stärker auf die psychische Gesundheit aus, hat aber auch körperliche Auswirkungen (z. B. erhöhter Blutdruck), die mit psychischen Problemen einhergehen. Die Wahrnehmung von Gerechtigkeit hingegen korreliert mit einer hohen Lebenszufriedenheit (Di Martino/Prilleltensky, 2020).
- **Soziologen** betrachten Gerechtigkeit nicht nur als einen wichtigen Wert für jeden Einzelnen, sondern auch als einen Schlüssel zur sozialen Kohäsion und Stabilität von Gesellschaften. Wer sich gerecht behandelt fühlt, entwickelt Vertrauen und die Bereitschaft, in einer Gemeinschaft zu kooperieren. Die Kooperationsbereitschaft sinkt, sobald Menschen von Ungerechtigkeit betroffen sind (Liebig/May, 2015). Studien von Schwellen- und weniger entwickelten Ländern zeigen beispielsweise, dass Gesellschaften mit einem geringen Ausmaß sozialer Gerechtigkeit ein höheres Kriminalitätsaufkommen vorweisen (Scheuerman,

2013). Anser et al. (2020) und Sugiharti et al. (2023) stellen einen positiven Zusammenhang zwischen starker Einkommensungleichheit (Gini-Koeffizient), Arbeitslosigkeit und Kriminalitätsraten fest und argumentieren, dass diese beiden sozioökonomischen Faktoren die wichtigsten Determinanten für soziale Konflikte sind. Die bedeutende Rolle von Gerechtigkeit in Deutschland spiegelt sich in ihrer Verankerung in der Sozialstaatsklausel wider, nach der es als eine Verpflichtung des Staates angesehen wird, „für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen“ (BVerfG, 2009, S. 257). In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass Gerechtigkeit in einer modernen Gesellschaft nur durch strukturelle Maßnahmen erreichbar ist. Der Staat ist zentraler Akteur, um faire wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen zu schaffen. Moralische Appelle allein reichen nicht aus, um gesellschaftliche Probleme zu lösen – es braucht institutionelle Veränderungen (Goldschmidt, 2010).

- **Ökonomen** betonen die Bedeutung von Gerechtigkeit für wirtschaftliche Entwicklung und Stabilität. Eine nachhaltige Finanzpolitik beispielsweise fördert langfristiges Wirtschaftswachstum. Außerdem begünstigt eine (leistungs-)gerechte Verteilung von Ressourcen und Chancen die Anreize für Unternehmertum und Innovation. Eine sehr starke Ungleichheit in der Bevölkerung hingegen kann das Wirtschaftswachstum hemmen, wenn sie den Zugang zu Bildung und anderen Entwicklungsmöglichkeiten für benachteiligte Bevölkerungsgruppen einschränkt, wodurch das vorhandene Humankapital für die Volkswirtschaft nicht optimal entwickelt und eingesetzt werden kann (Kolev/Niehués, 2016).

Wie steht es um das Gerechtigkeitsempfinden der Deutschen derzeit? Einer aktuellen Umfrage zufolge sieht jeder Zweite (53 Prozent) den Wert „Gerechtigkeit im Land“ als voll und ganz oder weitgehend realisiert (Körber Stiftung, 2024). Gemäß einer Umfrage der Stiftung Familienunternehmen, die im Frühsommer 2025 veröffentlicht wird, bewertet die Mehrheit der Deutschen (55 Prozent) die wirtschaftlichen Verhältnisse im Land als ungerecht, während die eigene Lage von weniger als jedem Dritten (30 Prozent) als ungerecht bewertet wird. Eine andere Umfrage kommt zu einem ähnlichen Ergebnis: Mehr als jeder Zweite (58 Prozent) empfindet, dass es in Deutschland eher ungerecht zugeht (Goldschmidt et al., 2025). Nur 35 Prozent betrachten den Zustand im Land als eher gerecht. Je nachdem, welcher Partei die Bürger nahestehen, unterscheiden sich die Gerechtigkeitsempfindungen jedoch stark: Während die Mehrheit der Anhänger des Bündnis 90/Die Grünen (57 Prozent) und der SPD (53 Prozent) finden, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht zugeht, sehen dies nur 8 Prozent der AfD-Anhänger so. Dieses Ergebnis verdeutlicht den starken Zusammenhang zwischen wahrgenommener Ungerechtigkeit und der Entscheidung, für die AfD zu votieren (Infratest dimap, 2023).

Auch eine Studie der Bertelsmann Stiftung (2022a) zeigt, dass die Mehrheit der Deutschen das Gefühl hat, es gehe im Land nicht gerecht zu – weder bei der Verteilung von Gütern und Vermögen noch zwischen den Generationen. Nur 27 Prozent sagen, es gehe zwischen den

Generationen gerecht zu und noch weniger (17 Prozent) sind davon überzeugt, dass es in Deutschland Verteilungsgerechtigkeit gebe.

In Hinblick darauf ist es kaum überraschend, dass sich die Frage nach Gerechtigkeit zu einem wichtigen Thema im Bundestagswahlkampf 2025 entwickelt hatte. Doch welcher Grad der Heterogenität gibt Anlass, von Ungerechtigkeit zu sprechen? Und (wie) kann man das Ausmaß von Gerechtigkeit messen?

Gerechtigkeit ist ein normatives Konzept und grundsätzlich eine Frage der persönlichen Perspektive. Wenn Menschen sich in ihrem Wertegerüst unterscheiden, nehmen sie auch Gerechtigkeit anders wahr. Während für die einen Gerechtigkeit bedeutet, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich nicht zu weit öffnen darf, empfinden es andere als gerecht, wenn Leistung sich lohnt und Menschen entsprechend ihrem gesellschaftlichen Beitrag honoriert werden. Die durchschnittliche Rangfolge der Gerechtigkeitsdimensionen (vgl. Tabelle 1 in der Zusammenfassung) ist dabei durchaus politisch bedeutsam (Kapitel E).

Angesichts der oftmals diffusen öffentlichen Diskussion verfolgt die vorliegende Studie das Ziel, die Gerechtigkeitsdebatte zu versachlichen und durch eine theoretische Herleitung von sechs Dimensionen von Gerechtigkeit offenzulegen, dass es die eine soziale Gerechtigkeit nicht gibt. Auch oder gerade politische Parteien nehmen unterschiedliche Perspektiven auf Gerechtigkeit ein. Denn während die SPD, Linke und BSW vor allem auf Einkommensgerechtigkeit schauen, das Bündnis 90/Die Grünen auf Generationengerechtigkeit und die FDP sich besonders für Chancen- und Leistungsgerechtigkeit einsetzt, ist für die Union (CDU/CSU) vor allem Regelgerechtigkeit wichtig. Bedarfsgerechtigkeit wird hingegen parteiübergreifend als Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft gesehen. Noch strittiger sind die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorkehrungen sowie deren Umsetzung und Finanzierung – nicht nur zwischen den Parteien, sondern auch zwischen Wissenschaftlern und Laien. Nach einem umfassenden Ländervergleich entlang dieser sechs Gerechtigkeitsdimensionen werden deshalb Empfehlungen von Ökonomen zur Erreichung von mehr Gerechtigkeit mit den Empfindungen und Gerechtigkeitswahrnehmungen von ökonomischen Laien verglichen.

Die Suche nach einer gerechten Gesellschaft führt dabei in die Irre, wenn die Wirtschaft und Gesellschaft nach völlig neuen Modellen gestaltet werden sollen, die in der Theorie mehr Gerechtigkeit versprechen, aber in der Realität scheitern. Dies gilt sowohl für Ideen einer Gemeinwohlwirtschaft, die sich als wenig konkretes und nicht umsetzbares Konstrukt erwiesen hat, als auch für das bedingungslose Grundeinkommen, das selbst bei den Empfängern langfristig zu keinerlei positiven Effekten geführt hat (Enste, 2024). Statt Utopien zu verfolgen, werden in dieser Studie verschiedene real existierende Ausprägungen von Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen miteinander verglichen, die sich in den letzten Jahrzehnten als

Wohlfahrtsstaaten – mehr oder weniger – bewährt haben. Dieser Vergleich kann aufzeigen, welche Stellschrauben gegebenenfalls angepasst werden können, um in der Realität (noch) mehr Gerechtigkeit zu erreichen.

C. Gerechtigkeit: Eine multidimensionale Betrachtung

I. Sechs Dimensionen der Gerechtigkeit

Aus wissenschaftlicher Perspektive lassen sich sechs Gerechtigkeitsdimensionen mit jeweils unterschiedlichen theoretischen Konzeptionen voneinander unterscheiden (Enste et al., 2013):

Bedarfsgerechtigkeit: Jeder erhält, was er zur Sicherung seines Bedarfs (Existenzminimums) benötigt.

Bedarfsgerechtigkeit bedeutet, dass jeder erhält, was er zur Sicherung seines Existenzminimums benötigt.

Beim Konzept der Bedarfsgerechtigkeit geht es um die Erfüllung der Grundbedürfnisse jedes Einzelnen, wozu unter anderem eine grundlegende medizinische Versorgung und ein existenzsicherndes Einkommen gehören. Die Umverteilung dieses Teils des Sozialproduktes erfolgt nach Bedürftigkeit (Traub, 2020). Der zentrale Gedanke ist, dass einige Menschen aufgrund verschiedener Umstände nicht oder nur eingeschränkt in der Lage sind, durch Arbeit selbst ein ausreichendes Einkommen zu erzielen, um ihre Grundbedürfnisse zu decken. Aus dem Grund sind staatliche Transfers erforderlich. Auch liberale Ökonomen plädieren dafür, dass eine Mindestsicherung existiert, da sie nicht nur den tatsächlichen Bedürftigen zugutekommt, sondern auch die Risikobereitschaft jedes Einzelnen stärkt und so für wirtschaftliche Entwicklung und Innovation sorgt. Denn Scheitern führt bei ausreichender Abdeckung der Grundbedürfnisse nicht automatisch zu Armut.

Ein hoher Erfüllungsgrad von Bedarfsgerechtigkeit wird erreicht, wenn absolute und relative Armut weitestgehend vermieden werden. Absolute Armut liegt vor, wenn Personen über ein Einkommen unterhalb des Existenzminimums verfügen. Das bedeutet, dass sie ihre Grundbedürfnisse (Nahrung, Kleidung und Wohnen) nicht befriedigen können. Diese Armutsschwelle liegt nach Angaben der Weltbank seit 2022 bei 2,15 US-Dollar (in Kaufkraftparitäten) pro Tag (Weltbank, 2022a). Absolute Armut ist in entwickelten und hoch entwickelten Ländern faktisch überwunden und wird deshalb in unserem OECD-Ländervergleich nicht berücksichtigt. Demgegenüber gelten Menschen als relativ arm, wenn deren Einkommen nach den in ihrem Land üblichen Standards niedrig ist. Die Armutsquote der OECD ist definiert als der prozentuale Anteil der Personen, die weniger als 50 Prozent vom Median des Nettoäquivalenzeinkommens (mittleren Einkommens) zur Verfügung haben (OECD, 2022a). Bedarfsgerechtigkeit ist nicht nur für die individuelle Wohlfahrt entscheidend, sondern auch für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft. Ist der Grundbedarf von Bedürftigen nicht gedeckt, so besteht die Gefahr sozialer Spaltungen aufgrund prekärer Lebenslagen und politischer Konflikte (Hradil et al., 2022, S. 9).

Jeder erhält, was ihm entsprechend seiner individuellen Leistung zusteht, d. h. Ungleichheit aufgrund unterschiedlicher Leistungen ist nicht ungerecht.

Leistungsgerechtigkeit: Jeder erhält, was ihm entsprechend seiner individuellen Leistung zusteht.

Bei dieser Gerechtigkeitsdimension gilt, dass sich Anstrengung lohnt und Arbeit sich auszahlt. Im perfekten leistungsgerechten Zustand entsprechen die Einkommen der Bürger ihrer jeweiligen Leistung. Im Gegensatz zu Bedarfsgerechtigkeit steht hinter dem Konzept der Leistungsgerechtigkeit nicht die Orientierung an den Bedürfnissen, sondern an der Leistung der Individuen. Es folgt daraus die Haltung, dass Ungleichheit nicht ungerecht ist, wenn sie auf unterschiedliche Leistungen zurückgeht (Cremer, 2021). Einkommensunterschiede können also durch Leistungsunterschiede legitimiert werden und somit gerechte Ungleichheiten abbilden. In einem marktwirtschaftlichen System werden Einkommen und Leistung durch den Markt sowie durch das Prinzip des Wettbewerbs miteinander verknüpft. Angebot und Nachfrage gleichen sich über den Preis aus, was im besten Fall zu einer leistungsgerechten Verteilung führt. Diejenigen, die besonders viel leisten, können höhere Einkommen erzielen als andere. Aber eine Wettbewerbsordnung, die auf einem marktwirtschaftlichen Austausch von Angebot und Nachfrage basiert, belohnt letztlich nicht Leistung, sondern Knappheit: Waren, Dienstleistungen und Fähigkeiten, die als knapp gelten, erzielen unabhängig von der zugrunde liegenden Leistung einen höheren Preis oder Lohn als jene mit Angebotsüberschuss (Enste et al., 2013). Somit kann jemand sehr viel leisten, aber dennoch nur ein geringes Einkommen erzielen, wenn viele die gleiche Leistung erbringen. Dies führt in der gesellschaftlichen Debatte dazu, dass Menschen die Marktwirtschaft für ungerecht halten.

Nichtsdestotrotz ist eine leistungsorientierte Bezahlung ökonomisch betrachtet wünschenswert, weil ansonsten nur geringe Arbeitsanreize bestünden (Kolev/Niehues, 2016). Arbeiten muss sich daher mehr lohnen, als Transferleistungen zu beziehen, zum Beispiel in Form von Bürgergeld. Daraus lässt sich ableiten, dass eine signifikante monetäre Differenz zwischen sozialen Transfers und individuell erreichbarbarem Nettoeinkommen nach Abzug aller Kosten bestehen muss, damit ein System als leistungsgerecht gilt. Überdies kann eine Lohnentwicklung, die sich völlig disproportional zur Produktivität je Arbeitsstunde verändert, als Widerspruch zur Leistungsgerechtigkeit angesehen werden. Auch ein hohes Maß an Korruption, wo sich statt Leistung gute Netzwerke oder wenig moralische Standards auszahlen, widerspricht der Leistungsgerechtigkeit.

Chancengerechtigkeit: Jeder hat zu Beginn die gleichen Ausgangsbedingungen für Teilhabe an Bildung, am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben.

Insbesondere seit der demografische Wandel zu einem Mangel an Fachkräften geführt hat und viele Arbeitgeber keine geeigneten Mitarbeiter mehr finden, ist die Aufmerksamkeit für das Problem ungerechter Chancen gewachsen. Hinter Chancengerechtigkeit verbirgt sich die Idealvorstellung, dass alle Individuen einer Gesellschaft gleiche Startchancen auf Bildung, Beruf und gesellschaftliche Teilhabe besitzen und sie durch gleichmäßige Ausgangsvoraussetzungen alle die Möglichkeit haben, ihre Lebenssituation durch eigene Anstrengung zu gestalten und zu verbessern. Im Gegensatz zu Bedarfsgerechtigkeit geht es bei Chancengerechtigkeit nicht um die Verteilung von Gütern und Lasten, sondern um die „Verteilung der Möglichkeit und Fähigkeit, Güter zu erwerben und Lasten zu vermeiden“ (Ebert, 2010).

Jedem ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, ist das Ziel von Chancengerechtigkeit.

In der Diskussion und Bewertung von Chancengerechtigkeit ist zu beachten, dass Menschen grundsätzlich nicht gleich sind. Eine pauschale Gleichbehandlung ist ungerecht, denn Ungleiches gleich zu behandeln führt zu weniger Chancengerechtigkeit: Wer mehr Hemmnisse oder Einschränkungen hat oder mit mehr Herausforderungen kämpft, braucht auch mehr und besondere Unterstützung. Jedes Neugeborene startet mit einer unterschiedlichen genetischen Prädisposition in sein Leben. Die Aufgabe von Politik besteht darin, die Chancen so gerecht zu verteilen wie möglich, indem die Rahmenbedingungen ähnliche Aussichten auf Erfolg im späteren Leben versprechen. Individuelle Talente nutzen und jedem – unabhängig von Herkunft oder Geschlecht – ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, ist das Ziel von Chancengerechtigkeit.

Um diese Gerechtigkeit zu erreichen, bedarf es insbesondere eines offenen Zugangs zu Bildung (Cremer, 2021). Durch ihren Einfluss auf Berufsmöglichkeiten, gesellschaftliche Anerkennung und das eigene Wohlergehen gilt Bildung als „zentraler Anwendungsbereich für Forderungen nach Gerechtigkeit“ (Meyer, 2016, S. 363). Gerechte Bildungsstrukturen müssten Menschen im Schulsystem gleichermaßen die Möglichkeit geben, ihre Fähigkeiten einzubringen. Es ist beispielsweise empirisch nachgewiesen, dass Kinder von Eltern mit hohem Einkommen und guter Bildung deutlich höhere Bildungschancen haben als Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen und Eltern ohne Abitur: Nur 21 Prozent der Kinder in Deutschland, deren Eltern beide kein Abitur und einen Migrationshintergrund haben sowie zusammen weniger als 2.600 Euro netto im Monat verdienen, besuchen das Gymnasium. Bei Kindern, deren Eltern Migrationshintergrund, Abitur und ein Haushaltseinkommen von mehr als 5.500 Euro netto haben, sind es 80 Prozent (Wößmann et al., 2023, S. 35).

Nichtsdestotrotz ist Chancengerechtigkeit nicht mit Chancengleichheit gleichzusetzen, da eine strikt gleiche Verteilung von Ressourcen und Möglichkeiten in einer heterogenen Gesellschaft und vielfältigen Kultur und Welt weder erwünscht noch möglich wäre. Während Chancengleichheit eine formal gleiche Ausgangslage für alle Individuen anstrebt – unabhängig von deren sozialen, ökonomischen oder kulturellen Hintergründen – berücksichtigt Chancengerechtigkeit

die individuellen Voraussetzungen und strukturellen Ungleichheiten, um tatsächliche Teilhabe zu ermöglichen. Ein Beispiel hierfür ist das Bildungssystem: Würden alle Schülerinnen und Schüler exakt die gleichen Unterstützungsangebote erhalten, würde dies bestehende soziale Unterschiede nicht ausgleichen, sondern potenziell verstärken. Kinder aus bildungsfernen oder sozial benachteiligten Familien verfügen nicht über dieselben Ressourcen (z. B. Nachhilfe, elterliche Unterstützung) wie Kinder aus privilegierten Haushalten. Chancengerechtigkeit setzt an diesen Ungleichheiten an, indem sie gezielte Fördermaßnahmen bereitstellt, um strukturelle Benachteiligungen abzubauen und faire Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen. Daher ist Chancengerechtigkeit ein dynamisches Konzept, welches durch differenzierte Schritte zur individuellen Unterstützung erreicht werden soll. Neben gleichen Ausgangsbedingungen für Teilhabe an Bildung und am Arbeitsmarkt gehören auch gleiche Rechte, zum Beispiel bei politischen Wahlen, zu den Zielen der Chancengerechtigkeit.

Einkommensgerechtigkeit liegt vor, wenn Einkommen und Lasten gleichmäßig verteilt sind.

Einkommensgerechtigkeit: Einkommen und Lasten sind gleichmäßig verteilt.

Die Entwicklung der Einkommensunterschiede in Deutschland ist regelmäßig Gegenstand öffentlicher Debatten: Die einen kritisieren jegliche noch so kleine Zunahmen an Einkommensungleichheit und sehen darin einen weiteren Beweis für die Ungerechtigkeit der Gesellschaft. Andere verweisen darauf, dass das Ungleichheitsniveau in Deutschland gegenüber anderen Ländern eher moderat sei und angesichts dessen kein Grund zur Besorgnis bestehe. Zugleich werden Einkommensungleichheiten als notwendiger Bestandteil einer (sozialen) Marktwirtschaft angesehen, weil Unterschiede in den individuellen Talenten, den getätigten Investitionen in die eigene Ausbildung oder auch der Leistungsbereitschaft anerkannt werden müssten. Einkommensgerechtigkeit bedeutet, dass die Einkommen der Mitglieder einer Gesellschaft gemäß dem Gleichheitsprinzip unabhängig von Leistung und Beruf möglichst gleichmäßig verteilt sein sollten, um soziale Ungleichheiten zu minimieren (Liebig/Adriaans, 2021). Eine gerechte Einkommensverteilung trägt zur sozialen Kohäsion bei (Kapitel B), während eine hohe Einkommensungleichheit zu sozialen Spannungen und politischer Instabilität führen kann. Außerdem können die Investitionen in das Humankapital eines Landes leiden, wenn der Zugang zum Bildungs- und Gesundheitssystem stark vom Einkommensniveau abhängt und dieses sehr ungleich verteilt ist.

Zugleich kann ein gewisses Maß an Einkommensungleichheit gesamtwirtschaftlich betrachtet auch positive und wachstumsfördernde Effekte haben. Die Ungleichheit steigert den Anreiz, den eigenen Arbeitseinsatz zu erhöhen und Investitionen in das eigene Humankapital zu tätigen, zum Beispiel durch Bildungsinvestitionen. Einkommensungleichheit wird jedoch zur Gefahr, wenn die Unterschiede als so groß wahrgenommen werden, dass sie sich demotivierend

auf die Leistungsanreize und Investitionen in Bezug auf Aus- und Weiterbildung auswirken oder die Unterschiede aufgrund mangelnder Chancengerechtigkeit als persistent wahrgenommen werden (Hradil et al., 2022). Haben Menschen aus einkommensschwachen Haushalten schlechtere Chancen auf Bildung, Gesundheitsversorgung und beruflichen Aufstieg, kann eine Umverteilung des Einkommens diese Ungleichheiten verringern. Durch eine (progressive) Einkommenssteuer wird beispielweise in Deutschland für einen Ausgleich ungleicher Markteinkommen gesorgt.

Regelgerechtigkeit:

Gleiche Regeln und gleiches Recht für alle.

Regelgerechtigkeit beruht auf dem Prinzip, dass die Rahmenbedingungen des Zusammenlebens für alle gleichermaßen gelten. Diese Dimension von Gerechtigkeit gilt als erfüllt, wenn alle Teilnehmer der Gesellschaft auf Basis der gleichen, institutionell vorgegebenen Rahmenbedingungen am Marktgeschehen teilnehmen und vor dem Gesetz gleichbehandelt werden. Regelgerechtigkeit impliziert das ausnahmslose Verbot von Privilegierung oder Diskriminierung einzelner durch politische Regeln und die institutionelle Rahmenordnung. Um Gesetze für alle Betroffenen zustimmungsfähig und zumutbar zu machen, sollten sie transparent und nachvollziehbar sein (Enste et al., 2013). Im Gegensatz zur Bedarfs-, Leistungs-, Chancen- und Einkommensgerechtigkeit, die sich auf die Verteilung von Ressourcen und Gütern und die Möglichkeit, diese zu erwerben, konzentrieren, betont Regelgerechtigkeit die Bedeutung fairer Verfahren als Voraussetzung für gerechte Ergebnisse. John Rawls, ein einflussreicher Gerechtigkeitstheoretiker, argumentiert in seiner Theorie der Gerechtigkeit, dass faire Verfahren notwendige Bedingungen für gerechte gesellschaftliche Verhältnisse sind (Rawls, 1971).

Durch die Etablierung transparenter und gleicher Verfahren wird sichergestellt, dass alle Mitglieder der Gesellschaft gleiche Chancen haben, ihre Interessen zu vertreten und ihre Rechte wahrzunehmen. Dies ist besonders wichtig in demokratischen Systemen, wo die Gleichheit vor dem Gesetz und die Unparteilichkeit der Gerichte fundamentale Prinzipien sind. Art. 3 Abs. 1 GG beinhaltet den allgemeinen Gleichheitssatz, der verbietet, Gleiches ungleich zu behandeln. Ebenso darf Ungleiches nicht gleichbehandelt werden. Kurz gefasst kann man sagen: Gleiches Recht für alle (Bundesministerium der Justiz, k. J.). In modernen Gesellschaften gilt Gerechtigkeit als Kooperationsbedingung: Werden Ungerechtigkeiten erfahren, so kündigen Menschen ihre Kooperationsbereitschaft auf, denn Ungerechtigkeiten signalisieren, dass Ausbeutungsverhältnisse vorliegen und die eigenen Interessen und Integrität der eigenen Person keine Beachtung finden (Liebig/May, 2015, S. 10 f.). Regelgerechtigkeit unterstützt außerdem die Integration unterschiedlicher sozialer Gruppen, denn faire Verfahren berücksichtigen die Vielfalt der Gesellschaft. Dies ist besonders relevant in pluralistischen Gesellschaften, in denen

Wenn gleiche Regeln und gleiches Recht für alle Teilnehmer einer Gesellschaft gelten, liegt Regelgerechtigkeit vor.

unterschiedliche kulturelle, religiöse und ethnische Gruppen koexistieren. Zusammengefasst schützt Regelgerechtigkeit nicht nur die Rechte und Freiheiten der Individuen, sondern gewährleistet auch die Legitimität und Akzeptanz der getroffenen Entscheidungen, fördert das Vertrauen in Institutionen und stärkt den sozialen Zusammenhalt.

Intergenerationale Gerechtigkeit liegt vor, wenn die zukünftigen Generationen nicht stärker belastet werden, als sie von der aktuellen Generation profitieren.

Generationengerechtigkeit: Jede Generation sorgt für eine ausgewogene Verteilung von Ressourcen, Rechten und Pflichten zwischen den verschiedenen Generationen.

Im Gegensatz zu den zuvor diskutierten Gerechtigkeitsdimensionen geht es bei Generationengerechtigkeit nicht nur um den aktuellen Status quo, sondern auch um den Blick in die Zukunft und die Frage, ob die Entscheidungen und Verhaltensweisen heutiger Generationen gute Ausgangsbedingungen und Handlungsspielraum zukünftiger Generationen gewährleisten oder nicht. Die intergenerationelle Gerechtigkeit gilt als erfüllt, wenn die zukünftigen Generationen nicht stärker belastet werden, als sie von der aktuellen Generation profitieren (Enste et al., 2013).

Das Konzept Generationengerechtigkeit umfasst ökonomische, ökologische und soziale Aspekte, wobei letztere in den zuvor genannten Dimensionen (Bedarfs- und Chancengerechtigkeit) bereits enthalten sind. Ökonomisch gesehen bedeutet Generationengerechtigkeit eine faire Verteilung von Schulden und Vermögen sowie die Sicherstellung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung, die zukünftigen Generationen eine stabile wirtschaftliche Basis bietet. Zwischen der jungen, mittleren und alten Generation werden zahlreiche Transfers geleistet: Die mittlere Generation finanziert nicht nur den Unterhalt der jungen Generation, sondern über Steuern und Abgaben auch die Rente sowie Gesundheits- und Pflegeleistungen der alten Generation. Aus Steuer- und Abgabeleistungen sowie Erbschaften ergeben sich wiederum Transfers der alten Generation an die junge und mittlere Generation. Es gilt so zu wirtschaften, dass die Menschen eine dauerhafte und tragfähige Grundlage für Arbeit und Wohlstand haben, was impliziert, dass die Bruttostaatsverschuldung und Budgetdefizite so gering wie möglich sein sollen – es sei denn, dem stehen (Infrastruktur-)Investitionen gegenüber, die der nachfolgenden Generation zugutekommen. Welche Ausgaben zu Investitionen zu zählen sind, ist auch bei Ökonomen umstritten, da dazu auch zum Beispiel Verteidigungsausgaben und Hilfen für andere Länder gezählt werden könnten, die den Frieden für nachfolgenden Generationen sichern.

Ökologisch gesehen umfasst Generationengerechtigkeit den Schutz der Umwelt und des Klimas sowie die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, um die Lebensgrundlagen zukünftiger

Generationen nicht zu gefährden. Der Klimawandel stellt eine Bedrohung für zukünftige Generationen dar, da er langfristige Auswirkungen auf die Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft hat. Der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) betont in seinen Berichten, dass Vorkehrungen erforderlich sind, um die Risiken und Auswirkungen des Klimawandels zu minimieren (IPCC, 2024). Er fordert erhebliche Veränderungen in der Energieproduktion, Landnutzung, Mobilität und in anderen Bereichen, die von der heutigen Generation initiiert werden müssen. Ein konkretes Beispiel aus der deutschen Politik ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von April 2021. Das Gericht entschied, dass das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung in Teilen verfassungswidrig ist, weil es nicht ausreichend Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen nach 2030 vorsieht und damit die Freiheitsrechte zukünftiger Generationen verletzt (BVerfG, 2021). Diese Entscheidung unterstreicht die Verpflichtung der heutigen Generation, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um den Klimawandel zu meistern und die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zu sichern.

Aufgrund seiner ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension ist Generationengerechtigkeit eng mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung verbunden: „Entwicklung zukunftsfähig zu machen heißt, dass die gegenwärtige Generation ihre Bedürfnisse befriedigt, ohne die Fähigkeit der zukünftigen Generation zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse befriedigen zu können“ (United Nations, 1987). Langfristig gesehen entsteht eine Belastung für die Zukunft, wenn der aktuelle materielle Wohlstand dadurch erreicht wird, dass der Verbrauch von natürlichen Ressourcen nicht bepreist wird. Dies führt zu einer negativen intertemporalen Externalität, wodurch zukünftige Generationen einen immer höheren Preis zahlen müssen (Rat für nachhaltige Entwicklung, 2021).

II. Wohlfahrtsstaatsmodelle im Vergleich

Die nachfolgend analysierten 34 Staaten verfolgen verschiedene Ansätze, um Gerechtigkeit in ihrem Land umzusetzen. Dabei lassen sich verschiedene Staaten gruppieren und zu Clustern zusammenfassen, die ähnliche Strategien zur Gestaltung ihrer Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung wählen. Diese Klassifizierung nach Wohlfahrtsstaatsmodellen bietet eine gute Grundlage, um verschiedene Wirtschaftsordnungen miteinander zu vergleichen und entsprechende gerechtigkeitsbezogene Politikansätze aufgrund verschiedener Rollen von Markt und Staat zu analysieren und Unterschiede besser einordnen zu können. Im Laufe der Wohlfahrtsforschung haben sich fünf Wohlfahrtsstaatsmodelle herauskristallisiert: der Kapitalismus angelsächsischer Prägung, die rudimentären Marktmodelle Südeuropas, die postsozialistischen Marktwirtschaften Osteuropas, das skandinavische Modell und die sozial ausgerichteten Marktwirtschaften Kontinentaleuropas (Tabelle 3).

Tabelle 3: Wohlfahrtsstaatsmodelle

Modell	Zugehörige Länder
Kapitalismus angelsächsischer Prägung	<ul style="list-style-type: none"> ■ Australien ■ Irland ■ Kanada ■ Neuseeland ■ USA ■ Vereinigtes Königreich
Rudimentäre Marktmodelle Südeuropas	<ul style="list-style-type: none"> ■ Griechenland ■ Italien ■ Portugal ■ Spanien
Postsozialistische Marktwirtschaften Osteuropas	<ul style="list-style-type: none"> ■ Estland ■ Lettland ■ Litauen ■ Polen ■ Rumänien ■ Slowakei ■ Slowenien ■ Tschechien ■ Ungarn
Skandinavisches Modell	<ul style="list-style-type: none"> ■ Dänemark ■ Finnland ■ Island ■ Norwegen ■ Schweden
Sozial ausgerichtete Marktwirtschaften Kontinentaleuropas	<ul style="list-style-type: none"> ■ Belgien ■ Deutschland ■ Frankreich ■ Luxemburg ■ Niederlande ■ Österreich ■ Schweiz

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Santos/Simões, 2021; Pfau-Effinger et al., 2009; Esping-Andersen, 1990.

Wie ist die Aufgabenverteilung zwischen Markt und Staat in diesen verschiedenen Modellen ausgestaltet und (inwiefern) kann sie einen gerechten Ordnungsrahmen bieten? Die institutionellen Ausgestaltungen der verschiedenen Modelle sind das Ergebnis sowohl von historischen Entwicklungen als auch von Pfadabhängigkeiten. Tabelle 4 gibt einen Gesamtüberblick über die staatliche Rolle und die zentralen Gerechtigkeitskonzepte der jeweiligen Modelle:

Tabelle 4: Rolle des Staates bzw. Marktes und zentrale Gerechtigkeitskonzepte je nach Modell

Modell	Rolle des Staates/Marktes	Zentrale Gerechtigkeitskonzepte
Kapitalismus angelsächsischer Prägung	<ul style="list-style-type: none"> ■ Minimalstaat („Nachtwächterstaat“) ■ Freie Märkte ■ Geringfügige soziale Absicherung 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Leistungsgerechtigkeit ■ Knappheitsgerechtigkeit* ■ Regelgerechtigkeit
Rudimentäre Marktmodelle Südeuropas	<ul style="list-style-type: none"> ■ Staatliche Leistungen existieren, aber ohne umfassendes Anrecht ■ Starke Rolle der Familie 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Generationengerechtigkeit ■ Bedarfsgerechtigkeit innerhalb der Familie
Postsozialistische Marktwirtschaften Osteuropas	<ul style="list-style-type: none"> ■ Starke staatliche Kontrolle ■ Transformation hin zu marktwirtschaftlichen Systemen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Einkommensgerechtigkeit ■ Chancengerechtigkeit ■ Wandel hin zu Leistungsgerechtigkeit
Skandinavisches Modell	<ul style="list-style-type: none"> ■ Starker Wohlfahrtsstaat ■ Umfassende soziale Leistungen ■ Hohe Umverteilung 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bedarfsgerechtigkeit ■ Einkommensgerechtigkeit ■ Chancengerechtigkeit
Sozial ausgerichtete Marktwirtschaften Kontinentaleuropas	<ul style="list-style-type: none"> ■ Staat schafft Wettbewerbsordnung ■ Bei Marktversagen greift der Staat sozialpolitisch ein 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Leistungsgerechtigkeit ■ Regelgerechtigkeit ■ Bedarfsgerechtigkeit ■ Chancengerechtigkeit ■ Einkommensgerechtigkeit ■ Generationengerechtigkeit

* Knappheitsgerechtigkeit: Waren, Dienstleistungen und Fähigkeiten, die knapp sind, erzielen unabhängig von der dahinterstehenden Leistung einen höheren Preis als solche, bei denen z. B. ein Angebotsüberschuss besteht.

Quelle: Eigene Darstellung.

- Der **angelsächsische Kapitalismus** basiert auf einer minimalen Rolle des Staates, auch Nachtwächterstaat genannt, der primär die Rahmenbedingungen für das Funktionieren der wirtschaftlichen Prozesse schafft. Der Markt ist das zentrale Element zur Verteilung von Gütern und Lasten, wobei angenommen wird, dass Angebot und Nachfrage die optimalen, knappheitsgerechten Preise selbst bestimmen und damit den Wohlstand für die Gesellschaft erbringen. Da sich der Staat weitgehend aus wirtschaftlichen Prozessen heraushält und nur minimal eingreift, etwa durch bedürftigkeitsgeprüfte Sozialleistungen, wird eine hohe Eigenverantwortung der Bürger vorausgesetzt. Das zugrunde liegende Gerechtigkeitskonzept ist in erster Linie Leistungsgerechtigkeit: Jeder darf entsprechend seiner eigenen Leistung am Wohlstand teilhaben, wodurch individuelle Anstrengungen belohnt werden. Im Fokus steht nicht etwa Einzelfallgerechtigkeit (Entscheidung wird individuell unter Berücksichtigung besonderer Umstände getroffen), sondern die Gleichbehandlung durch einheitliche Regeln, während andere Gerechtigkeitsprinzipien wie Einkommens- oder Bedarfsgerechtigkeit von geringerer Bedeutung sind und die Handlungsfähigkeit in erster Linie der individuellen Verantwortung überlassen wird. Die Hauptaufgabe des

Staates besteht darin, den freien Wettbewerb zu sichern, um Anreize für Innovationen und langfristige Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen (Höltz, 2011).

- Die **südeuropäischen Marktmodelle** zeichnen sich durch eine Mischung aus staatlichen Leistungen und traditionell verwurzelten familiären Strukturen aus. Im Vergleich zum angelsächsischen Modell existieren zwar auch staatliche Sozialleistungen, doch es besteht kein grundlegendes Recht auf diese und je nach Job bestehen enorme Unterschiede in der Absicherung: Im Fall der Krankheit oder Arbeitslosigkeit sind Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst oftmals gut abgesichert, während Arbeitnehmende in kleinen Unternehmen oder Beschäftigte in der Landwirtschaft kaum abgesichert sind. Stattdessen spielt die Familie eine zentrale Rolle in der sozialen Absicherung, insbesondere bei der Alters- und Krankenversorgung. Trotz Reformen wie der Einführung eines landesweiten Mindestsicherungssystems in Spanien, Italien und Griechenland bleibt die soziale Sicherheit in diesen Ländern weiterhin begrenzt, insbesondere für Arbeitnehmer in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Da staatliche Leistungen weniger umfassend sind als in anderen europäischen Ländern, ist die familiäre Unterstützung nach wie vor sehr wichtig. Die Gerechtigkeitskonzepte in diesen Ländern basieren insofern stark auf Generationengerechtigkeit und familiärer Verantwortung (Konle-Seidl, 2021, S. 722 ff.; Enste et al., 2013, S. 12).
- Die **postsozialistischen Marktwirtschaften Osteuropas** haben sich aus früheren sozialistischen Systemen entwickelt, in denen der Staat eine dominierende Rolle spielte, indem er Preise festlegte, Ressourcen verteilte, Märkte kontrollierte und sogar selbst als Anbieter und Nachfrager auf den Märkten auftrat. Die Maxime der sozialistischen Wirtschaftsordnung ist, dass jeder Bürger identische Startchancen und die gleiche Menge an Gütern bekommt. Dass diese Vorstellung veraltet und nicht nur ökonomisch, sondern auch gesellschaftlich destruktiv ist, wird klar, wenn man sich bewusst macht, dass eine pauschale Gleichbehandlung aller Menschen individuelle Entwicklung nicht fördert, sondern eher behindert (Kapitel C.I). Weder eine standardisierte Menge an Gütern noch einheitliche Förderprogramme berücksichtigen individuelle Bedürfnisse und Förderungsnotwendigkeiten (Hradil et al., 2022). Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion mussten die betroffenen Länder ihre Wirtschaftsordnungen grundlegend umgestalten. Ehemals auf absolute Gleichverteilung basierende Gerechtigkeitskonzepte werden nun durch neue Prinzipien wie Leistungs- und Chancengerechtigkeit weiterentwickelt. Diese Umstellung war und ist schwierig, da niedrige Löhne und eine hohe Arbeitsmigration, die vor allem in den Visegrád-Staaten wie Polen und Ungarn die Stabilität gefährden, nach wie vor zentrale Probleme sind (Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, 2018). Das führt dazu, dass Leistungsanreize geschwächt und die Motivation zu Investitionen in das eigene Humankapital gesenkt werden.

Aufgrund teils unsystematischer Regulierungen, Markteingriffe sowie dem vermehrten Auftreten von Schattenwirtschaft und regem Tausch außerhalb der staatlich regulierten Märkte wird das Konzept „Regelgerechtigkeit“ in dieser Ordnung bislang noch nicht priorisiert.

Das hat weitreichende Konsequenzen auf der Makro-, Meso- und Mikroebene. Auf der Makroebene führt eine große Schattenwirtschaft zu verringerten Steuereinnahmen, Haushaltsdefiziten und einer geringeren Menge sowie Qualität öffentlicher Güter, während auf der Mesoebene Wettbewerbsverzerrungen zwischen regelkonformen und nicht-konformen Unternehmen entstehen. Auf der Mikroebene haben Individuen mit niedrigeren Renten, reduzierten Sozialleistungen bei Arbeitslosigkeit, begrenzten Kreditmöglichkeiten und insgesamt niedrigerem Wohlstand zu kämpfen. Langfristig kann die Schattenwirtschaft das Vertrauen in staatliche Autorität und zwischenmenschliche Beziehungen auf gesellschaftlicher Ebene beeinträchtigen (Gërkhani/Cichocki, 2023). Der Transformationsprozess hin zu einem marktwirtschaftlichen Modell ist komplex, was die langsame Anpassung an die neuen Gerechtigkeitsvorstellungen und marktwirtschaftlichen Prinzipien erklärt.

- Die **skandinavischen Staaten** zeichnen sich durch ein starkes Modell des Wohlfahrtsstaates aus, welches auf einer umfassenden Sozialpolitik und einem starken Ausmaß an Umverteilung basiert. Im Gegensatz zum Modell des angelsächsischen Kapitalismus spielt der Staat eine zentrale Rolle in der Sicherstellung eines Mindestlebensstandards für alle Bürger, unabhängig von ihrer Erwerbstätigkeit oder Bedürftigkeit. Das Modell legt besonderen Wert auf Einkommens- und Bedarfsgerechtigkeit, wodurch soziale Ungleichheiten verringert werden sollen. Durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik und umfassende Sozialleistungen im Bildungswesen wird Chancengerechtigkeit ebenfalls priorisiert. Allerdings bringt die zentrale Rolle des Staates auch eine komplexe Bürokratie mit sich und standardisierte Konzepte zu sozialen Transfers und Steuern schränken die individuelle Entscheidungsfreiheit ein (Enste et al., 2013). Aufgrund aktueller Herausforderungen wie einer alternden Bevölkerung wird in jüngerer Zeit über die Nachhaltigkeit und langfristige Finanzierbarkeit dieses Modells kritisch diskutiert.
- Die **soziale Marktwirtschaft**, wie sie in Deutschland und anderen mitteleuropäischen Ländern verwirklicht ist, kombiniert die Prinzipien des freien Marktes mit sozialer Absicherung. Der Staat stellt primär nur die Rahmenbedingungen für funktionierenden Wettbewerb sicher. Anders als in einer rein marktwirtschaftlichen Ordnung (angelsächsischer Kapitalismus) greift er jedoch ein und federt negative Folgen ab, wenn der Markt versagt oder unverschuldet individuelle wirtschaftliche Notlagen entstehen. Im Gegensatz zu sozialistischen Marktwirtschaften bleibt die Preisbildung dabei grundsätzlich frei und orientiert sich nach dem Knappheitssignal, was zur effizienten Verteilung von Gütern beiträgt. Die Verantwortung für Wohlfahrt liegt also weder ausschließlich beim Staat noch allein beim Markt. Indem Leistungen entsprechend honoriert und durch ein breites Bildungsangebot faire Startbedingungen geschaffen werden, liegt ein weiterer Fokus auf Leistungs- und Chancengerechtigkeit. Umverteilungsmaßnahmen wie progressive Besteuerung sollen für Einkommensgerechtigkeit und die Gewährleistung der sozialen Mindestsicherung aller sorgen. Durch konsistente und allgemeingültige staatliche Rahmenbedingungen ist auch

der Anspruch an Regelgerechtigkeit relativ hoch (Enste et al., 2013). Gleiches gilt aufgrund ambitionierter Klima- und Umweltpolitiken für Generationengerechtigkeit.

Die soziale Marktwirtschaft versucht, die Stärken der beiden konträren Ordnungssysteme (Marktwirtschaft vs. Sozialstaat) zu verbinden und dadurch die jeweiligen Schwächen auszugleichen. Die marktbezogenen Elemente können zu Leistungs- und Regelgerechtigkeit beitragen, während die sozialstaatlichen Aspekte gleichzeitig für Bedarfs-, Einkommens- und Chancengerechtigkeit sorgen können. Um zu überprüfen, welches Modell nicht nur in der Theorie sinnvoll ist, sondern auch in der Praxis für das höchste Gerechtigkeitsniveau sorgt und wie die beschriebenen Wohlfahrtsstaatsmodelle beim Thema Gerechtigkeit im Vergleich abschneiden, wurde ein internationaler Gerechtigkeitsindex auf Basis verschiedener gerechtigkeitsbezogener Indikatoren entwickelt (zur Methodik s. Kapitel H).

D. Internationales Gerechtigkeitsranking: Ergebnisse des Ländervergleiches

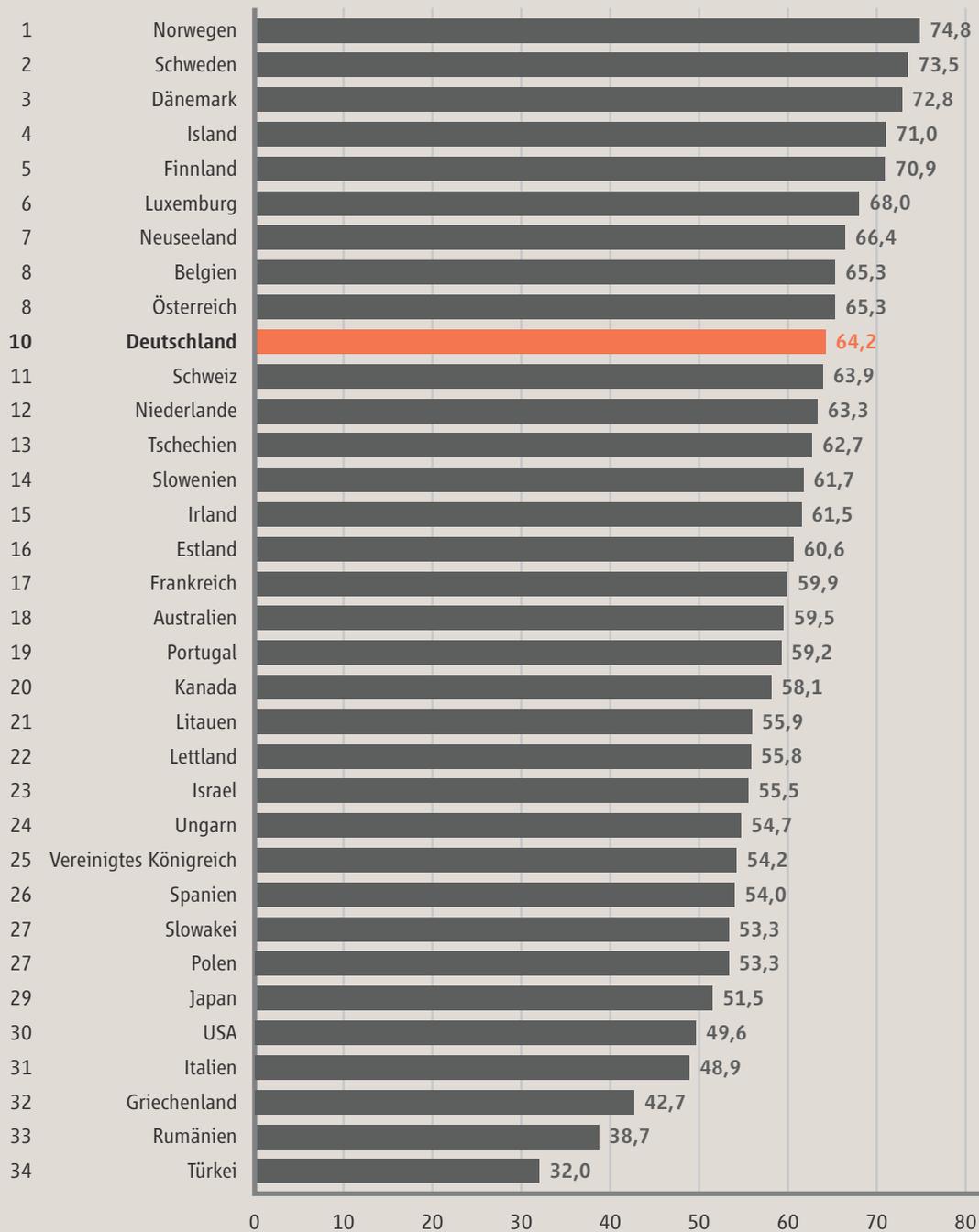
I. Gesamtindex „Gerechtigkeit“

Auf Grundlage der im Kapitel H erläuterten Methodik wurde ein Index entwickelt, der die verschiedenen beschriebenen Dimensionen (C.I) mit ihren Variablen zusammenführt, die Ausprägungen von Gerechtigkeit im internationalen Vergleich abbildet und in einer einzigen, komprimierten Kennzahl zusammenfasst (Abbildung 1). Im darauffolgenden Abschnitt werden die Rangplätze und Indexpunktzahlen für die einzelnen Dimensionen von Gerechtigkeit dargestellt.

Abbildung 1 stellt das Gesamtgerechtigkeitsranking dar, welches alle der 43 verwendeten Einzelindikatoren innerhalb der sechs Gerechtigkeitsdimensionen inkludiert, und zeigt die Unterschiede im Gerechtigkeitsniveau zwischen den 34 analysierten Ländern. Mit einem Indexwert von 74,8 liegt Norwegen im Jahr 2022 auf Rang 1, während die Türkei mit einem Wert von 32,0 den letzten Rang belegt. Die über alle Dimensionen hinweg insgesamt gerechtesten Länder sind mit etwas Abstand die Skandinavischen, denn nach Norwegen als Spitzenreiter wird Rang 2 von Schweden (73,5 Punkte) und Rang 3 von Dänemark (72,8 Punkte) belegt. Mit 64,2 Punkten liegt Deutschland 2022 auf Rang 10 der 34 betrachteten Länder.

Das Gesamtniveau der Gerechtigkeit verändert sich bei den verschiedenen Ländern nur wenig, wie der Vergleich der Indexwerte von 2014 und 2024 für ausgewählte Staaten (Abbildung 2) zeigt. Während sich Norwegen und die Türkei im Laufe der letzten zehn Jahre im Ranking etwas verschlechtert haben, zeigen Spanien und Polen im Gerechtigkeitsranking eine aufsteigende Tendenz. Deutschlands Punktzahl hat sich im gleichen Zeitraum nur marginal verschlechtert (2014: 64,2 Punkte; 2024: 63,5 Punkte, vgl. Tabelle 5).

Abbildung 1: Gerechtigkeit im internationalen Vergleich



Anmerkung: Werte zwischen 0 (geringste Ausprägung) und 100 (beste Ausprägung); Daten am aktuellen Rand (2022).

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD, 2024a, b, c, d, e, f, g; Weltbank, 2024a, b, c, d, e, f, g, h, i; Eurostat, 2024a, b, c; Energy Institute – Statistical Review of World Energy, 2024; OECD, 2023a, b, c, d, e, f, g, h; Weltbank, 2023; OECD, 2022a, b; Eurostat, 2022; Bertelsmann Stiftung, 2022b; Schneider/Boockmann, 2022; Weltbank, 2022b; Weltbank, 2020; OECD, 2020.

Abbildung 2: Gerechtigkeit ausgewählter Staaten im Zeitverlauf

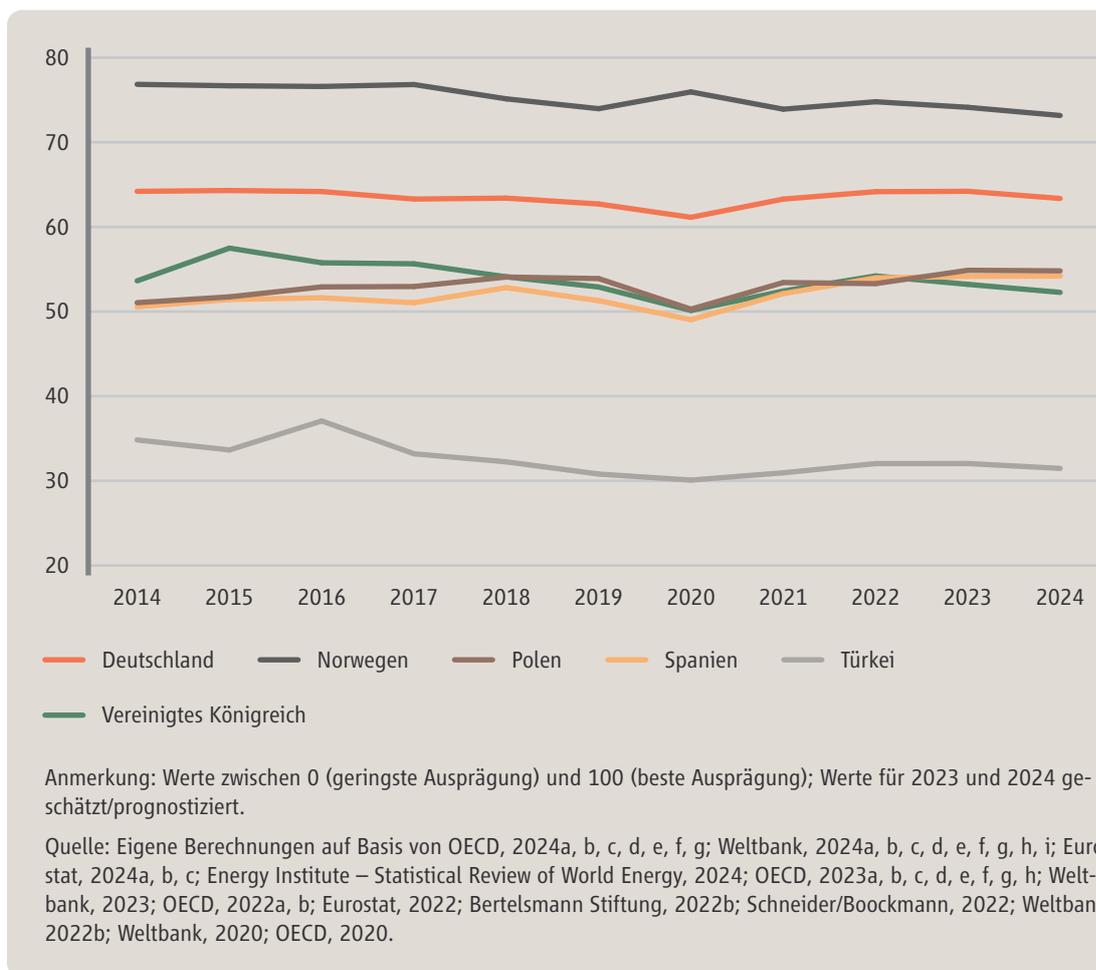


Tabelle 5 zeigt die Entwicklung für Deutschland, geordnet nach den verschiedenen Dimensionen. Beim Thema Bedarfsgerechtigkeit schneidet Deutschland trotz kleiner Schwankungen im Laufe der Jahre im Vergleich zu den anderen Ländern insgesamt relativ konstant gut ab. Leistungsgerechtigkeit hingegen weist eine eher volatile Entwicklung auf: Nach einem starken Abwärtstrend von 2016 bis 2018 (nach Indexpunktzahlen und Rang) stabilisiert sich das Niveau von Leistungsgerechtigkeit und liegt im Jahr 2022 bei knapp über 60 Punkten, jedoch wie im Jahr 2018 auf dem 19. Rang. Trotz kleiner Schwankungen zwischen 2014 und 2020 konnte sich das Niveau von Chancengerechtigkeit in den letzten 10 Jahren (2014 bis 2024) um knapp 4 Indexpunkte sowie um 2 Rangplätze verbessern. Das Niveau von Einkommensgerechtigkeit bleibt seit ein paar Jahren stabil im unteren Mittelfeld. Regelgerechtigkeit bewegt sich im Laufe der Zeit zwar im hohen Punktebereich von 69,1 (2024) bis 75,2 Punkten (2014), jedoch mit abnehmender Tendenz (von Rang 13 in 2014 auf Rang 14 in 2022 auf voraussichtlich Rang 17 in 2024). Zusammenfassend zeigen die Daten, dass Deutschland in den letzten Jahren bezogen auf die Indexpunkte fast (64,2 in 2014 vs. 63,5 in 2024) und bezogen auf den Rang (Rang 10 in 2014 vs. Rang 10 in 2024) konstant gerecht geblieben ist.

Tabelle 5: Gerechtigkeit in Deutschland nach Teildimensionen

Kategorie	2014	2016	2018	2020	2022	2024
Bedarfsgerechtigkeit	72,0	71,0	71,4	67,3	71,5	67,8
	8	7	8	10	6	9
Leistungsgerechtigkeit	57,8	63,6	54,8	53,0	60,1	61,5
	15	15	19	13	19	18
Chancengerechtigkeit	60,9	61,8	58,0	58,1	64,1	64,7
	16	18	20	21	17	14
Einkommensgerechtigkeit	62,4	61,7	63,5	61,6	60,7	60,7
	18	20	18	20	21	21
Regelgerechtigkeit	75,2	71,7	74,1	71,1	71,7	69,2
	13	13	13	14	14	17
Generationengerechtigkeit	57,0	55,4	58,6	55,8	57,1	56,9
	9	8	8	8	9	9
GESAMTINDEX	64,2	64,2	63,4	61,1	64,2	63,5
	10	10	12	12	10	10

Anmerkung: In Punktwerten (obere Zeile) und Rangplätzen (untere Zeile); N=34 Länder.

Lesehilfe: Eine höhere Punktzahl bedeutet eine höhere positive Ausprägung an Gerechtigkeit. Der Rangwert ergibt sich aus der Einordnung des Gerechtigkeitwertes im Vergleich zu den Werten der anderen Länder in der Stichprobe.

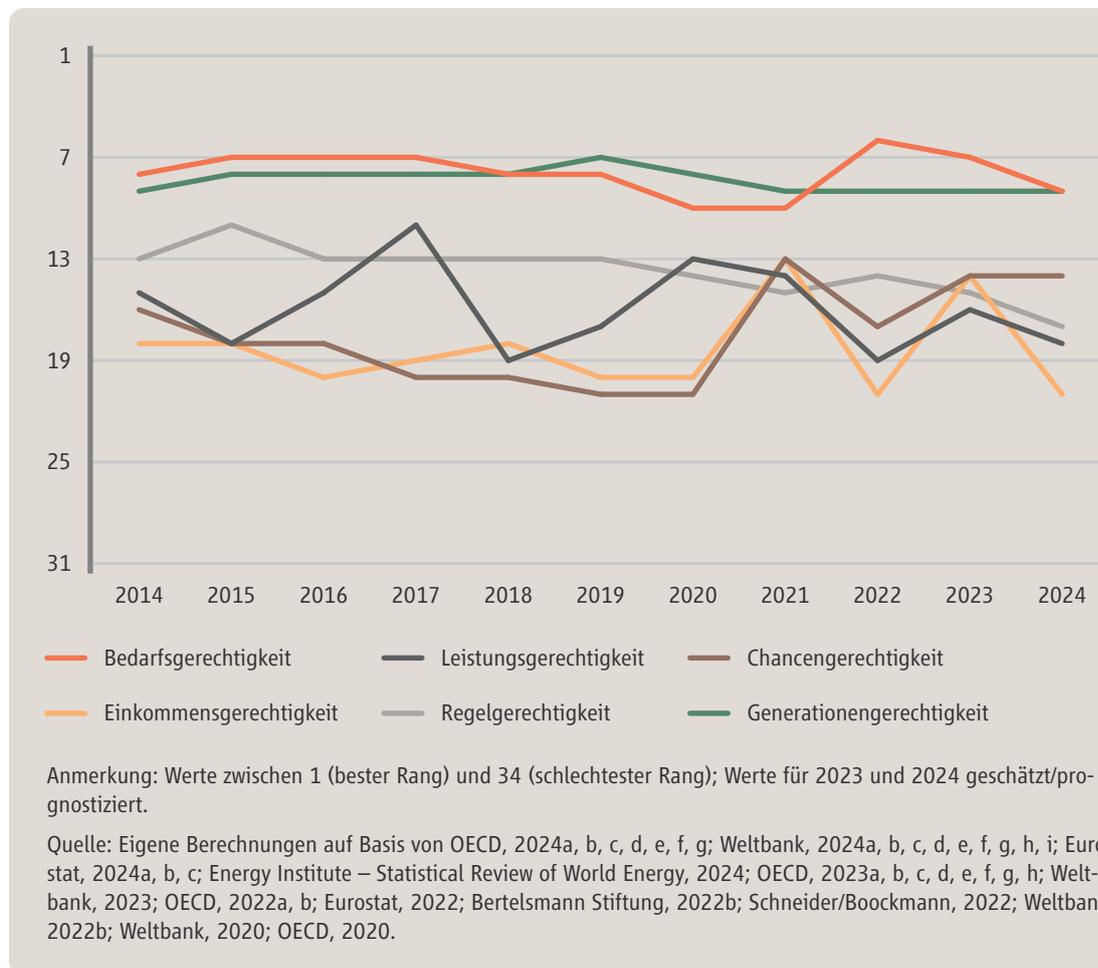
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD, 2024a, b, c, d, e, f, g; Weltbank, 2024a, b, c, d, e, f, g, h, i; Eurostat, 2024a, b, c; Energy Institute – Statistical Review of World Energy, 2024; OECD, 2023a, b, c, d, e, f, g, h; Weltbank, 2023; OECD, 2022a, b; Eurostat, 2022; Bertelsmann Stiftung, 2022b; Schneider/Boockmann, 2022; Weltbank, 2022b; Weltbank, 2020; OECD, 2020.

Die Tabelle 5 zeigt auch, dass die im Vergleich zu den anderen Dimensionen höchsten oder niedrigsten Indexpunktwerte nicht automatisch bedeuten, dass Deutschland vor allem in dieser Dimension ein Vorreiter oder Schlusslicht im Ländervergleich ist. Um die Ergebnisse besser einordnen zu können, eignet sich ein Überblick über die Entwicklung der Rangplätze von Deutschland, jeweils nach Teildimension aufgegliedert (Abbildung 3).

Je nach Dimension verändern sich die Rangplätze Deutschlands im internationalen Gerechtigkeitsranking im Laufe der letzten Jahre stärker oder schwächer. Bedarfsgerechtigkeit beispielsweise sinkt nur leicht von Rang 8 im Jahr 2014 auf voraussichtlich Rang 9 im Jahr 2024. Leistungsgerechtigkeit ist – was die Rangplätze angeht – grundsätzlich etwas schlechter bewertet und schwankt zwischen Rang 15 (2014) und 19 (2022). Chancengerechtigkeit verbessert sich im Jahr 2024 voraussichtlich auf Rang 14, nachdem sie im Jahr 2020 auf Rang 21 von 34 gefallen war. Die Platzierung von Einkommensgerechtigkeit wird für 2024

mit Rang 21 voraussichtlich etwas schlechter sein als für 2014 mit Rang 18. Regelgerechtigkeit verschlechtert sich ebenfalls leicht von Rang 13 (2014) auf Rang 14 (2022) und fällt bis 2024 voraussichtlich auf Rang 17. Bei Generationengerechtigkeit bleibt der Rang Deutschlands weitgehend stabil zwischen Rang 8 und 9. Damit ist die Generationengerechtigkeit nach Bedarfsgerechtigkeit Deutschlands am besten gerankte Gerechtigkeitsdimension (nach Rangordnung) in 2022, obwohl die Indexpunktweite bei anderen Dimensionen weitaus höher liegen (Tabelle 5).

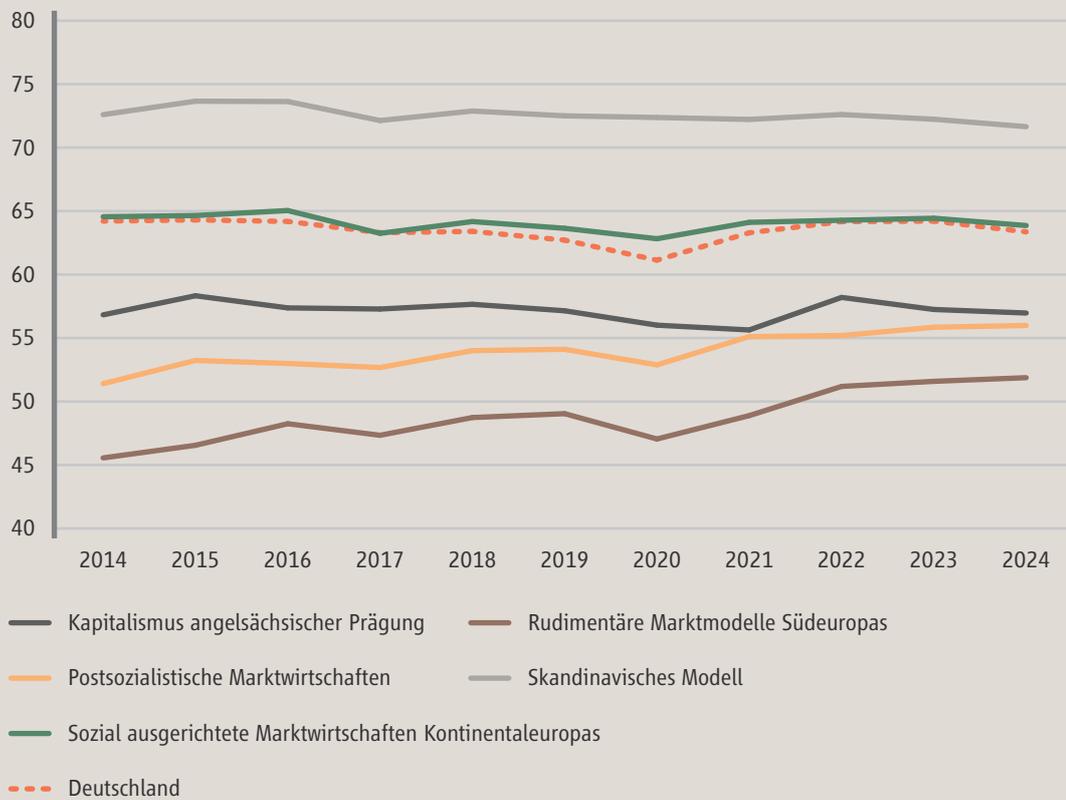
Abbildung 3: Entwicklung der Gerechtigkeitsdimensionen Deutschlands (Rangplätze)



Die Länderergebnisse des Index machen deutlich, dass die theoretisch abgeleiteten Unterschiede zwischen den Systemen (Kapitel C.II) in den Daten erkennbar sind (Abbildung 4). Das skandinavische Modell liegt durchgehend auf dem höchsten Niveau, während die rudimentären Marktmodelle Südeuropas stets am schlechtesten abschneiden. Deutschland befindet sich ähnlich wie der Durchschnitt der sozial ausgerichteten Marktwirtschaften Kontinentaleuropas konstant im Mittelfeld. Die kapitalistischen Systeme angelsächsischer Prägung und die postsozialistischen Marktwirtschaften bewegen sich im unteren Bereich des Gerechtigkeitsindex, die

postsozialistischen wie auch die rudimentären Marktmodelle Südeuropas zeigen im Vergleich zu den anderen Systemen aber zumindest positive Entwicklungen in den letzten Jahren.

Abbildung 4: Gerechtigkeit im Systemvergleich



Anmerkung: Werte zwischen 0 (geringste Ausprägung) und 100 (beste Ausprägung); Werte für 2023 und 2024 geschätzt/prognostiziert.

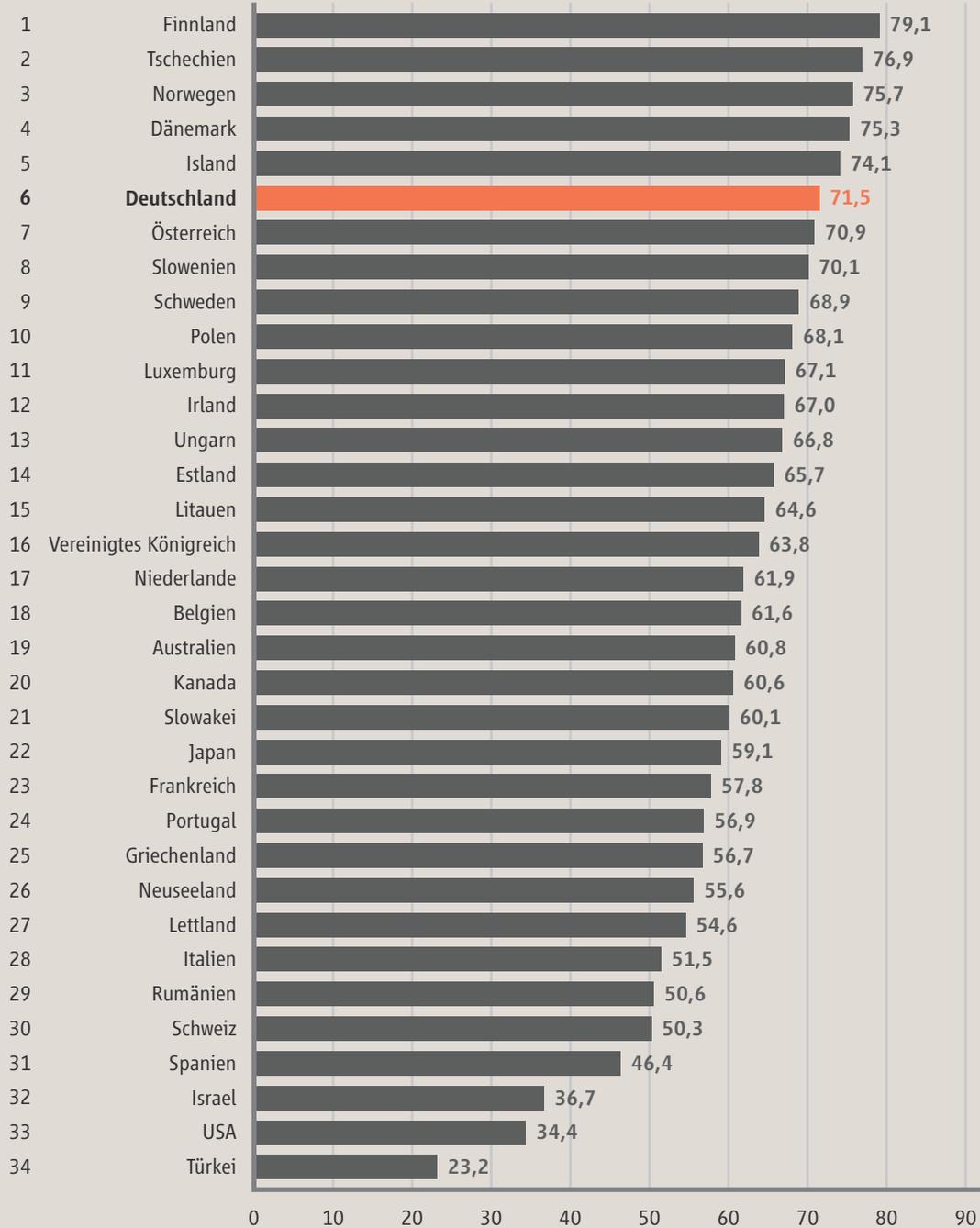
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD, 2024a, b, c, d, e, f, g; Weltbank, 2024a, b, c, d, e, f, g, h, i; Eurostat, 2024a, b, c; Energy Institute – Statistical Review of World Energy, 2024; OECD, 2023a, b, c, d, e, f, g, h; Weltbank, 2023; OECD, 2022a, b; Eurostat, 2022; Bertelsmann Stiftung, 2022b; Schneider/Boockmann, 2022; Weltbank, 2022b; Weltbank, 2020; OECD, 2020.

Im Folgenden werden die Auswertungen zu den Dimensionen jeweils im Detail vorgestellt und erläutert.

II. Bedarfsgerechtigkeit

Bedarfsgerecht ist ein Land dann, wenn die menschlichen Grundbedürfnisse weitgehend unabhängig von der eigenen Erwerbstätigkeit erfüllt sind (Kapitel C.I). Innerhalb dieser Gerechtigkeitsdimension nimmt Deutschland im Jahr 2022 Rang 6 der 34 untersuchten Staaten ein (Abbildung 5).

Abbildung 5: Bedarfsgerechtigkeit im internationalen Vergleich



Anmerkung: Werte zwischen 0 (geringste Ausprägung) und 100 (beste Ausprägung); Daten am aktuellen Rand (2022).

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD, 2024a; Eurostat, 2024a; Weltbank, 2024a, b; OECD, 2023a; Weltbank, 2023; Eurostat, 2022; OECD, 2022a, b.

Finnland (Rang 1) und Norwegen (Rang 3) zeichnen sich als hoch entwickelte Wohlfahrtsstaaten aus, die eine breite Abdeckung durch Sozialleistungen gewährleisten und eine gute Grundsicherung durch beispielsweise hohe Leistungen im Bereich Gesundheit fördern. Der zweite Rang Tschechiens lässt sich vor allem auf geringe (Alters-)Armut zurückführen aufgrund

eines auf Umverteilung und Mindestbedarf ausgerichteten Rentensystems, stabilen Erwerbsbiografien, geringer Arbeitslosigkeit und einer vorteilhaften demografischen Struktur. Außerdem erzielt Tschechien gute Ergebnisse bei der Sicherung des Bildungsniveaus (gemessen durch einen geringen Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung mit einem Ausbildungsniveau der unteren Sekundarstufe oder darunter (ISCED-Stufen 0 bis 2)).

Im Mittelfeld des Bedarfsgerechtigkeitsrankings finden sich Länder wie die Niederlande auf Rang 17 und Belgien auf Rang 18. Mit dem sechsten Rang ist Deutschland im Jahr 2022 im Bereich Bedarfsgerechtigkeit besser als seine Nachbarländer platziert. Dieser Befund trifft jedoch im Zeitverlauf nicht auf alle Jahre zu, denn Deutschland belegte 2014 noch den achten Rang und wird sich trotz der guten Position im Jahr 2022 bis 2024 voraussichtlich auf Rang 9 verschlechtern (Tabelle 5). Trotz eines relativ starken Sozialstaates und im Vergleich zu anderen Ländern hohen Durchschnittseinkommens der Bürger gelingt es nicht, allen eine Abdeckung der Grundbedürfnisse und angemessene Teilhabe am allgemeinen gesellschaftlichen Wohlstand zu ermöglichen. Ursache dafür ist beispielsweise die demografische Entwicklung, die die Erfüllung der Grundbedürfnisse enorm herausfordert, weil eine stetig alternde Bevölkerung das Rentensystem belastet (Enste/Potthoff, 2024a). Herausforderungen sind außerdem die Inflation, Erhöhung der Lebenshaltungskosten und die stark gestiegenen Mietpreise in vielen Städten, die nicht nur die Wohnungsnot verschärfen, sondern auch die finanzielle Belastung für Haushalte mit geringem Einkommen erhöhen (Sagner/Voigtländer, 2025). Hauptursache der Verschlechterung ist jedoch die große Anzahl an Asylbewerbern, denen es zwar – aufgrund von Transferzahlungen – deutlich besser geht als im Herkunftsland, die aber in Deutschland (zunächst) zu den relativ Armen gehören. Im Jahr 2024 galten in Deutschland laut Statistischem Bundesamt (2025) 29,8 Prozent der Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit als armutsgefährdet. Damit hatten Ausländer eine deutlich höhere Armutsgefährdungsquote als Deutsche mit 12,9 Prozent. Dabei ist Armutsgefährdung dann gegeben, wenn ein Haushalt über weniger als 60 Prozent des Medianhaushaltseinkommens verfügt. Dies ist von absoluter Armut zu unterscheiden, die vorliegt, wenn jemand weniger als 2,15 US-Dollar pro Tag zur Verfügung hat und die in Deutschland nicht existiert.

Am unteren Ende des Bedarfsgerechtigkeitsrankings befinden sich die USA (Rang 33) und die Türkei (Rang 34). Während die Türkei mit wirtschaftlichen Unsicherheiten und politischen Herausforderungen, die die effektive Umsetzung von Sozialprogrammen erschweren, kämpft, liegen die Schwächen bei den USA insbesondere darin, dass Grundbedürfnisse wie die Gesundheitsversorgung eng mit dem Einkommen verknüpft sind. Anders als in vielen anderen Industrienationen besteht in den USA grundsätzlich keine Pflicht, sich bei einer Krankenversicherung anzumelden. Jeder Einzelne ist selbst für seine Gesundheitsvorsorge verantwortlich, nur bestimmte Personengruppen sind durch die staatlichen Programme geschützt. Es gibt weltweit kein Land, in dem die Kosten für medizinische Behandlungen und Medikamente derart

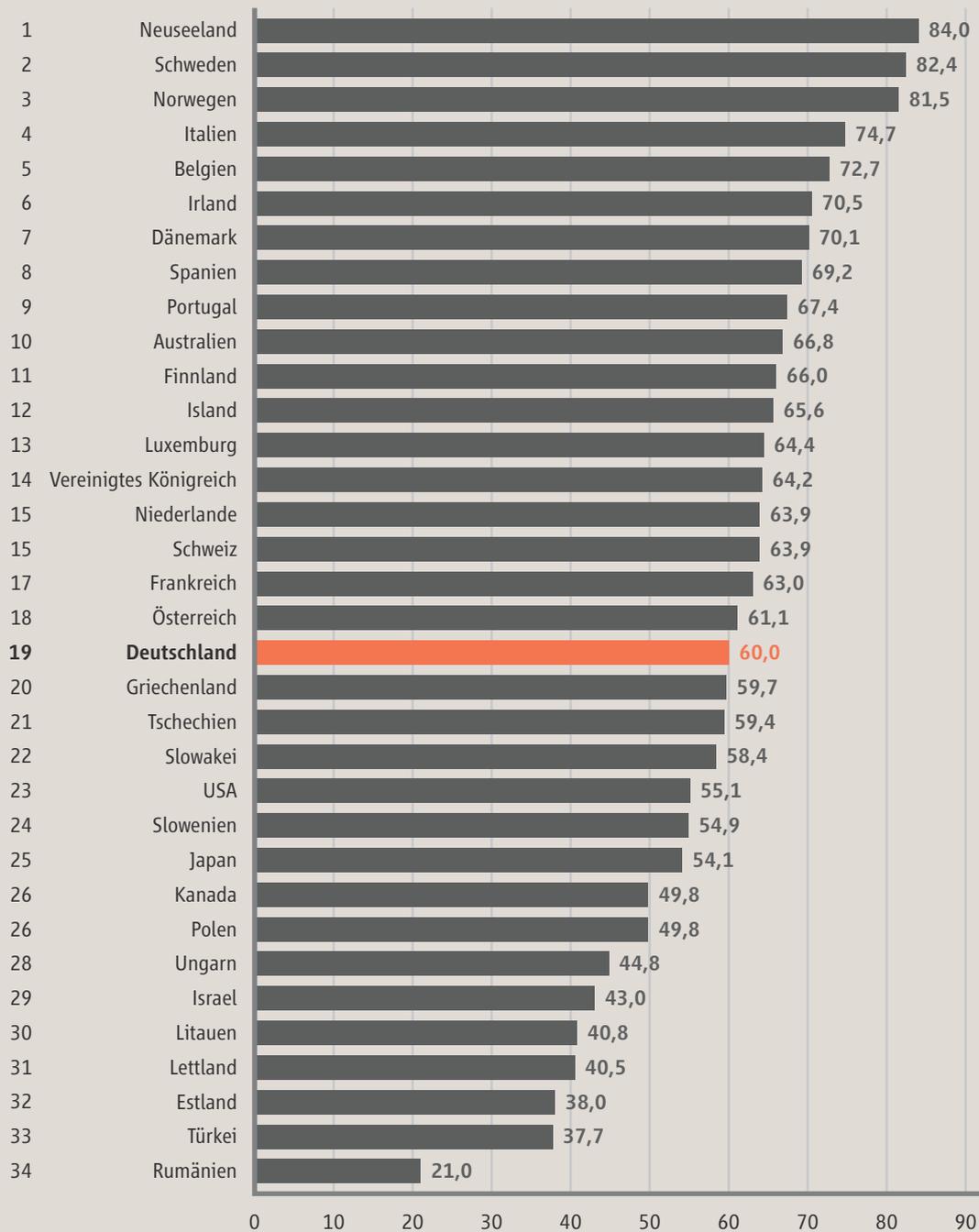
hoch sind, wie in den Vereinigten Staaten. Die Kombination aus Eigenverantwortlichkeit und hohen Kosten im Gesundheitsbereich sowie einer nur sehr moderaten staatlichen Sozialhilfe führt zu einer großen Anzahl an Menschen (ca. 26 Millionen US-Amerikaner in 2023) ohne Krankenversicherung und einer relativ hohen Armutsquote (Keisler-Starkey/Bunch 2024; Weltbank, 2024b). Wenn Menschen ohne oder mit unzureichender Versicherung in Notfällen ins Krankenhaus kommen, müssen Ärzte sie gesetzlich behandeln, aber die Patienten müssen die hohen Kosten selbst tragen. Unbezahlte medizinische Rechnungen sind der häufigste Grund für Privatinsolvenzen in den USA, von denen jährlich etwa 530.000 US-Amerikaner betroffen sind (Himmelstein et al., 2019, S. 432).

Im Systemvergleich hinsichtlich der Bedarfsgerechtigkeit zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen den Ländergruppen. In den unteren Bereichen finden sich neben den Ländern mit angelsächsischer Prägung (im Jahr 2022 57,0 von 100 Punkten) auch die südeuropäischen Länder mit rudimentärem Wohlfahrtsmodell (52,9 Punkte). Das skandinavische Modell (74,6 Punkte), die postsozialistischen Marktwirtschaften Osteuropas (64,2 Punkte) und die sozial ausgerichteten Marktwirtschaften Kontinentaleuropas (63,0 Punkte) liegen hingegen in der oberen Hälfte des Indexpunktespektrums. Dieses Ergebnis repliziert die Ergebnisse des Gerechtigkeitsindex von 2012 (Enste et al., 2013) und bestätigt die zuvor angestellten theoretischen Überlegungen: Sowohl im angelsächsischen Kapitalismus als auch im Wirtschaftsmodell südeuropäischer Länder ist die staatliche Sicherung der Grundbedürfnisse im Verhältnis zu anderen Systemen wenig ausgeprägt (Kapitel C.II). Während in den angelsächsischen Staaten der Markt Wohlfahrt generieren soll und der Staat nur in sehr geringem Maße eingreift, obliegt in Südeuropa in erster Linie der Familie die Aufgabe, im Falle von Erwerbsunfähigkeit für die Grundbedürfnisse des betreffenden Familienmitgliedes zu sorgen (Kapitel C.II). Die durchschnittliche Punktzahl der angelsächsischen Länder verdeutlicht die begrenzte staatliche Unterstützung, was zu einer höheren Abhängigkeit von privaten Lösungen führt. Südeuropäische Länder zeigen mit ihrer niedrigen durchschnittlichen Punktzahl ebenfalls, dass familiäre Netzwerke als primäre Quelle der Unterstützung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten problematisch sein können. Die Unterschiede in der Bedarfsgerechtigkeit zwischen den Ländern verschiedener Wirtschaftssysteme zeigen die Bedeutung sozialpolitischer Maßnahmen zur Sicherstellung eines bedarfsgerechten Lebensstandards für alle Bürger auf.

III. Leistungsgerechtigkeit

Das Ideal der Leistungsgerechtigkeit basiert auf der Vorstellung, dass alle Mitglieder einer Gesellschaft entsprechend ihres individuellen Beitrags zum Wirtschaftsprozess entlohnt werden. Leistungsgerechtigkeit gilt daher als ein zentraler Grundsatz in marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftssystemen (Kapitel C.II). Die meisten Industriestaaten schneiden bei dieser Gerechtigkeitsdimension auf einem vergleichsweise relativ ähnlichen Niveau ab (Abbildung 6).

Abbildung 6: Leistungsgerechtigkeit im Ländervergleich



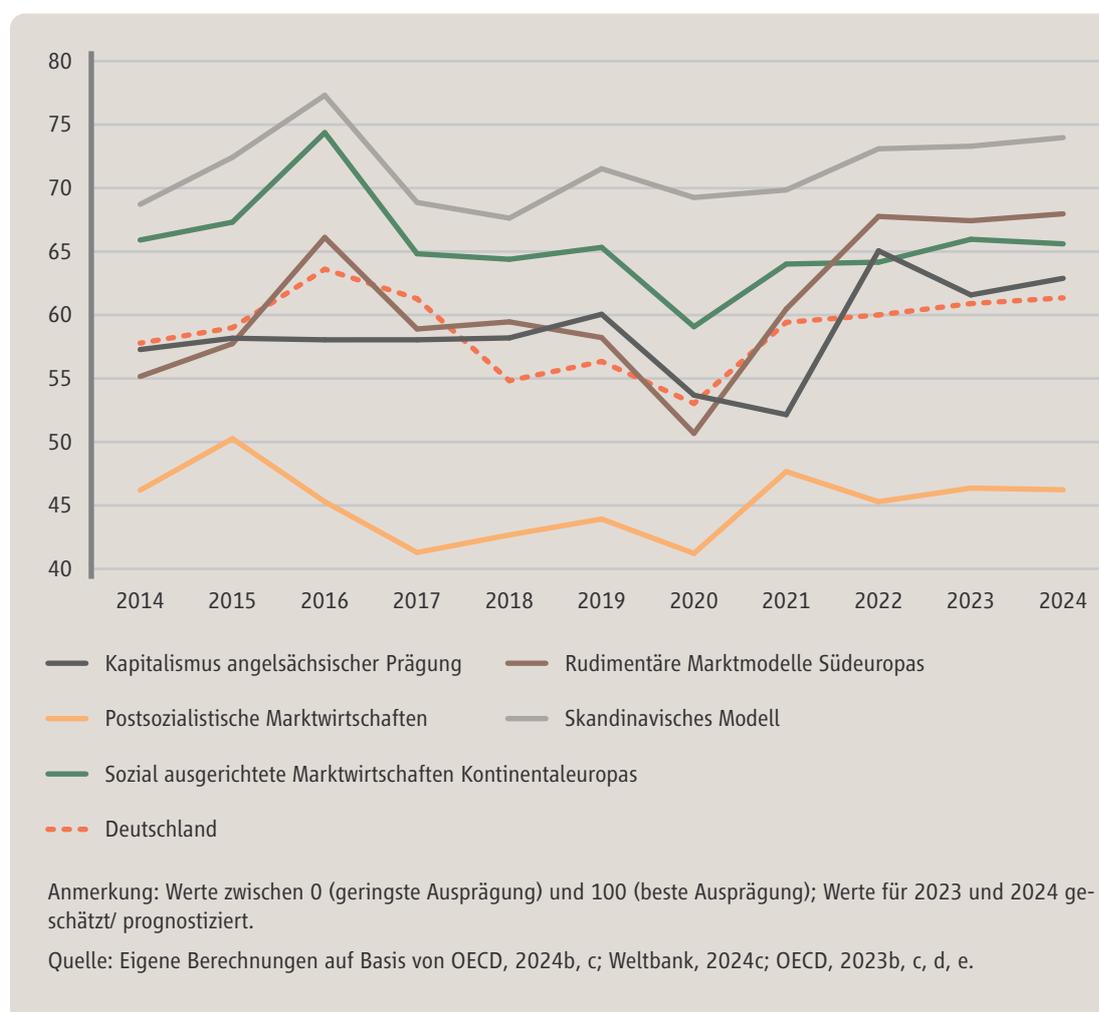
Anmerkung: Werte zwischen 0 (geringste Ausprägung) und 100 (beste Ausprägung); Daten am aktuellen Rand (2022).

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD, 2024b, c; Weltbank, 2024c; OECD, 2023b, c, d, e.

Neuseelands Spitzenreiterplatzierung in der Leistungsgerechtigkeit ergibt sich aus der Kombination aus produktivitätsorientierter Lohnentwicklung, einem sehr geringen Anteil an Niedrigverdienern und niedriger Arbeitslosigkeit unter qualifizierten Arbeitskräften, einer von der Bevölkerung als niedrig wahrgenommenen Korruption sowie einem im Vergleich zu anderen Ländern relativ gering ausgeprägten Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern.

Beim Vergleich der verschiedenen Wirtschaftssysteme fällt auf, dass die sozial ausgerichteten Marktwirtschaften den kapitalistischen Staaten angelsächsischer Prägung beim Thema Leistungsgerechtigkeit überlegen sind (Abbildung 7). Das ist bemerkenswert angesichts der Tatsache, dass insbesondere die angelsächsischen Nationen die Verwirklichung von Leistungsgerechtigkeit als fundamental erachten (Kapitel C.II). Marktwirtschaftliche Prinzipien und die Belohnung individueller Leistung haben in diesen Ländern traditionell einen hohen Stellenwert. Die politischen und wirtschaftlichen Systeme sollten in diesen Nationen eigentlich so gestaltet sein, dass sie Anreize für persönliche Anstrengungen und Unternehmertum schaffen, die Umsetzung scheint in der Realität jedoch von diesem Ideal abzuweichen. Der Wettbewerb belohnt in Marktwirtschaften nicht Leistung, sondern Knappheit. Seltene Produkte erzielen höhere Preise, auch wenn sie mit wenig Leistung erstellt werden können.

Abbildung 7: Leistungsgerechtigkeit im Systemvergleich



Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass Deutschland in der Gerechtigkeitsdimension „Leistungsgerechtigkeit“ hinter den Spitzenreitern zurückbleibt und sogar schlechter abschneidet als der Durchschnitt der sozial ausgerichteten Marktwirtschaften Kontinentaleuropas

(Abbildung 7). Mit 60,0 Punkten und Rang 19 im Jahr 2022 konnte sich Deutschland zwar im Vergleich zu 2014 leicht um 2,2 Indexpunkte verbessern, verlor jedoch vier Plätze im Ranking, weil andere Staaten sich besser entwickelt haben. Eine Ursache könnte das progressive Steuersystem sein, das durch hohe Steuersätze für Spitzenverdiener den Anreiz verringert, zusätzliche Leistung zu erbringen, wenn ein höheres Bruttoeinkommen nur begrenzt im Netto spürbar wird, oder der Lohnabstand zwischen sozialen Transfers und eigenem Einkommen gering ist. Eine differenzierte Betrachtung der Steuerbelastung ist aufgrund der komplexen Umverteilungssysteme und mangelnder Datenlage jedoch nicht Teil der Messung.

Der deutsche Sozialstaat zielt grundsätzlich darauf ab, soziale Ungleichheiten durch Umverteilung zu mildern. Während dies Einkommensgerechtigkeit fördert (Kapitel D.V), kann es gleichzeitig dazu führen, dass individuelle Leistungen weniger stark honoriert werden, da ein großer Teil des Einkommens umverteilt wird. Starke Gewerkschaften und Tarifverträge sorgen außerdem für eine Angleichung der Löhne unabhängig von der individuellen Leistung. Vor allem in den letzten Jahren, die stark von Krisen geprägt waren, ist das Einkommen der Deutschen stärker angestiegen als die Arbeitsproduktivität (OECD, 2024a, b). Abweichungen der Lohnentwicklung von der Produktivitätsentwicklung werden in dieser Analyse als Abweichungen eines leistungsgerechten Zustands definiert. Hinzu kommt die Wirkung des Bürgergeldes, welches als Grundsicherung für Erwerbslose konzipiert ist, aber auch Einfluss auf die Leistungsgerechtigkeit hat. Einerseits soll das Bürgergeld den Lebensunterhalt sichern und Menschen in prekären Lebenslagen unterstützen, andererseits besteht die Herausforderung, das Lohnabstandsgebot einzuhalten. Die Leistungshöhe des Bürgergeldes darf also nicht so hoch sein, dass es kaum finanzielle Anreize bietet, geringfügig oder niedrig entlohnte Jobs anzunehmen.

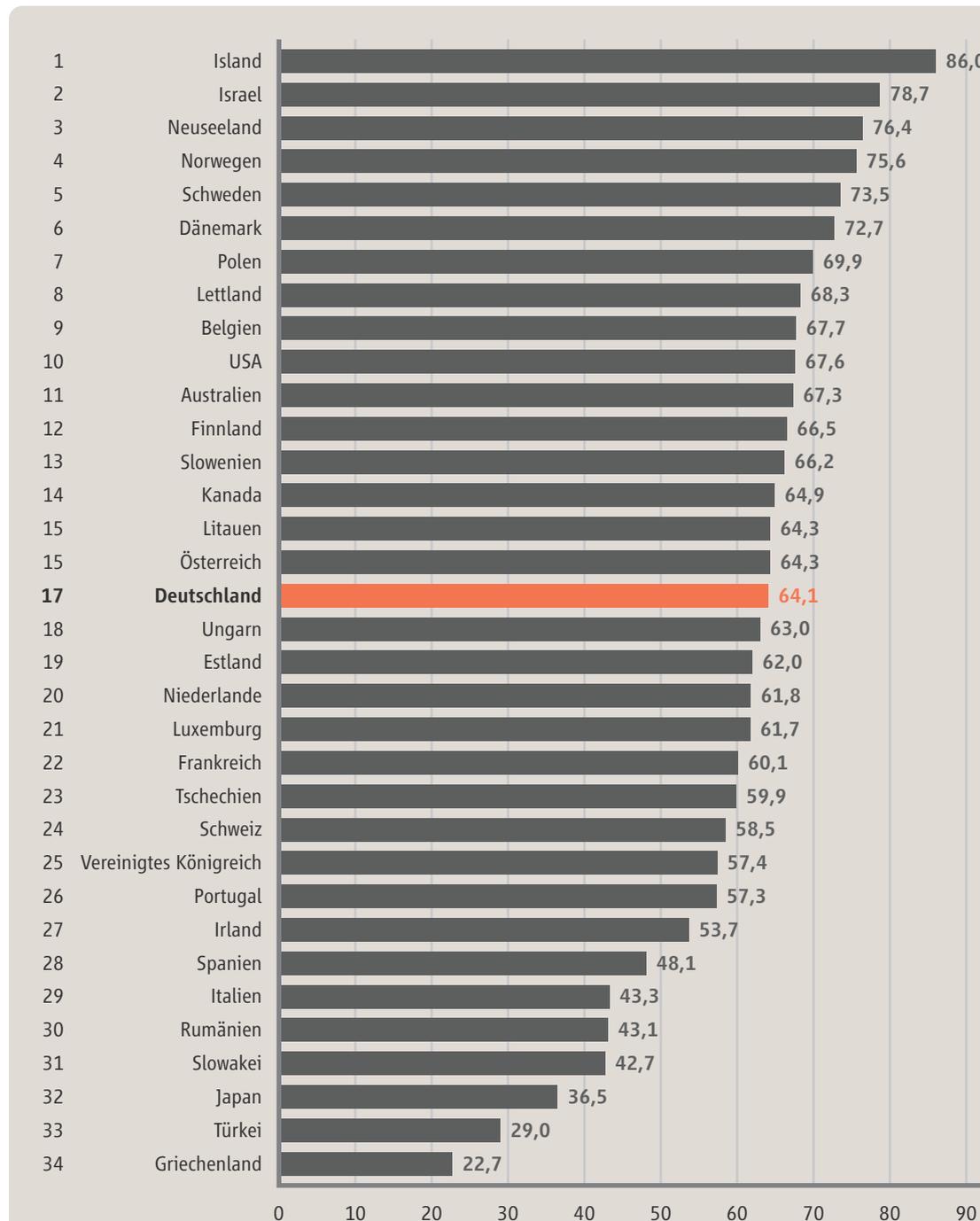
IV. Chancengerechtigkeit

Hinter dem Prinzip der Chancengerechtigkeit verbirgt sich die Forderung, dass die Chancen auf Wohlstand innerhalb einer Gesellschaft gerecht verteilt sein sollten. Im Ideal haben alle Gruppierungen einer Gesellschaft gerechte Chancen, Bildung zu erhalten, im Beruf die ihnen gebührenden Erfolge und gesellschaftliche Anerkennung zu finden. Obwohl viele Parteien Chancengerechtigkeit und gute Bildung als besonders wichtig betonen, belegt Deutschland im Jahr 2022 mit 64,1 Punkten nur den 17. Rang und befindet sich somit im Mittelfeld der untersuchten Länder (Abbildung 8).

Obwohl die Spannbreite der Indexwerte im Mittelfeld (Rang 12-23) relativ klein ist, ist der Abstand zwischen Deutschland (64,1 Punkte) und dem Spitzenreiter Island (86,0 Punkte) wiederum verhältnismäßig groß. Allerdings sind beide Länder angesichts ihrer vielfältigen Unterschiede auch kaum zu vergleichen. Nichtsdestotrotz liegt Deutschland hinter wichtigen

Wettbewerbern auf den Weltmärkten wie den USA oder auch Kanada. Deutschland hat sich aber in den letzten Jahren durchaus verbessert: 2020 beispielsweise belegte Deutschland noch den 21. Rang im Chancengerechtigkeitsranking, so ist es 2022 der 17. Rang und für 2024 wird der 14. Rang prognostiziert.

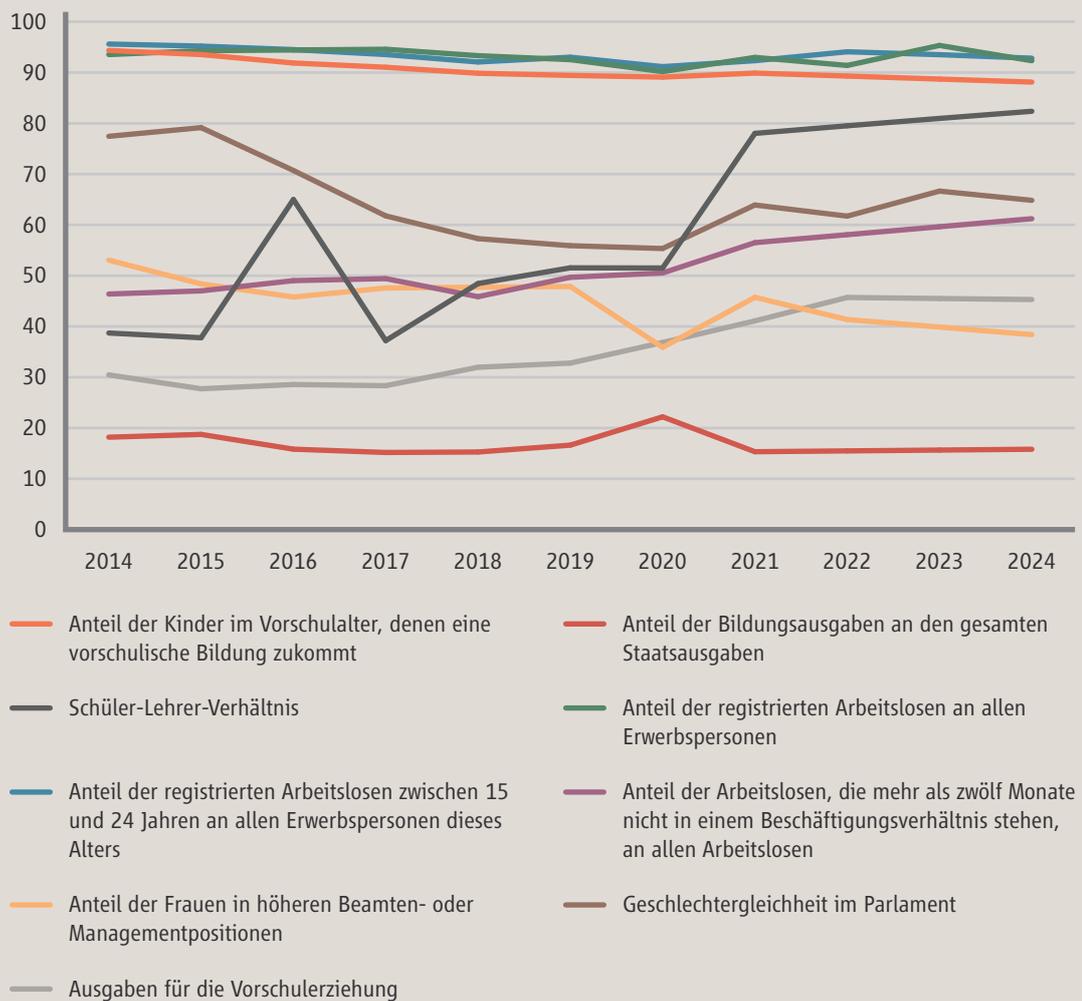
Abbildung 8: Chancengerechtigkeit im internationalen Vergleich



Anmerkung: Werte zwischen 0 (geringste Ausprägung) und 100 (beste Ausprägung); Daten am aktuellen Rand (2022).

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Eurostat, 2024b, c; Weltbank, 2024d, e, f, g; OECD, 2024d, 2023f; Bertelsmann Stiftung, 2022b.

Abbildung 9: Teilindikatoren der Chancengerechtigkeit in Deutschland



Anmerkung: Werte zwischen 0 (geringste Ausprägung) und 100 (beste Ausprägung); Werte für 2023 und 2024 geschätzt/prognostiziert.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Eurostat, 2024b, c; Weltbank, 2024d, e, f, g; OECD, 2024d; OECD, 2023f; Bertelsmann Stiftung, 2022b.

In Abbildung 9 ist erkennbar, dass die Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquote in Deutschland in den letzten Jahren stabil und gering geblieben ist. Durch Initiativen wie Kurzarbeit und staatliche Unterstützungsleistungen konnte sich die Arbeitsmarktlage in Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern nach der Coronakrise recht schnell wieder stabilisieren. Insbesondere die Bezieher niedriger Einkommen mussten zwar große Markteinkommensverluste hinnehmen, diese konnten jedoch effektiv durch funktionierende sozialstaatliche Sicherungsleistungen wie das erweiterte Kurzarbeitergeld, den vereinfachten Zugang zum Kinderzuschlag und Wohngeld abgedeckt werden, sodass diese Gruppen keine Einkommenseinbußen nach Sozialtransfers erlitten (Niehues et al., 2021, S. 21). Auch die inflationsbedingten Einkommenseinbußen in den Jahren 2022 und 2023 konnten für ärmere Einkommensgruppen teilweise abgedeckt werden (Hüther et al., 2023). Trotz des starken Ausmaßes sozialer Hilfsleistungen

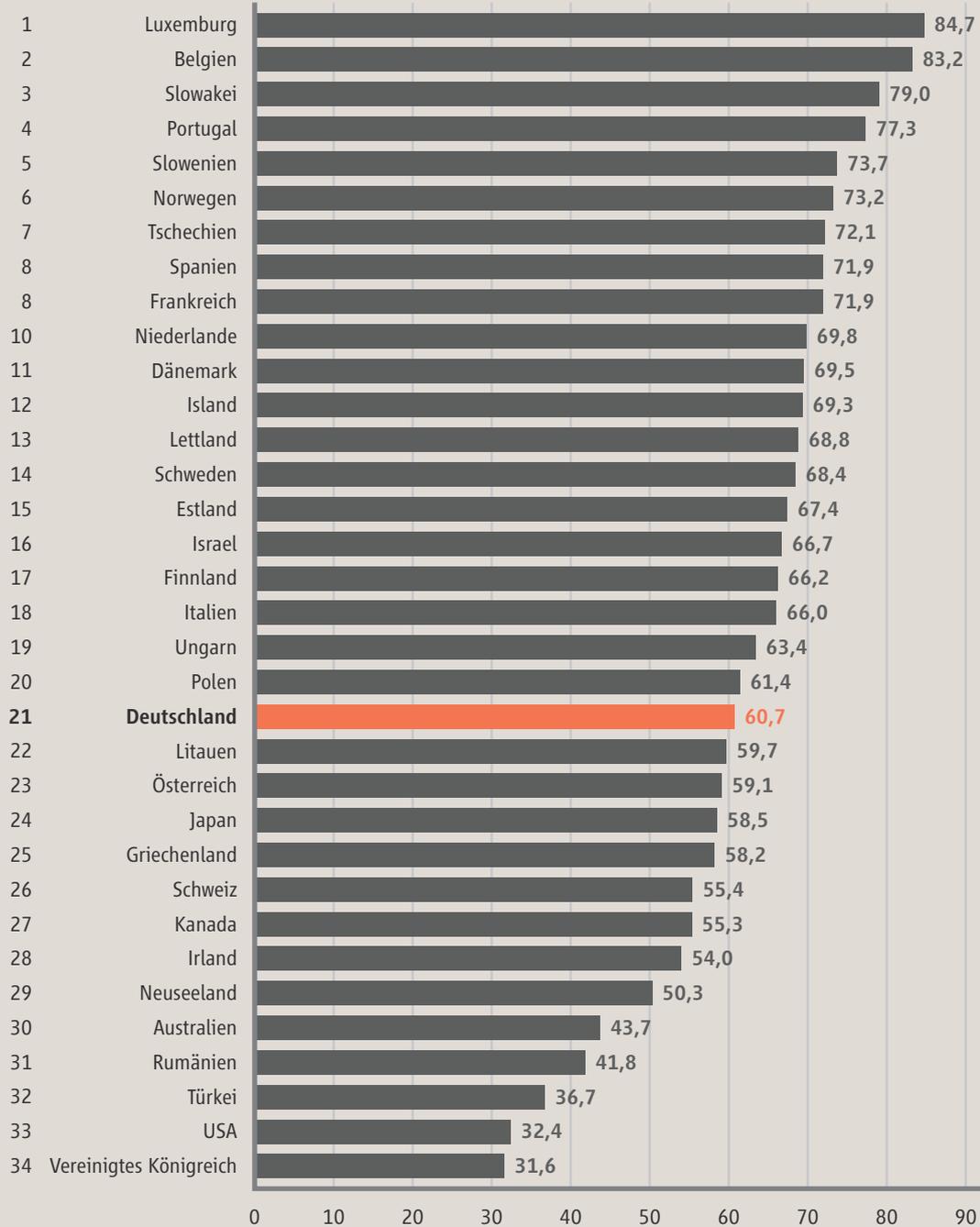
in den letzten Jahren gibt es weiterhin strukturelle Herausforderungen beispielsweise in der Digitalisierung des Bildungssystems. Außerdem haben Frauen, Menschen aus niedrigeren sozialen Schichten und Zuwanderer teilweise immer noch deutlich schlechtere Chancen in den Bereichen Bildung und Beruf als Männer, Personen aus höheren sozialen Schichten und Einheimische. Zwar haben Frauen die Männer im Bildungsbereich inzwischen übertroffen und holen auch im Berufsleben deutlich auf, doch die Bildungs- und Berufserfolge von Menschen aus niedrigeren sozialen Schichten oder mit Migrationshintergrund verbessern sich nur langsam (Hradil et al., 2022).

V. Einkommensgerechtigkeit

Im perfekten einkommensgerechten Zustand sind die verfügbaren Güter und Lasten einer Gesellschaft auf die einzelnen Gesellschaftsmitglieder gleichmäßig verteilt (Kapitel C.I). Dies erreicht kein Land und es wäre mit Blick auf die Leistungsgerechtigkeit auch nicht wünschenswert. Die gerechteste Einkommensverteilung hat das (gemessen am Pro-Kopf-Einkommen) reichste Land Luxemburg mit einem Wert von 84,7 Indexpunkten im Jahr 2022 (Abbildung 10). Auch Belgien und die Slowakei schneiden mit 83,2 beziehungsweise 79,0 Punkten sehr gut ab. Einige Länder sind im Vergleich zu 2014 einkommensgerechter geworden. Beispielsweise zeigt Portugal von 2014 bis 2022 eine Verbesserung von 8,4 Indexpunkten. Andere Länder wie Slowenien und Norwegen verzeichnen hingegen eine leichte Verschlechterung beim Thema Einkommensgerechtigkeit. Diese Verschlechterung könnte auf politische oder wirtschaftliche Veränderungen hinweisen, die sich negativ auf die Einkommensverteilung ausgewirkt haben.

Mit 60,7 Indexpunkten und Rang 21 von 34 im Jahr 2022 hat sich Deutschland beim Thema Einkommensgerechtigkeit seit 2014 leicht verschlechtert und befindet sich konstant in der unteren Hälfte des Rankings. Die letzten Rangplätze belegen die Türkei, die USA und das Vereinigte Königreich. Die niedrigen Punktwerte, gepaart mit geringen Veränderungen seit 2014, deuten darauf hin, dass in diesen Ländern seit einigen Jahren signifikante Herausforderungen in Bezug auf Einkommensgerechtigkeit bestehen.

Abbildung 10: Einkommensgerechtigkeit im internationalen Vergleich

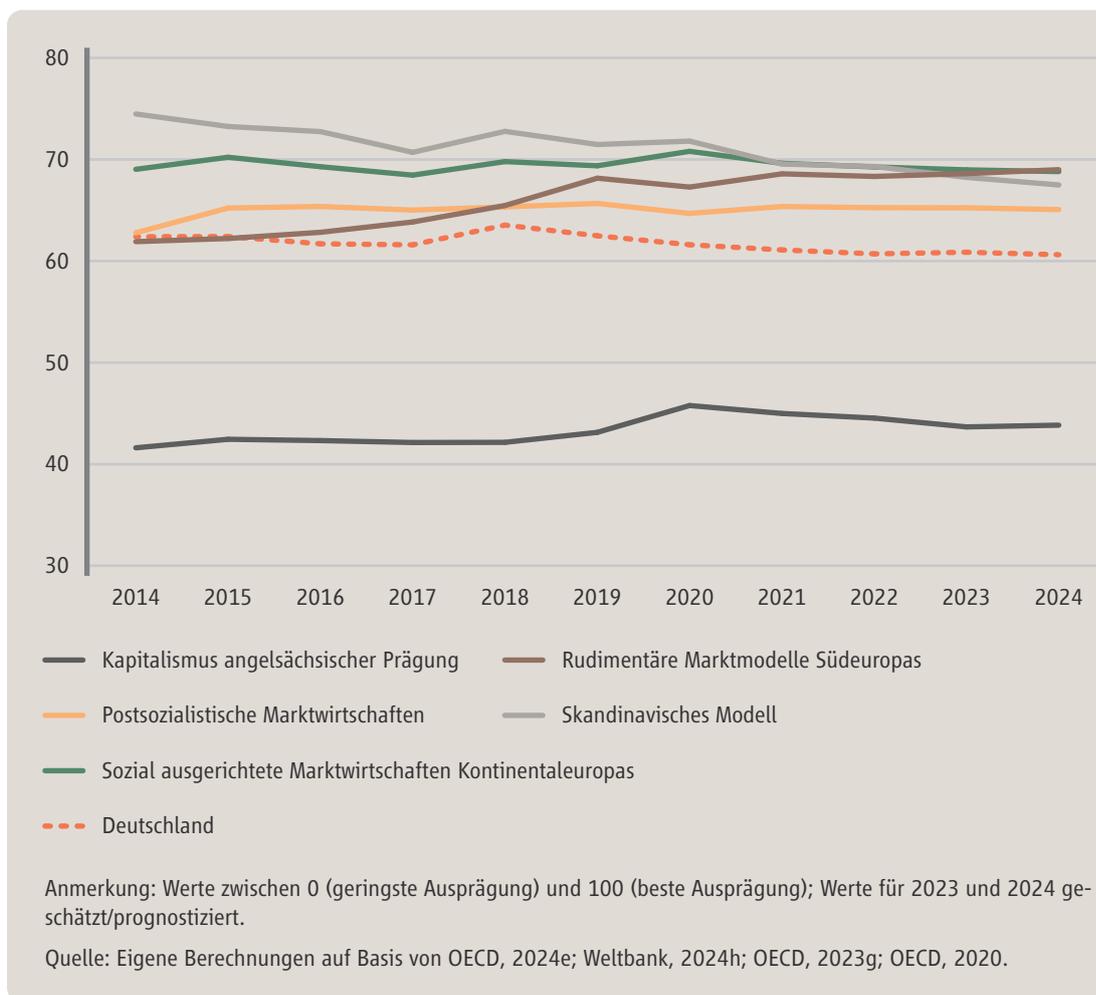


Anmerkung: Werte zwischen 0 (geringste Ausprägung) und 100 (beste Ausprägung); Daten am aktuellen Rand (2022).

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD, 2024e; Weltbank, 2024h; OECD, 2023g; OECD, 2020.

Bei der Gerechtigkeitsdimension „Einkommensgerechtigkeit“ schneidet Deutschland im Laufe der letzten Jahre stets schlechter ab als der Durchschnitt der sozial ausgerichteten Marktwirtschaften Kontinentaleuropas (Abbildung 11).

Abbildung 11: Einkommensgerechtigkeit im Systemvergleich

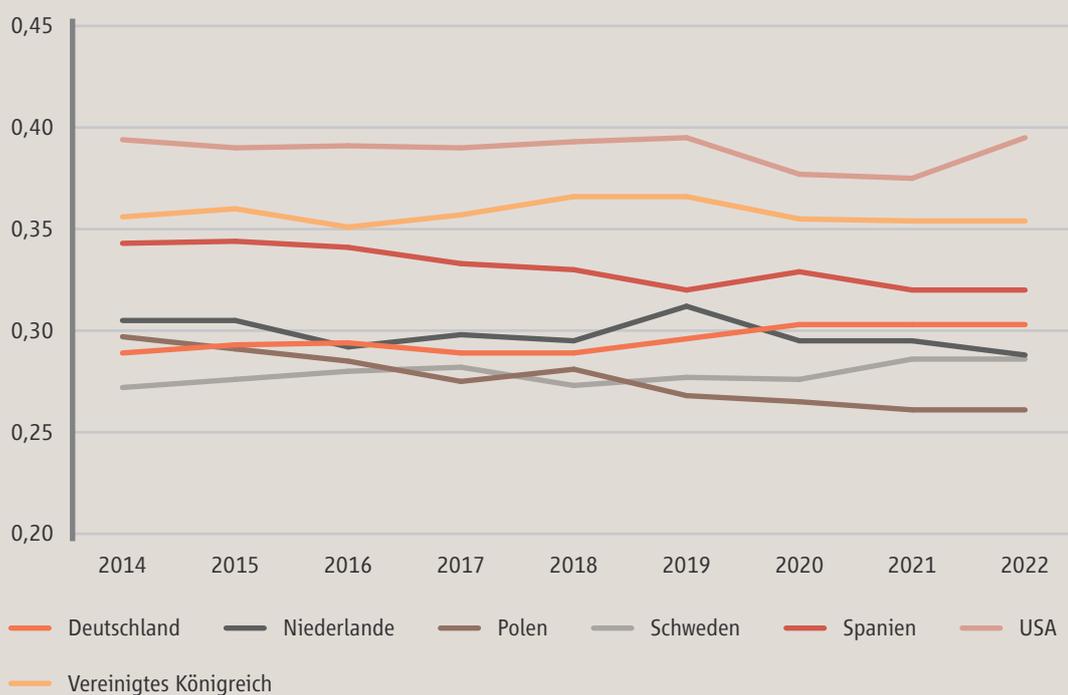


Die unterschiedlichen Werte und Entwicklungen der Länder lassen sich neben dem Frauenanteil der Erwerbstätigen, der Ersatzrate im Fall von Arbeitslosigkeit und dem Ausmaß von Kündigungsschutz auch durch die Entwicklung der Einkommensverteilung erklären, die mithilfe der Veränderung des Gini-Koeffizienten gemessen wird (Abbildung 12). Dieser Koeffizient dient als Indikator dafür, wie die Einkommen in einer Gesellschaft verteilt sind. Ein Gini-Wert von 0 würde bedeuten, dass alle über das gleiche Einkommen verfügen, während ein Wert von 1 bedeutet, dass eine Person das gesamte Einkommen erhält und der Rest nichts. Zwischen diesen beiden Extremen liegen dann die realen Einkommensverteilungen.

In Deutschland hat sich der Gini-Koeffizient – bis auf minimale Schwankungen in den letzten Jahren – auf einem niedrigen Niveau eingependelt. Die Schere zwischen Arm und Reich geht also nicht weiter auseinander. Es gibt mehrere Gründe für diese Stabilität: Deutschland hat ein umfassendes soziales Sicherungssystem, was Umverteilungsmechanismen wie Steuern und Sozialleistungen beinhaltet. Progressiv gestaltete Steuersysteme und Transferleistungen wie Arbeitslosengeld, Renten und Kindergeld tragen dazu bei, Einkommensungleichheiten zu

verringern. Auch das hohe Beschäftigungsniveau und eine im Vergleich zu anderen Ländern geringe Arbeitslosenquote führen zu einer breiteren Verteilung der Einkommen. Auch Tarifverträge und kollektive Lohnverteilungen tragen dazu bei, dass die Löhne in verschiedenen Branchen und Regionen in Deutschland entsprechend gleich verteilt sind. Selbst in der Coronapandemie haben die staatlichen Sicherungssysteme maßgeblich dazu beigetragen, dass die Veränderungen in den verfügbaren Haushaltseinkommen deutlich geringer ausfallen. Der Effekt ist insbesondere in der unteren Einkommenshälfte ausgeprägt (Niehues et al., 2021, S. 20).

Abbildung 12: Einkommensverteilung in ausgewählten Staaten (Gini-Koeffizient)



Anmerkung: Skala von 0 (Gleichverteilung der Einkommen) bis 1 (maximale Ungleichheit) nach Umverteilung.
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD, 2023g.

Deutlich höher sind die Einkommensunterschiede in Spanien, im Vereinigten Königreich und in den USA. Während die Ungleichheiten in Spanien auf eine höhere Arbeitslosenquote (Destatis, 2024), vor allem Jugendarbeitslosenquote (OECD, 2024d), wirtschaftlich gesehen regionale Ungleichheiten und eine relativ schwache Umverteilungspolitik zurückzuführen sind, liegt die starke Einkommensungleichheit in den USA vor allem an einem geringen Mindestlohn, schwachen Gewerkschaften sowie weniger Umverteilung. Im Vereinigten Königreich hingegen sind die Einkommensunterschiede so hoch, weil der Zugang zu Bildung und gut bezahlten Jobs ungleich verteilt ist, insbesondere zwischen wohlhabenden Regionen wie London und ärmeren Landesteilen. Zudem haben politische Sparmaßnahmen wie Kürzungen bei Sozialausgaben

und eine schwache Umverteilung über das Steuersystem die Einkommensungleichheit weiter verschärft.

Exkurs: Vermögensungleichheit

Die Untersuchung der Vermögensverhältnisse von Einzelpersonen und Haushalten spielt in der öffentlichen Debatte eine besondere Rolle, wenn über Gerechtigkeit gesprochen wird. Daher ist es wichtig, die Ergebnisse des Gerechtigkeitsindex einem Robustheitscheck zu unterziehen, um bei der Dimension „Einkommensgerechtigkeit“ auch die Variable Vermögensungleichheit adäquat zu berücksichtigen. Zugleich ist die widerspruchsfreie, systematische und valide sowie reliable Erfassung von Vermögen noch herausfordernder als die Messung zum Beispiel der Einkommensverteilung (Niehues/Stockhausen, 2024).¹ Neben der fehlenden Datenkonsistenz liegen nicht für alle in dieser Studie betrachteten Länder für alle untersuchten Jahre Daten vor. Angesichts dieser Unzulänglichkeiten bezüglich der Datenqualität und -verfügbarkeit wurde testweise für ein Jahr geprüft, wie Deutschland abschneiden würde, wenn man die bestehenden Daten zu Vermögensungleichheit beispielhaft für das Jahr 2022 in den Gesamtindex einbeziehen würde. Für Deutschland gäbe es keine Änderung im Rangplatz (Platz 10 mit und ohne Vermögensungleichheit als integrierten Indikator). Beim Sub-Index „Einkommensgerechtigkeit“, der bei Integration der Vermögensungleichheitsdaten „Einkommens- und Vermögensgerechtigkeit“ heißen müsste, ergäbe sich eine Verschlechterung um drei Rangplätze (von 21 auf 24) für 2022.

Da die verfügbaren Daten zu Vermögensungleichheit nicht unseren Kriterien für eine Aufnahme im Gesamtindex (vgl. Anhang S. 72 Kapitel I. Methodik, 2. Datenlage und Datenauswahl) entsprechen, wurden sie für die weiteren Analysen nicht verwendet. Eine umfangreiche Studie der vbw (2021) liefert eine gute Übersicht warum die Vermögensungleichheit schwer zu messen ist: Der ermittelte Gini-Koeffizient für Vermögen misst die Ungleichheit in der Verteilung von Vermögenswerten innerhalb der Bevölkerung. Da Vermögen in vielen Ländern konzentriert ist, weist der Gini-Koeffizient für Vermögen durchweg höhere Werte auf als für Einkommen (Charles et al., 2022). Ein wichtiger Befund ist hierbei, dass zum einen Länder mit einer ausgeprägten staatlichen Absicherung (wie z. B. Schweden) hohe Vermögensungleichheiten aufweisen sowie Länder, die auf eine lange Demokratieerfahrung zurückblicken können. Im Jahr 2022 weist Schweden mit einem Gini-Wert von 87,4 den höchsten Wert auf. Dies deutet auf eine starke Ungleichheit in der Vermögensverteilung hin und steht in klarem

1 Sozialversicherungsrechtliche Regelungen, insbesondere Rentenanwartschaften aus der gesetzlichen Rentenversicherung, führen zu erheblichen Verzerrungen in den verfügbaren Daten zu Vermögensungleichheit, da sie nicht als Vermögen erfasst werden, während privat angespartes Kapitalvermögen vollständig berücksichtigt wird. Der Umfang sozialstaatlicher Sicherungssysteme wirkt sich auf die Notwendigkeit und Möglichkeit zur privaten Ersparnisbildung aus und beeinflusst die gemessene Vermögensungleichheit. Aufgrund dieser qualitativen Mängel wurde auf eine systematische Integration der Vermögensungleichheitsdaten verzichtet; jedoch wurde exemplarisch getestet, inwiefern deren Einbezug den Gesamtindex beeinflussen würde.

Kontrast zu osteuropäischen Staaten wie der Slowakei, die mit einem Wert von 50,8 eine relativ gleichmäßige Verteilung des Vermögens aufweist. Es lassen sich Cluster identifizieren, die mit unterschiedlichen Vermögensungleichheiten verbunden sind. Die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten und Deutschland erreichen einen Gini-Koeffizienten zwischen 75 und 87, was auf eine relativ hohe Vermögensungleichheit hinweist (UBS Global Wealth Databook, 2023, S. 123 ff.). Die postsozialistischen Staaten, in denen die Vermögensbildung aufgrund von Sozialismus und Kommunismus nicht möglich war, haben dadurch bedingt eine geringere Vermögensungleichheit, aber auf deutlich niedrigerem Vermögensniveau.

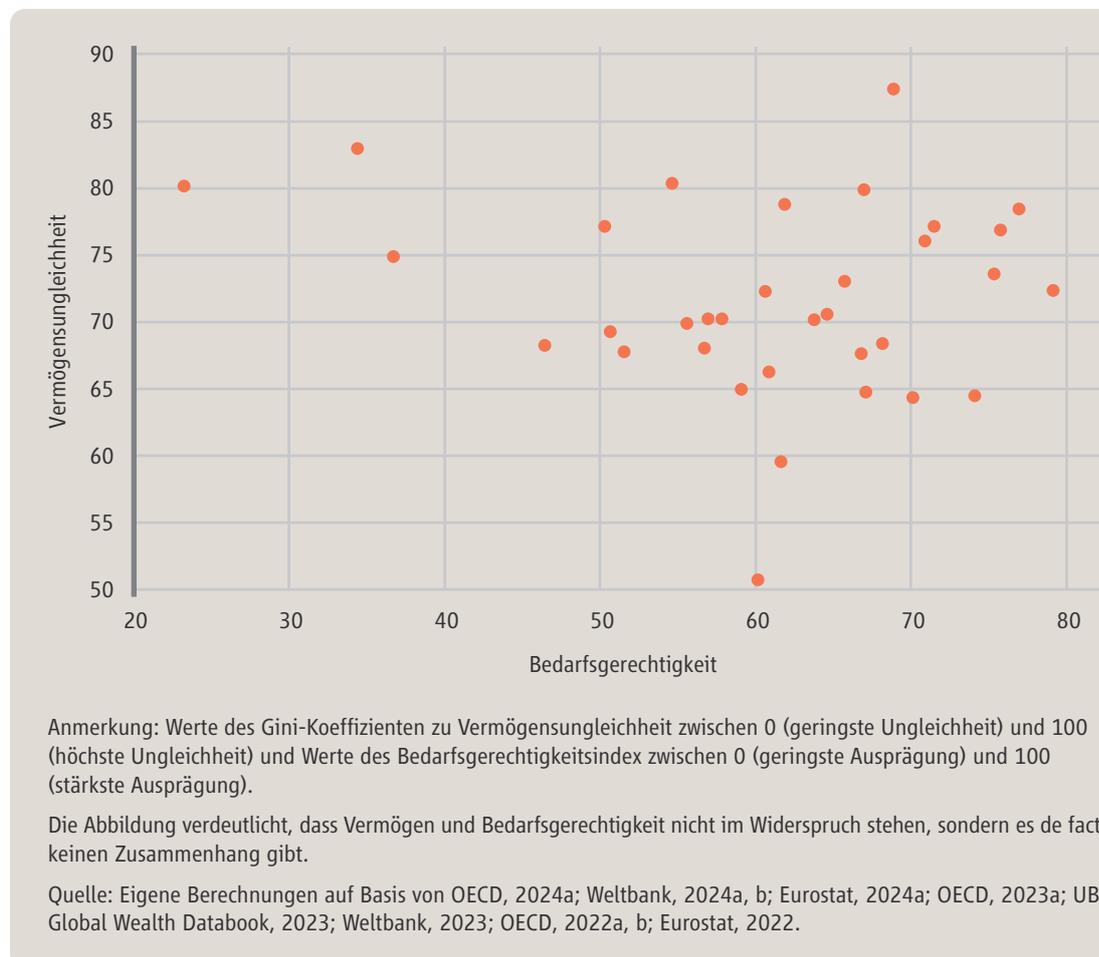
Ein Blick auf die europäischen Staaten veranschaulicht, dass hohe Sozialschutzausgaben mit einem geringeren Vermögensanteil der unteren 50 Prozent der Bevölkerung einhergehen (Korrelationskoeffizient von -0,62) (Niehues/Stockhausen, 2024). Denn eine umfangreiche soziale Absicherung verringert einerseits die Motivation zur privaten Vermögensbildung, gleichzeitig erschweren die dafür notwendigen Steuern und Abgaben den Aufbau von Vermögen (Niehues, 2018; Niehues/Stockhausen, 2024). Der Zusammenhang zwischen hohen Sozialschutzausgaben und Vermögensungleichheit zeigt sich anhand von Korrelationsanalysen auch empirisch (vbw, 2021, S. 18). In Ländern mit starkem Sozialstaat sind die Anreize und finanziellen Möglichkeiten geringer, privat vorzusorgen, denn die hohen Zwangsabgaben erschweren den Vermögensaufbau zum Beispiel in der Mittelschicht. Das hat eine geringere Vermögensbildung bei unteren und mittleren Einkommensschichten und eine Vermögensakkumulation bei Wohlhabenden zur Folge. Zugleich ist dieser Zusammenhang ein möglicher Erklärungsansatz für die geringe Vermögensungleichheit in der Slowakei, da hier die soziale Absicherung im europäischen Vergleich unterdurchschnittlich ausfällt.

Oftmals wird argumentiert, dass eine ungleiche Vermögensverteilung zu einer verstärkten Ungerechtigkeit führt, weil diejenigen, die wenig oder gar kein Vermögen besitzen, in ihren Lebensbedingungen und Chancen benachteiligt seien. Korrelationsanalysen hingegen zeigen, dass es keinen Zusammenhang zwischen Vermögensungleichheit (gemessen am Gini-Koeffizienten) und Gerechtigkeit (s. D.I Gesamtindex „Gerechtigkeit“) gibt. Bei der Dimension „Bedarfsgerechtigkeit“ zeigt sich dies in ähnlicher Weise (Abbildung 13).

Vermögensungleichheit (hohe Werte in Abbildung 13) steht nicht zwangsläufig im Widerspruch zu Bedarfsgerechtigkeit. Bezieht man Rentenansprüche in die Berechnung der Vermögensverteilung mit ein, fällt die Vermögensungleichheit in Deutschland sogar deutlich geringer aus. Rentenansprüche sind in Deutschland ein erheblicher Vermögensfaktor, der die tatsächliche Ungleichheit um 20 Prozent abmildert (vbw, 2021). Denn wenn Menschen keine hohen Zwangsabgaben für das gesetzliche Rentenversicherungssystem zahlen müssten, könnten sie die Beiträge während der Berufstätigkeit ansparen und so reale Vermögen aufbauen. Wichtig bei der Interpretation des Ergebnisses von Vermögensungleichheit in Deutschland ist es

auch zu berücksichtigen, dass die Ungleichheit von Vermögen in den letzten 15 Jahren in Deutschland nicht gestiegen ist, sondern zwischen 2008 (Gini: 72) und 2023 (Gini: 68) sogar um 5,4 Prozent abgenommen hat (UBS Global Wealth Report, 2024, S. 21).

Abbildung 13: Zusammenhang Vermögensungleichheit und Bedarfsgerechtigkeit



Ein weiterer wichtiger Aspekt ist auch die Tatsache, dass sich die medial geführte Debatte um Ungleichheit in Deutschland oft einseitig auf Verteilungsgerechtigkeit fokussiert. Dabei gibt es zahlreiche andere Dimensionen von Gerechtigkeit, wie etwa Chancengerechtigkeit (Kapitel D.IV) oder Regelgerechtigkeit (Kapitel D.VI), die für die Lebensrealität der Bürger wichtiger sind als eine gleiche Verteilung von Vermögen. Initiativen wie die Vermögenssteuer zielen auf Verteilungsgerechtigkeit ab, tragen jedoch wenig dazu bei, Regelgerechtigkeit zu stärken oder Arbeitsplätze zu schaffen. Bisher gibt es auch keine empirischen Belege dafür, dass Substanzsteuern wie die Erbschaftssteuer einen signifikanten Einfluss auf Gerechtigkeit haben. Eine Regressionsanalyse des Gerechtigkeitsindex mit den in Kapitel E analysierten sozioökonomischen Variablen sowie des Anteils der Erbschaftssteuer am Gesamtsteueraufkommen (Stiftung Familienunternehmen, 2024) zeigt keinen signifikanten Effekt der Erbschaftssteuer auf Gerechtigkeit. Gleichzeitig hemmen solche Steuern aber unternehmerische Investitionen

und die wirtschaftliche Dynamik. Andere Maßnahmen, etwa Investitionen in Bildung und Chancengleichheit, könnten deutlich effektivere und für die Bevölkerung wichtigere Ergebnisse erzielen.

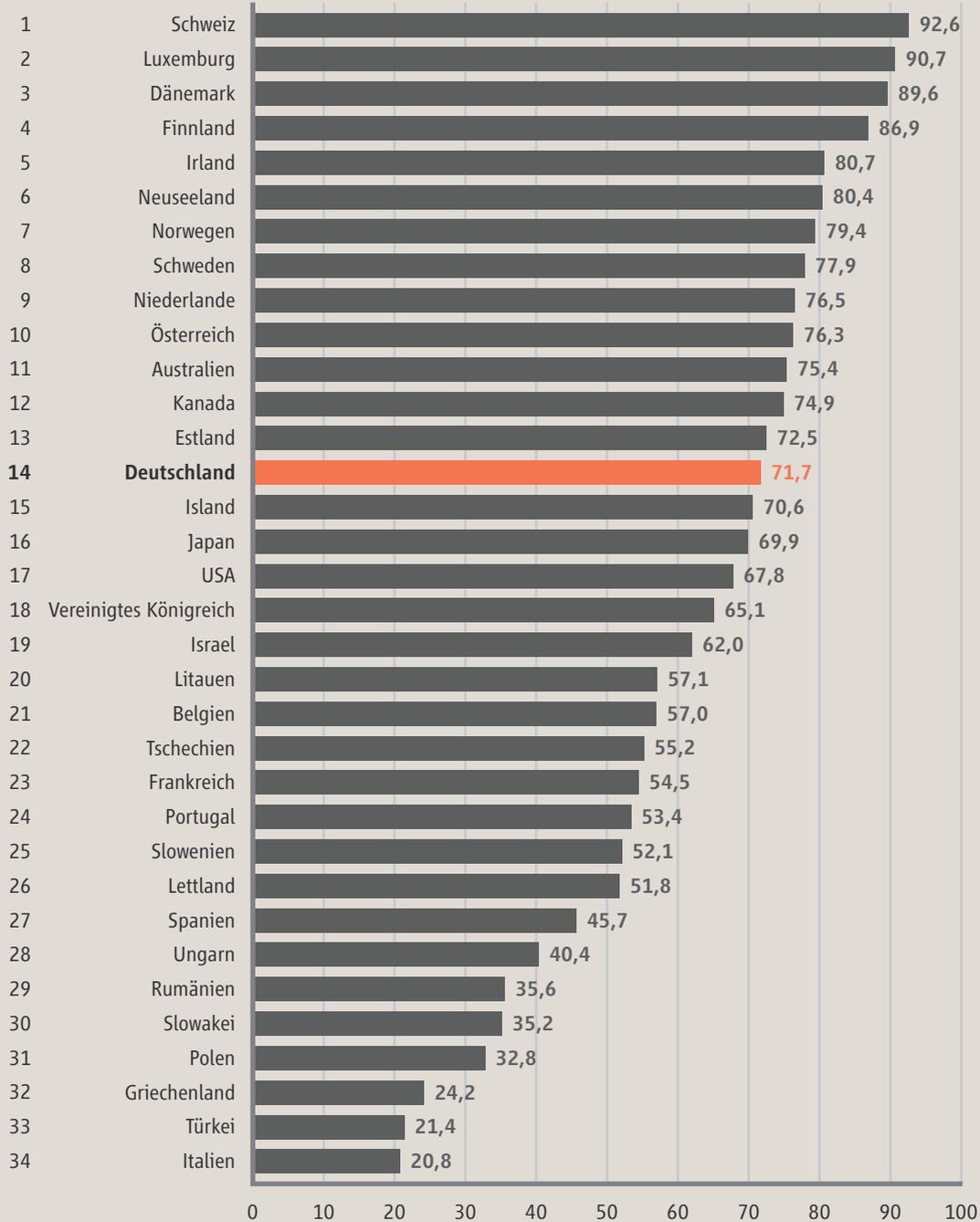
Auch in der öffentlichen Wahrnehmung scheint das Thema Vermögensungleichheit weniger Gewicht zu haben, als oft medial suggeriert wird. Die Bevölkerungsumfrage (Kapitel E.II) zeigt, dass für viele Menschen andere Themen wie Arbeitsplätze, Einkommen und soziale Absicherung relevanter sind. Wie oben bereits angeführt wurde, schneidet Deutschland im internationalen Vergleich beim Gesamtindex zu Gerechtigkeit im Jahr 2022 (sowohl mit als auch ohne Vermögensungleichheit als Gerechtigkeitsindikator) mit Rang 10 relativ gut ab, was zeigt, dass die gesellschaftliche und wirtschaftliche Struktur trotz bestehender Vermögensunterschiede für viele Menschen eine hohe Lebensqualität bietet. Jenseits der medialen Debatten sind andere Dimensionen wie Leistungs-, Generationen- und Chancengerechtigkeit den Menschen wichtiger.

VI. Regelgerechtigkeit

Regelgerechtigkeit ist ein fundamentales Prinzip für die Aufrechterhaltung eines fairen sowie stabilen politischen und sozialen Systems. Die faire Gestaltung, transparente Kommunikation und konsistente Durchsetzung von Regeln sind entscheidend für das Vertrauen in Institutionen und die Förderung einer gerechten Gesellschaft. In demokratischen Gesellschaften ist Regelgerechtigkeit eng mit Rechtsstaatlichkeit verknüpft. Wenn Bürger das Gefühl haben, dass die geltenden Regeln fair sind und gerecht angewandt werden, sind sie eher bereit, sich an diese Regeln zu halten und die Autorität der Institutionen zu akzeptieren. Dies stärkt die Stabilität und Legitimität des politischen und rechtlichen Systems. Unvorhersehbare Änderungen von Regeln und plötzliche Reformen von Gesetzen oder wirtschaftspolitische Maßnahmen, die Einzelfälle anders behandeln wollen, hingegen mindern das Ausmaß von Regelgerechtigkeit (Kapitel D.VI).

Mit 71,7 Indexpunkten liegt Deutschland 2022 auf Rang 14 im internationalen Vergleich. Mit 92,6 und 90,7 Punkten liegen die Schweiz und Luxemburg auf Rang 1 und 2, während die Türkei mit 21,4 und Italien mit nur 20,8 Punkten die Schlusslichter im Hinblick auf Regelgerechtigkeit bilden. Wie bei den anderen Dimensionen liegen die skandinavischen Länder auch bei dieser Dimension weit vorne: Dänemark auf Rang 3, Finnland auf Rang 4, Norwegen auf Rang 7 und Schweden auf Rang 8 (Abbildung 14).

Abbildung 14: Regelgerechtigkeit im internationalen Vergleich



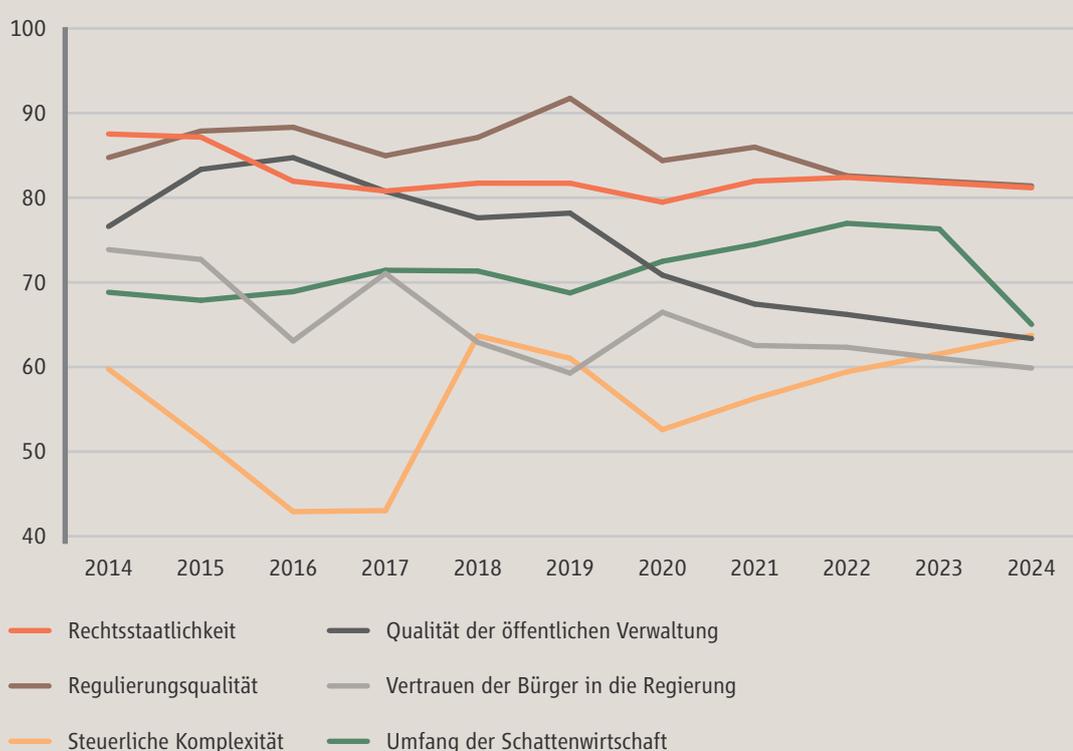
Anmerkung: Werte zwischen 0 (geringste Ausprägung) und 100 (beste Ausprägung); Daten am aktuellen Rand (2022).

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis OECD, 2024f; Weltbank, 2024c; Bertelsmann Stiftung, 2022b; Schneider/Boockmann, 2022.

Vor dem Hintergrund des leichten Rückgangs der Indexpunkte für Regelgerechtigkeit von Deutschland im Zeitraum 2014 bis 2022 bietet sich ein Blick auf die Entwicklung der einzelnen Indikatoren an (Abbildung 15). Die Regulierungsqualität ist in Deutschland trotz Schwankungen und sinkender Tendenz relativ hoch. Das Ausmaß an Rechtsstaatlichkeit befindet sich in

den letzten Jahren auf einem ähnlich hohen Niveau, während die Qualität der öffentlichen Verwaltung einen sehr starken Abwärtstrend aufweist. Das Vertrauen der Bürger in die Regierung und der Umfang der Schattenwirtschaft befinden sich im mittelmäßigen Punktebereich. Gleichwohl ebenfalls mit abfallender Tendenz, was eine Verschlechterung in diesen Bereichen darstellt. Der Indikator „Steuerliche Komplexität“ ist jener, der von allen Regelgerechtigkeitsindikatoren grundsätzlich am schlechtesten bewertet wird und auch die stärksten Schwankungen an Indexpunkten verzeichnet. Trotz schlechter Ausgangslage scheint sich das Thema „Steuerliche Komplexität in Deutschland“ seit 2020 zumindest etwas zu verbessern – oder andere Länder haben sich (stärker) verschlechtert.

Abbildung 15: Regelgerechtigkeit in Deutschland (Teilindikatoren)



Anmerkung: Werte zwischen 0 (geringste Ausprägung) und 100 (beste Ausprägung); für 2023 und 2024 geschätzt/prognostiziert.

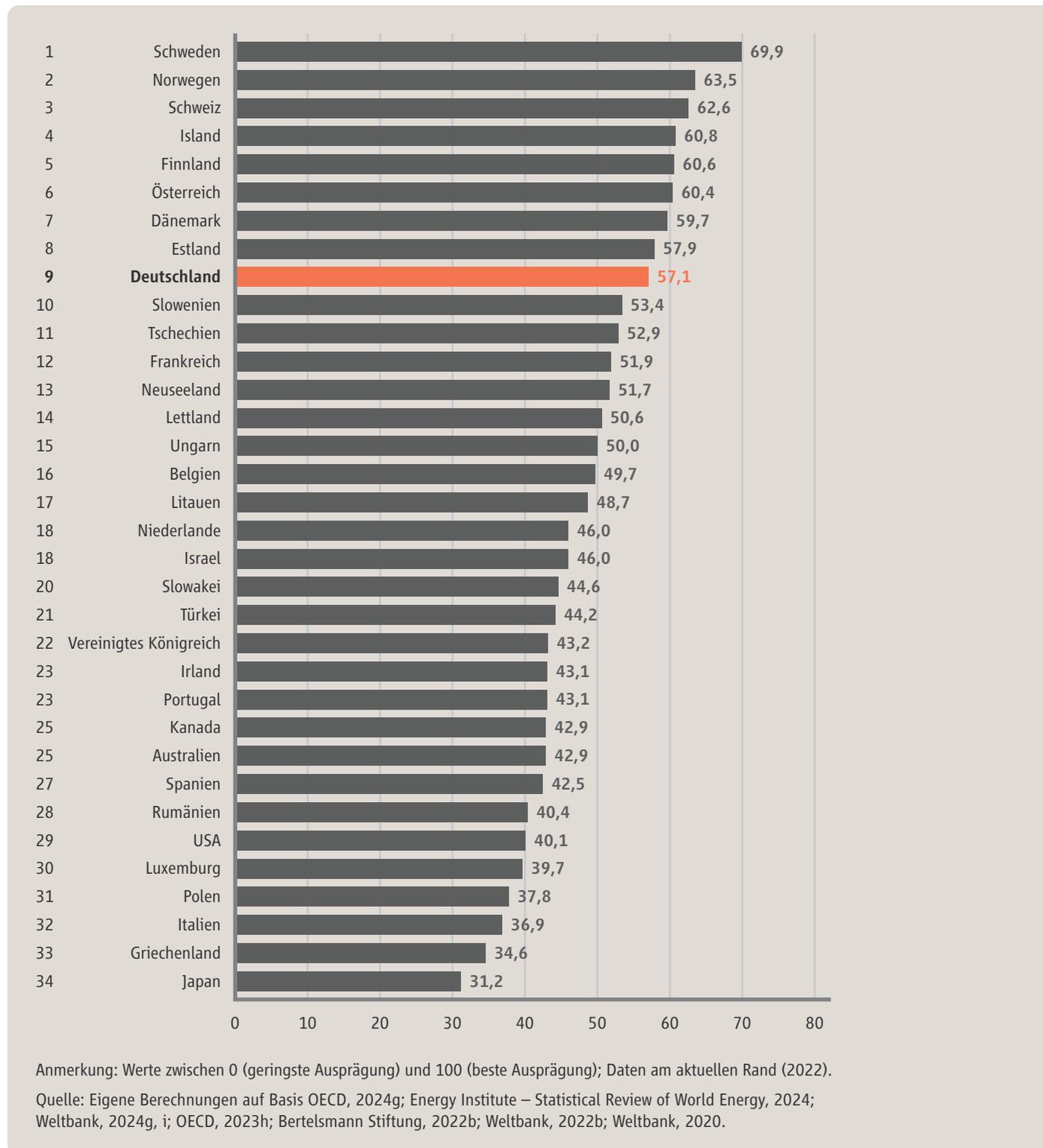
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis OECD, 2024f; Weltbank, 2024c; Bertelsmann Stiftung, 2022b; Schneider/Boockmann, 2022.

VII. Generationengerechtigkeit

Angesichts des Klimawandels ist Generationengerechtigkeit ein in der aktuellen gesellschaftlichen Diskussion stark debattiertes und emotional aufgeladenes Thema. In einem generationengerechten Zustand erfüllt die gegenwärtige Generation ihre Bedürfnisse, ohne dabei die Voraussetzungen zukünftiger Generationen zu beeinträchtigen. Es geht darum, eine gerechte

Verteilung von Ressourcen, Möglichkeiten und Lasten zwischen den verschiedenen Generationen sicherzustellen (Kapitel D.I).

Abbildung 16: Generationengerechtigkeit im internationalen Vergleich

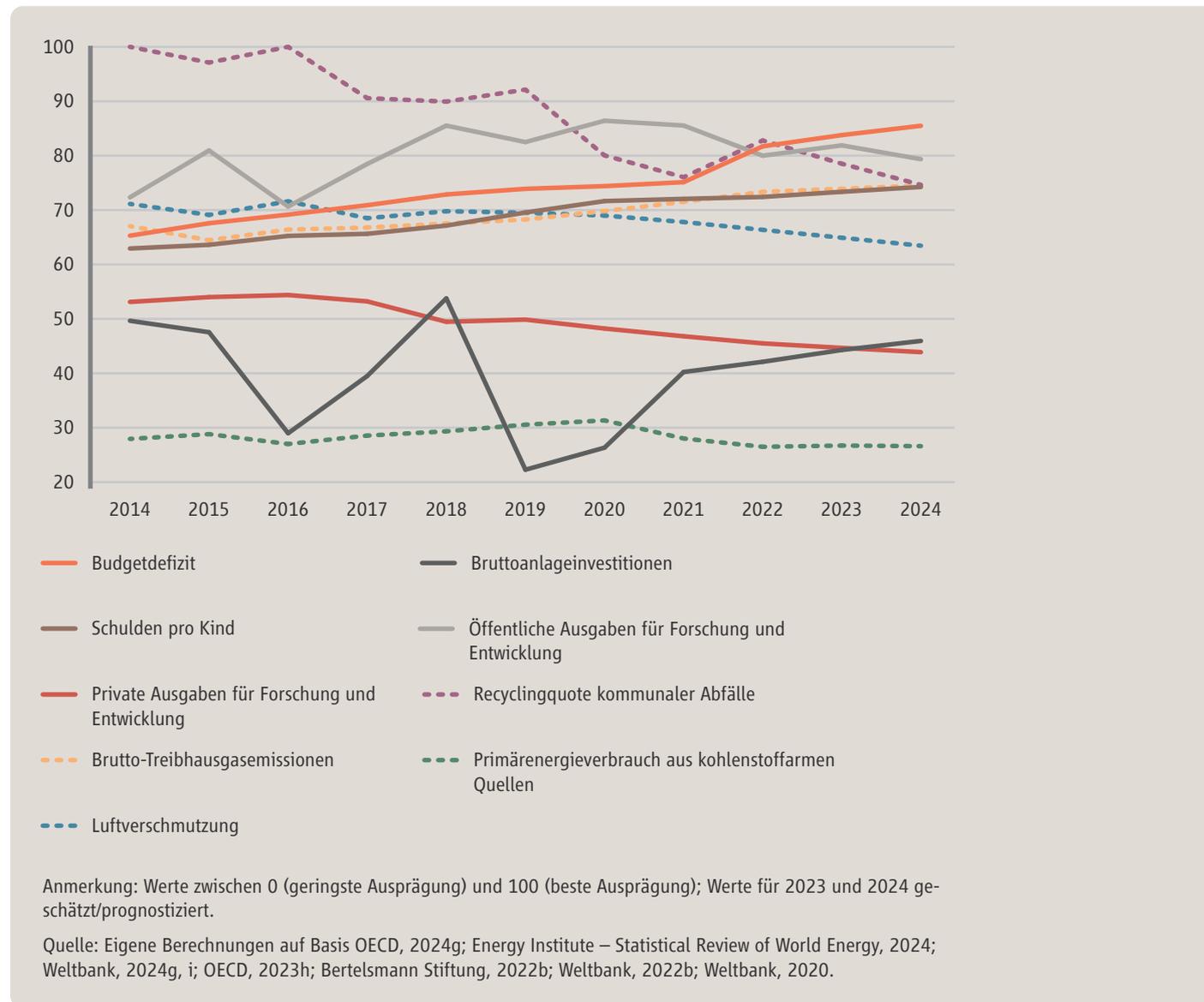


Das Ranking (Abbildung 16) gibt Aufschluss darüber, wie generationengerecht es in den einzelnen Staaten zugeht. Schweden steht an der Spitze der Rangliste mit einem Indexwert von 69,9 im Jahr 2022. Auf Rang 2 und 3 folgen Norwegen und die Schweiz mit 63,5 und 62,6 Indexpunkten im Jahr 2022. Auf den beiden letzten Plätzen befinden sich Griechenland und Japan mit 34,6 und 31,2 Punkten. Diese niedrigen Werte weisen auf Defizite in der Finanzpolitik und Klimapolitik hin. In beiden Ländern sind Maßnahmen notwendig, um die Generationengerechtigkeit zu verbessern, was sowohl wirtschaftliche Reformen als auch eine stärkere Klima- und Umweltpolitik einschließt.

Mit dem neunten Rang (57,1 Indexpunkte) im Jahr 2022 schneidet Deutschland beim Generationengerechtigkeitsranking im internationalen Vergleich für ein großes Industrieland gut ab. Nachhaltigkeit hat in Deutschland schon seit einigen Jahren mehr Priorität als in anderen Ländern und Wirtschaftswachstum und Klimaschutz sind in Deutschland deshalb nicht immer ein Gegensatz. Ganz im Gegenteil, im Vergleich zu Ländern wie den USA, der Schweiz, Spanien, Frankreich oder Italien hat Deutschland bedeutende Fortschritte in Bezug auf die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und CO₂-Ausstoß gemacht. Letzteres gelang unter anderem durch den Ausbau erneuerbarer Energien. Seit 1990 konnte Deutschland sein BIP um 47,0 Prozent steigern, während der konsumbedingte CO₂-Ausstoß um 39,0 Prozent und der produktionsbedingte CO₂-Ausstoß um 36,0 Prozent gesunken ist. In den 27 EU-Staaten sind diese Werte durchschnittlich nur um 27,0 beziehungsweise 28,0 Prozent gesunken. Die USA erhöhten ihr BIP zwar um 97,0 Prozent, allerdings ohne den CO₂-Ausstoß signifikant zu verringern. Die OECD-Länder reduzierten ihren CO₂-Ausstoß in beiden Bereichen im Durchschnitt um nur 3,0 Prozent (Hüther et al., 2023).

Abbildung 17 zeigt die Entwicklung einzelner Generationengerechtigkeitsindikatoren für Deutschland. Bei den gestrichelten Linien handelt es sich um ökologische Indikatoren und bei den durchgezogenen Linien um ökonomische Generationengerechtigkeitsindikatoren. Außer beim Thema Primärenergie aus kohlenstoffarmen Quellen erreicht Deutschland bei den ökologischen Indikatoren überwiegend hohe Punktzahlen. Ein im Vergleich zu anderen Ländern niedriges Budgetdefizit (u. a. aufgrund der Schuldenbremse), verhältnismäßig wenig Schulden pro Kind (< 15 Jahren) und ein recht hoher prozentualer Anteil des BIPs an öffentlichen Ausgaben in Forschung und Entwicklung sorgen für relativ hohe Punktwerte in diesen Bereichen.

Abbildung 17: Generationengerechtigkeit in Deutschland (ausgewählte Teilindikatoren)



E. Laienökonomik: Befragung zu wirtschaftspolitischen Empfehlungen

I. Überblick zu Laienökonomik und Biases

Neuere Studien zeigen, dass ökonomische Laien systematisch anderen Denkweisen folgen als häufig von Ökonomen angenommen wird und dass sie wirtschaftspolitische Maßnahmen anders bewerten als ökonomische Experten es tun. Diese Abweichungen sind nicht bloß auf fehlendes Wissen oder mangelnde Informationen zurückzuführen, sondern auf ein grundsätzlich anderes Bewertungsschema. Während Ökonomen vor allem ökonomische Effizienz in den Vordergrund stellen und ihre Analysen auf theoretische Modelle stützen, legen Laien größeren Wert auf Fairness und moralische Überlegungen (Enste et al., 2009; Enste, 2020). Die Erforschung dieser Unterschiede zwischen Ökonomen und Laien ist nicht nur aus wissenschaftlicher Sicht interessant, sondern auch von politischer Bedeutung, da Laien als Wähler maßgeblich politische Entscheidungen beeinflussen und somit die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt mitgestalten. Ihre Einschätzungen sind daher auch für die wirtschaftspolitische Beratung relevant. Während Ökonomen den Ergebnissen dieses internationalen Gerechtigkeitsindex vermutlich viel Positives abgewinnen könnten, wären die abstrakten Daten und Rankings für ökonomische Laien deutlich weniger relevant als die Wahrnehmung von Armut in ihrer Nachbarschaft oder über (soziale) Medien vermittelte Botschaften wie „Die Mittelschicht schrumpft“ (tut sie faktisch nicht!) oder „die Einkommensschere geht immer weiter auseinander“ (tut sie faktisch auch nicht!).

Ein Beispiel für die Diskrepanz in den Urteilen zwischen Ökonomen und Laien ist die Einführung eines Mindestlohns. Während viele Ökonomen potenzielle negative Auswirkungen auf die Arbeitsmarktflexibilität und Wettbewerbsfähigkeit betonen, wird diese Maßnahme von Laien oft als Mittel zur Förderung von Gerechtigkeit und sozialer Absicherung begrüßt. Ähnliche Unterschiede zeigen sich in der Globalisierungsdebatte: Nach dem Prinzip der komparativen Kostenvorteile erkennen Ökonomen weitgehend die Vorteile des freien Handels und der Arbeitsteilung an, während Laien die Globalisierung häufig skeptisch sehen und sich als Verlierer wahrnehmen – weil der Wettbewerb zunimmt und die Globalisierungsgewinne weniger wahrgenommen werden, wie zum Beispiel die Verluste von Arbeitsplätzen. Dies mag ein Grund für den politischen Erfolg von „Amerika First“-Maßnahmen wie Zöllen sein. Ökonomen sehen hingegen die negativen Zweitrundeneffekte und Nebenwirkungen für die weltweite Wohlfahrtsentwicklung.

Diese unterschiedlichen Sichtweisen lassen sich auf zwei zentrale Faktoren zurückführen: Erstens haben Laien oft eine andere Vorstellung davon, wie die Wirtschaft funktioniert, und können die Effekte wirtschaftspolitischer Maßnahmen nicht immer korrekt einschätzen (kognitive Verzerrungen). Zweitens empfinden sie Vorkehrungen, die aus ökonomischer Sicht

effizient erscheinen, aufgrund eines anderen moralischen Verständnisses als unfair (ethische Verzerrungen) (Bhattacharjee/Dana, 2024; Bazerman et al., 2001; Kemp, 2007; Enste, 2020).

1. Kognitive Verzerrungen

a) Nullsummenannahme (Fixed-Pie-Bias)

Laien gehen oft davon aus, dass wirtschaftliche Ressourcen wie Arbeit, Arbeitsplätze, Kapital und Löhne in einem fixen Umfang zur Verfügung stehen. Daher liegt der Fokus auf der gerechten Verteilung dieser Ressourcen anstatt auf der Frage, wie das Gesamtvolumen gesteigert werden könnte. Sie sehen Wohlstandszuwächse für eine Gruppe als untrennbar mit Verlusten für eine andere verbunden, ohne eine mögliche Kompensation oder generellen Zuwachs an der jeweiligen Ressource zu bedenken. Diese Annahme zeigt sich in Diskussionen zur Verteilung von Arbeitszeit zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sowie bei Bewertungen des Strukturwandels und der Arbeitsplatzsicherung. Die Einkommens- und Verteilungsgerechtigkeit spielt deshalb in der politischen Diskussion in der Regel die wichtigste Rolle und leidet unter der Unterschätzung von Zinseszinsseffekten beziehungsweise Wachstumseffekten.

b) Vernachlässigung dynamischer Effekte

Eng mit der Nullsummenannahme verbunden ist die systematische Unterschätzung von dynamischen Effekten und die Vernachlässigung von Sekundär- und Tertiäreffekten wirtschaftspolitischer Maßnahmen (Dal Bó et al., 2016). Häufig betrachten Laien nur die unmittelbaren Folgen von Entscheidungen und nicht etwa die sekundären Effekte wie zum Beispiel Arbeitsplatzverluste bei Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns. Außerdem werden die Effekte von zwei vs. fünf Prozent Wachstum massiv unterschätzt (Baron et al., 2006; Christandl/Fetchenhauer, 2008; Mishagina/Montmarquette, 2021).

c) Parochialismus/Anti-Foreign-Bias

Bei der Einbeziehung des Auslands wird die ökonomische Analyse zunehmend komplexer. Laien folgen jedoch oft einer simplen Heuristik, die als „Parochialism“ (Kemp, 2007) oder „Anti-Foreign-Bias“ (Caplan, 2007) bezeichnet wird. Dabei wird angenommen, dass Gewinne ausländischer Akteure Verluste für die eigene Gruppe bedeuten. Obwohl viele die Vorteile von Spezialisierung und Handel auf nationaler Ebene erkennen, bestehen Vorbehalte gegenüber ausländischen Handelspartnern. Dieser Bias kann gravierende Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik in einer globalisierten Welt haben, zum Beispiel in Form von Protektionismus, besonders vor Wahlen (vgl. Baron/Kemp, 2004; Ito, 2020).

2. Fairness-Überlegungen/Ethical Biases

Empirische Studien belegen, dass Menschen ein starkes Bedürfnis nach Fairness haben (Tyler, 2006) und sich selbst gerne als fair und ethisch wahrnehmen (Fetchenhauer/Dunning, 2006;

Moore, 2016). Fairness-basierte Entscheidungen werden schnell, intuitiv und mit geringem kognitivem Aufwand getroffen (Haidt, 2001; Cappelen et al., 2016). Besonders bei einfachen Entscheidungen wie Wahlen spielt Fairness eine zentrale Rolle (Haferkamp et al., 2008; Müller/Renes, 2020). Laien verwenden häufig eine Fairness-Heuristik zur Bewertung wirtschaftspolitischer Maßnahmen, während für Ökonomen die Effizienz im Vordergrund steht (vgl. Haferkamp et al., 2008; Abraham et al., 2020). Aber was macht eine politische Maßnahme fair? Ökonomische Laien stützen sich oft auf intuitive, gesinnungsethische, deontologische Maximen:

a) Do-no-harm-Heuristik

Diese Heuristik beschreibt die Abneigung von Menschen, anderen Personen Schaden zuzufügen (Baron, 1995; Royzman/Baron, 2002). Das oberste Ziel ist es, andere zu schützen, wobei der Wille zur Vermeidung von Schaden wichtiger ist als das Ergebnis. Der „identifiable victim effect“ (Jenni/Loewenstein, 1997) zeigt, dass Menschen besonders dann handeln, wenn sie Schaden von identifizierbaren Einzelpersonen oder Gruppen abwenden können. Diese Verzerrung kann den „Status quo“ zementieren, selbst wenn eine Maßnahme vielen nutzen, aber wenigen schaden würde (z. B. beim Abbau von Kohlesubventionen).

b) Status quo-Bias/Verzerrung

Eng damit verbunden ist der „Status quo-Bias“ (Samuelson/Zeckhauser, 1988). Menschen bevorzugen den Erhalt des aktuellen Zustands und lehnen Veränderungen oftmals ab. Kahneman et al. (1991) beschreiben, dass der Istzustand als gerecht wahrgenommen wird: Was sich etabliert hat, erscheint als legitim. Praktische Beispiele für diesen Bias sind die Diskussionen um das Renteneintrittsalter, bei denen sowohl eine Erhöhung als auch eine Senkung abgelehnt werden. Die Widerstände gegen den Strukturwandel lassen sich ebenfalls durch diese Voreingenommenheit erklären.

II. Bevölkerungsumfrage zu wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen – Methodik und Ergebnisse

Politiker stehen vor der Herausforderung, Wirtschaftspolitik sowohl für den „durchschnittlichen Bürger“ (Laien) zu gestalten als auch die Expertise hoch qualifizierter Wissenschaftler (Ökonomen) zu berücksichtigen. Um ihre Wiederwahl zu sichern, müssen sie möglichst viele Wähler von ihren politischen Maßnahmen überzeugen. Ein Dilemma entsteht dann, wenn die ökonomische Fachmeinung deutlich von den Ansichten der Wähler abweicht. Aktionen, die aus ökonomischer Sicht sinnvoll und effizient sind, könnten von einer großen Zahl der Wähler aufgrund ihrer impliziten Laintheorien oder systematischen kognitiven Verzerrungen abgelehnt werden. Politiker stehen dann vor der Wahl, entweder auf solche Maßnahmen zu verzichten, um ihre Wiederwahl nicht zu gefährden oder sie dennoch durchzusetzen und dafür bei der nächsten Wahl möglicherweise bestraft zu werden, falls die positiven Effekte erst langfristig

eintreten. Im Folgenden wird anhand aktueller Gerechtigkeitsdebatten verdeutlicht, inwiefern systematische Unterschiede zwischen den Ansichten von Ökonomen und nicht ökonomisch versierten Laien bestehen und wie diese Abweichungen mit kognitiven und moralischen Verzerrungen zusammenhängen (Enste, 2020).

Methodik der Umfrage

Die Befragung wurde nach den Merkmalen Einkommen, Wohnort nach Bundesland und Geschlecht/Alter (Kreuzquote) repräsentativ gemäß der Verteilung im Mikrozensus quotiert. Die Befragung im Online-Access Panel wurde von Bilendi & respondi durchgeführt. Da Teilnehmer bei einem Online-Access Panel nicht per Zufall ausgewählt werden, sondern explizit um sie geworben wird, gilt es zu beachten, dass sich verstärkt Befragte einbringen könnten, die ihre Meinung zu bestimmten Themen in Umfragen platzieren möchten. Hinzu kommt, dass nur Menschen mit Zugang zum Internet befragt werden können. Bei den folgenden Ergebnissen gilt es somit stärker als bei Zufallsstichproben, eine mögliche Selektivität im Antwortverhalten der Befragten zu beachten. Um die Robustheit der im vorliegenden Bericht dokumentierten Einstellungen zu untersuchen, wurden die Berechnungen jeweils auch mit unterschiedlichen Anpassungsgewichten durchgeführt. Da beispielsweise Befragte mit einer Hochschulzugangsberechtigung überrepräsentiert sind, wurden Gewichtungen berechnet, anhand derer die Verteilung der Schulabschlüsse nach dem Mikrozensus berücksichtigt wird. Die Verwendung dieser unterschiedlichen Anpassungsgewichte führt zu keinen substantziellen Abweichungen von den im Folgenden dargestellten Ergebnissen. Da die Einstellungen der Befragungsteilnehmer in den Teilgruppen jedoch möglicherweise ein selektives Abbild der jeweiligen Grundgesamtheiten darstellen, ist unklar, ob eine Hochgewichtung spezifischer Merkmale etwaige Selektivität in unbeobachteten Merkmalen korrigieren kann (Fladmoe/Bergh, 2022). Die Ergebnisse im vorliegenden Bericht werden daher jeweils ungewichtet ausgewiesen. Nicht berücksichtigt werden in den folgenden Auswertungen Befragte, die fehlerhafte Angaben in einer Kontrollfrage gemacht haben oder die Befragung zu schnell („Speeder“) abgeschlossen haben. Die valide Nettostichprobe umfasst 3.267 Befragte.

Die Datengrundlage für diese Analyse besteht aus einer Umfrage von ökonomischen Laien, die vom 10.12.2024 bis 18.12.2024 durchgeführt wurde. Die Befragten sollten angeben, ob sie bestimmten Gerechtigkeitsvorstellungen und wirtschaftspolitischen Vorkehrungen für mehr Gerechtigkeit zustimmen oder nicht. Zusammen mit den objektiven Daten aus dem Gerechtigkeitsindex und den Empfehlungen von Ökonomen lassen sich so Schlussfolgerungen

für wirtschaftspolitische Empfehlungen ableiten, die sowohl Effektivität, Effizienz und Durchsetzbarkeit berücksichtigen.

Die Bevölkerungsumfrage zeigt, dass Regelgerechtigkeit von allen Gerechtigkeitsdimensionen im Durchschnitt aller Befragten als am wichtigsten bewertet wird. 86,6 Prozent der Befragten stimmen zu oder stimmen sogar voll und ganz zu, dass eine Gesellschaft gerecht ist, wenn die gleichen Regeln und Rechte für alle gelten. Hingegen weniger als die Hälfte der Befragten (48,6 Prozent) stimmt (voll und ganz) der Aussage zu, dass eine Gesellschaft gerecht ist, wenn Einkommen und Vermögen möglichst gleich verteilt sind. Damit ist Verteilungsgerechtigkeit jene Dimension, die als am wenigsten wichtig eingestuft wird (Rang 6). Nach Regelgerechtigkeit wird Chancengerechtigkeit (Rang 2) als wichtigste Gerechtigkeitsdimension bewertet, gefolgt von Generationengerechtigkeit (Rang 3), Leistungsgerechtigkeit (Rang 4) und Bedarfsgerechtigkeit (Rang 5) (Tabelle 6).

Tabelle 6: Rangfolge der Gerechtigkeitsarten aus Sicht der Bevölkerung

Platz	Gerechtigkeitsdimension	Variable mit Antwortmöglichkeiten: 1 = Stimme voll und ganz zu; 5 = Stimme überhaupt nicht zu	Bewertung (Durchschnitt)	Stimme voll und ganz zu/ Stimme zu in %
1	Regelgerechtigkeit	Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn die gleichen Regeln und Rechte für alle gelten.	1,55	86,6
2	Chancengerechtigkeit	Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn jeder Mensch unabhängig von der Herkunft über gleiche Chancen auf Teilnahme an Bildung, Arbeit und Gütern verfügt.	1,76	80,6
3	Generationengerechtigkeit	Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn jede Generation die gleichen Chancen auf Wohlstand hat und Lasten gleichmäßig verteilt sind.	1,88	78,5
4	Leistungsgerechtigkeit	Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Personen, die im Beruf viel leisten, mehr verdienen als andere.	2,00	74,4
5	Bedarfsgerechtigkeit	Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn sie sich besonders um die Schwachen und Hilfsbedürftigen kümmert.	2,10	68,0
6	Verteilungsgerechtigkeit	Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Einkommen und Vermögen möglichst gleich verteilt sind.	2,57	48,6

Anmerkung: 1 = Stimme voll und ganz zu; 2 = Stimme zu; 3 = Teils/Teils, 4 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme überhaupt nicht zu.

Lesehilfe: Zur rechten Spalte – sie gibt an, wie viele Befragte der Dimension den Stellenwert 1 oder 2 gegeben haben.

Quelle: Quotenrepräsentative Bevölkerungsumfrage (Dezember 2024), N=3.267.

Unterschiede in der Priorisierung der Gerechtigkeitsdimensionen zeigen sich je nachdem, welche Partei die Befragten wählen. Während für die SPD-, CDU/CSU-, Bündnis 90/Die Grünen-

und BSW-Wählerschaft Regelgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit am wichtigsten sind, empfinden AfD- und FDP-Wähler Regelgerechtigkeit und Leistungsgerechtigkeit am wichtigsten. Für die Wähler der Linken steht Chancengerechtigkeit auf dem ersten Rang und Regelgerechtigkeit auf dem zweiten Rang. Verteilungsgerechtigkeit landet bei den Wählern aller Parteien (außer bei Die Linke) auf dem letzten Rang. Die Wählerschaft der Linken hingegen empfinden Leistungsgerechtigkeit als am wenigsten wichtig (Tabelle 7).

Tabelle 7: Rangfolge der Gerechtigkeitsarten nach Parteipräferenz

Platz	Gerechtigkeitsdimension	SPD	CDU/ CSU	B'90/ Grüne	AfD	FDP	Die Linke	BSW	Bewertung (Durchschnitt)
1	Regelgerechtigkeit	1,50	1,56	1,49	1,56	1,69	1,50	1,46	1,55
2	Chancengerechtigkeit	1,54	1,83	1,44	2,15	1,88	1,39	1,70	1,76
3	Generationengerechtigkeit	1,70	2,00	1,66	2,05	2,06	1,57	1,76	1,88
4	Leistungsgerechtigkeit	2,07	1,87	2,20	1,85	1,86	2,11	1,97	2,00
5	Bedarfsgerechtigkeit	1,88	2,23	1,80	2,33	2,44	1,57	2,05	2,10
6	Verteilungsgerechtigkeit	2,31	2,92	2,30	2,66	2,97	1,93	2,32	2,57

Anmerkung: 1 = Stimme voll und ganz zu; 2 = Stimme zu; 3 = Teils/Teils, 4 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme überhaupt nicht zu.

Lesehilfe: Je höher der Zahlenwert, desto weniger Zustimmung erhält die Dimension von den Befragten.

Quelle: Quotenrepräsentative Bevölkerungsumfrage (Dezember 2024), N=3.267.

Die Bevölkerungsumfrage zeigt Gemeinsamkeiten in den Gerechtigkeitsvorstellungen zwischen Ökonomen und der allgemeinen Bevölkerung: Dass Regelgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit wichtige Gerechtigkeitsdimensionen sind, sehen nicht nur Ökonomen so, sondern auch die allgemeine Bevölkerung (Tabelle 6 und 7). Aber bei konkreten politischen Aktionen für mehr Gerechtigkeit zeigen sich signifikante Unterschiede: Während 66 Prozent der allgemeinen Bevölkerung die Einführung eines Mindestlohns von 15 Euro pro Stunde unterstützen, sprechen sich Ökonomen eher gegen höhere Mindestlöhne aus und argumentieren, dass ein zu hoher Mindestlohn potenziell negative Auswirkungen auf die Beschäftigung haben könnte, insbesondere in Niedriglohnbranchen. Mindestlohnanpassungen müssen sorgfältig abgewogen werden, um die Balance zwischen fairen Löhnen und der Erhaltung von Arbeitsplätzen zu gewährleisten (Lesch/Schröder, 2023).

Dass Arbeiten sich lohnen soll und diejenigen, die arbeiten, höhere Einkommen erzielen sollen als Bezieher von sozialen Transfers wie Bürgergeld sehen sowohl Ökonomen so als auch die Mehrheit (88,8 Prozent) der allgemeinen Bevölkerung. Ein Bürgergeld ohne Bedürftigkeitsprüfung befürworten hingegen nur 17 Prozent der Befragten, was sich mit der

Haltung von Ökonomen deckt. Laut Ökonomen ist Bedürftigkeitsprüfung kein Übel, mit dem Anspruchsberechtigte gegängelt werden sollen, sondern eine notwendige Maßnahme, um den Steuerzahler vor unberechtigter Inanspruchnahme zu schützen (Pimpertz, 2019). Bei der Beurteilung von Transferleistungen für nicht aufenthaltsberechtigte Personen zeigt sich hingegen der Anti-Foreign-Bias/Parochialismus, denn diese Personen sollten keine oder nur geringe Transferleistungen erhalten.

Beim Thema Höchstlohn für das Topmanagement sind die Ansichten von Ökonomen und Laien beispielsweise unterschiedlich: Während die Mehrheit der Laien (voll und ganz) zustimmt, dass eine gesetzliche Höchstgrenze bei Jahresgehältern für Topmanager eingeführt werden sollte, lehnen Ökonomen diese Maßnahme eher ab. Sie argumentieren, dass solche Eingriffe zu Fehlanreizen und Verzerrungen in der Frage, wie die Unternehmensführung aufgestellt wird, führen können. Die Kontrollfunktion von Aufsichtsrat und Hauptversammlung könnte geschwächt werden. Außerdem würde der Standort im internationalen Wettbewerb um Topmanager geschwächt. Höchstgrenzen für Ablösesummen oder bei Spielergehältern im Fußball verdeutlichen das Problem anschaulich. Diese würden deutsche Vereine schwächen und einen Champions League Sieg unwahrscheinlicher machen, was analog auch für Unternehmen gilt.

Gemeinsamkeiten in der Ansicht von Ökonomen und Laien zeigen sich in der Haltung in Bezug auf Bürokratie: Dass Bürokratie in Deutschland eher zu Ungleichbehandlungen als zu mehr Gerechtigkeit führt, sehen 73 Prozent der Befragten so. Auch Ökonomen sehen Bürokratie problematisch, weil komplexe Regulierungs-, Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren für unternehmerisches Handeln einen enormen Zeit- und Kostenfaktor darstellen, was zur Wachstums- und Beschäftigungsbremse wird. Staaten mit hoher wirtschaftlicher Freiheit und weniger Bürokratiebelastung sind hingegen letztlich bei Nachhaltigkeit erfolgreicher: die Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen werden in Ländern mit weniger Bürokratie besser umgesetzt (Gabel/Potthoff, 2024).

Nur knapp jeder zweite Befragte (47 Prozent) findet es gerecht, wenn in Folge eines verlorenen Arbeitsplatzes in Deutschland, dafür ein neuer Arbeitsplatz hier geschaffen wird. Wenn für den einen verlorenen Arbeitsplatz in Deutschland sogar fünf neue Arbeitsplätze vor Ort entstehen würden, empfänden diese Maßnahme jedoch auch nur rund die Hälfte der Laien (55 Prozent) als gerecht. Diese Erkenntnis ist mit Blick auf eine Akzeptanz des Strukturwandels höchst problematisch, kann aber mit dem Status quo-Bias und der Verlustaversion verhaltensökonomisch gut erklärt werden. Ökonomen betonen daher die Notwendigkeit von Anpassung an den stetigen wirtschaftlichen Wandel, um Wohlstand und Wohlbefinden zu sichern.

Wenn der neue Arbeitsplatz (oder die fünf Arbeitsplätze) als Kompensation des einen Verlorenen nicht in Deutschland, sondern im Ausland etabliert würde, bricht die Zustimmung

auf weniger als 20 Prozent ein (bei *einem* Arbeitsplatz im Ausland) beziehungsweise rutscht auf unter zehn Prozent ab (bei *fünf* Arbeitsplätzen im Ausland). Dies bestätigt den Anti-Foreign-Bias beziehungsweise den Parochialismus, den Verhaltensökonominnen bei anderen Entscheidungen auch beobachtet haben (vgl. Kapitel E.I.1.c)). Ökonomen hingegen betrachten die Schaffung neuer Arbeitsplätze als Teil eines dynamischen Wirtschaftsprozesses, bei dem Arbeitsplatzverluste in einem Bereich nicht automatisch negativ zu bewerten sind, wenn sie zu mehr Arbeitsplätzen in anderen Bereichen führen und folglich das Beschäftigungsniveau anheben, oder zu einer effizienteren Allokation von Ressourcen und langfristig produktiveren Arbeitsplätzen führen. Die Diskrepanz zwischen der Sichtweise von Ökonomen und der Wahrnehmung der Bevölkerung ergibt sich häufig daraus, dass sich die Bevölkerung eher auf die unmittelbaren negativen Folgen von Arbeitsplatzverlusten und den Wunsch, niemandem Schaden zufügen zu wollen („Do-no-harm-Heuristik“) fokussiert, während Ökonomen den langfristigen Nutzen für die Gesamtwirtschaft in Form von komparativen Kostenvorteilen erreichen wollen.

Interessant ist auch die Einstellung zum Thema „Rente“: Während Ökonomen befürworten, dass die Rentenzahlungen zukünftig langsamer steigen und ergänzende Altersvorsorge wichtiger werden muss, um auf den demografischen Wandel zu reagieren, stimmt nur ein kleiner Teil der Laien (17 Prozent) dieser Sichtweise (voll und ganz) zu. Aus ökonomischer Sicht gilt dies jedoch als ein Maßnahmenpaket, um die finanzielle Nachhaltigkeit der Rentenversicherung zu sichern und den Anpassungsdruck auf die Beitragssätze zu verringern. Ein solches Vorgehen würde ermöglichen, die Rentenversicherung an die demografischen Herausforderungen anzupassen, ohne die Beitragszahler übermäßig zu belasten. Ähnliche Unterschiede in der Bewertung ergeben sich beim Vorschlag eines höheren Renteneintrittsalters. Weniger als jeder vierte Befragte (24 Prozent) stimmt (voll und ganz) zu, dass das Renteneintrittsalter entsprechend der höheren Lebenserwartung steigen sollte, während Ökonomen sich klar für eine Koppelung von Lebenserwartung und Renteneintrittsalter positionieren. Der Idee, die Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung nicht auf dem jetzigen Niveau einzufrieren, stimmen die wenigsten befragten Laien wie auch Ökonomen zu. Doch während sich die meisten Bürger eher eine Minderung der Beitragssätze wünschen, sehen Ökonomen keine nachhaltige Finanzierbarkeit des Rentensystems ohne eine Erhöhung der Beitragssätze (Pimpertz, 2024).

Unterschiede gibt es auch bei der Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen: Ökonomen plädieren für eine Erhöhung der CO₂-Bepreisung in Kombination mit einem Klimageld als sozialen Ausgleich für die höheren Kosten, die den Bürgerinnen und Bürgern dadurch entstehen (Beznoska/Hentze, 2024). Einer solchen Maßnahmenkombination stimmt nur rund ein Drittel (35 Prozent) der Bevölkerung zu und einem höheren CO₂-Preis ohne Klimageld stimmen nur 31 Prozent (voll und ganz) zu. Dies zeigt, dass Ökonomen stärker auf marktbasierende und effizienzorientierte Lösungen setzen, während für die Bevölkerung eher soziale Kompensationen

im Vordergrund stehen sowie der Wunsch, den Status quo beizubehalten. Ökonomen sind außerdem der Meinung, dass der fortlaufende Anstieg der Sozialausgaben gebremst werden muss, um Investitionen in die Infrastruktur (Straßen, Schienen, Brücken) ohne neue Schulden finanzieren zu können (vbw, 2024). Die Ansicht, dass Sozialausgaben für diese Zwecke gekürzt werden sollen, teilt nur eine Minderheit (36 Prozent) der allgemeinen Bevölkerung.

Abweichende Ansichten ergeben sich auch bei der Frage, wann und inwiefern Subventionen an Unternehmen gezahlt werden sollten. Während die Mehrheit der befragten Deutschen (69 Prozent) der Ansicht ist, dass der Staat nur dann Unternehmen mit Subventionen unterstützen sollte, wenn sie ausschließlich in Deutschland produzieren, ist für Ökonomen, die für Freihandel und die bestmögliche Allokation der Ressourcen plädieren, dies keine langfristig als positiv zu bewertende Option.

Die andersartigen teils entgegengesetzten Standpunkte spiegeln wider, dass Ökonomen bestimmte Aspekte von Gerechtigkeit und entsprechende Vorkehrungen häufig differenzierter bewerten und sich stärker auf empirische Daten stützen, die die negativen Folgewirkungen von a priori attraktiven Maßnahmen sehen, jedoch nicht überbewerten. Die allgemeine Bevölkerung betrachtet Gerechtigkeit oft aus einer moralischen und intuitiven Perspektive und lässt sich von persönlichen Erfahrungen, kognitiven Heuristiken und gesellschaftlichen Narrativen leiten. Diese Diskrepanz erschwert die Umsetzung politischer Maßnahmen erheblich. Schritte, die aus ökonomischer Sicht notwendig oder langfristig tragfähig sind, wie die Anpassung des Renteneintrittsalters oder die Erhöhung der CO₂-Bepreisung, stoßen oft auf den Widerstand in der Bevölkerung, da sie kurzfristig als ungerecht oder nicht sozialverträglich wahrgenommen werden. Es zeigt sich, dass die Bevölkerung stärker auf unmittelbare soziale Ausgleichsmaßnahmen fokussiert ist, während Ökonomen stärker auf langfristige Anreizstrukturen und wirtschaftliche Stabilität achten. Die Politik steht dadurch vor der Herausforderung, Vorkehrungen zu entwickeln, die sowohl ökonomisch fundiert als auch gesellschaftlich akzeptiert sind. Dies erfordert nicht nur eine klare Kommunikation der wirtschaftlichen Notwendigkeiten, sondern auch den Einbau sozialer Kompensationen und eine adressatengerechte Vermittlung der Vorteile langfristiger Reformen. Nur durch diese Balance können politisch umsetzbare und gleichzeitig ökonomisch tragfähige Lösungen gefunden werden.

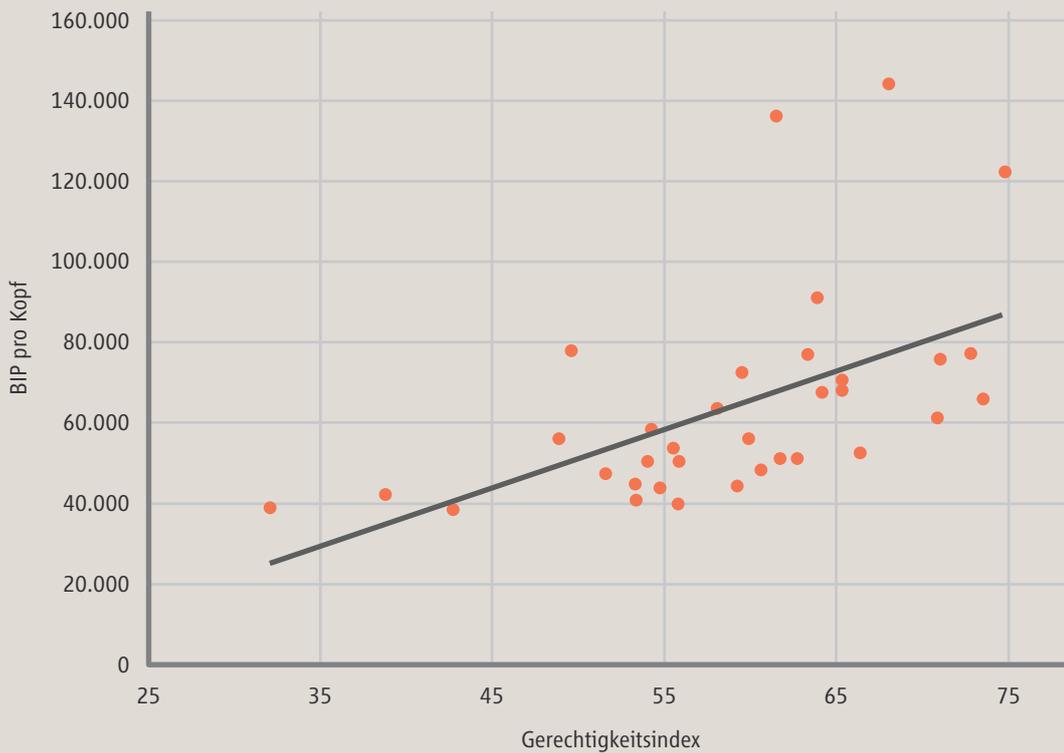
F. Analyse des Zusammenhanges von Gerechtigkeit, Wohlstand, Nachhaltigkeit und Wohlbefinden

I. Gerechtigkeit und materieller Wohlstand

In den vorherigen Kapiteln wurden die wichtigsten Dimensionen von Gerechtigkeit dargestellt (Kapitel C) und zu einem Gerechtigkeitsindex aggregiert (Kapitel D). Zudem wurde der Index zur Erstellung eines internationalen Rankings angewandt (Kapitel D.I) und die einzelnen Dimensionen wurden systematisch analysiert (Kapitel D.II-VII). Im Folgenden wird der Zusammenhang des Gerechtigkeitsindex mit anderen Wohlstandsindikatoren untersucht, um aufzuzeigen, inwiefern Gerechtigkeit mit anderen Indikatoren wie dem BIP pro Kopf und Lebenszufriedenheit zusammenhängt und um dadurch potenzielle politische Initiativen abzuleiten. Vier Indikatoren werden hierfür genutzt: das nominale BIP pro Kopf, der Sustainable Development Goals Index, die Sustainable Governance Indicators (SGIs) und der World Happiness Index (WHI). Für die Berechnung der Korrelationen wurden jeweils die zuvor analysierten 34 internationalen Länder genutzt (s. Kapitel D). Je näher ein Korrelations-/Zusammenhangswert an 1 beziehungsweise -1 ist, desto stärker positiv beziehungsweise negativ ist der Zusammenhang zu interpretieren.

Der Zusammenhang zwischen dem nominalem BIP pro Kopf und dem Gerechtigkeitsindex ist mit Korrelationskoeffizienten zwischen 0,47 (2023) und 0,62 (2014) als mittel einzustufen (Abbildung 18). Im Jahr 2022 liegt der Korrelationskoeffizient bei 0,53. Mehr wirtschaftlicher Wohlstand geht also in der Regel mit mehr Gerechtigkeit einher. Nur was erwirtschaftet wird/wurde, kann auch umverteilt werden. Das BIP pro Kopf gibt Hinweise auf den durchschnittlichen Wohlstand/Lebensstandard eines Landes. Länder mit einem hohen BIP pro Kopf verfügen dabei über mehr finanzielle Ressourcen, die unter anderem in Bildung, Gesundheitsversorgung und soziale Absicherung investiert werden können. Länder mit hohem BIP pro Kopf haben zum Beispiel bessere Möglichkeiten, Programme zur Förderung von Chancengerechtigkeit zu finanzieren, etwa durch kostenfreie oder erschwingliche Bildung und berufliche Förderprogramme. Diese Investitionen sind grundlegende Bausteine für eine gerechte Gesellschaft, da sie den Menschen Zugang zu essenziellen Leistungen zur Lebensgestaltung bieten. In wohlhabenderen Ländern mit hohem BIP pro Kopf sind tendenziell auch die Arbeitsbedingungen besser und die Löhne höher, da sie durch nationale Mindestlohnregelungen sowie starke Gewerkschaften geschützt werden (Norberg, 2023). Gleichzeitig kann Gerechtigkeit für mehr Wohlstand sorgen. Wenn es mehr qualifizierte Fachkräfte gibt, stärkt dies das wirtschaftliche Wachstum. Sozialer Ausgleich erhöht das Sozialkapital, das Vertrauen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft sowie den sozialen Frieden, was zu weniger Streiks und weniger sozialen Konflikten führt und so den Wohlstand sichert.

Abbildung 18: Zusammenhang BIP pro Kopf (US-Dollar) und Gerechtigkeitsindex



Anmerkung: BIP pro Kopf in US-Dollar, Werte des Gerechtigkeitsindex zwischen 0 (geringste Ausprägung) und 100 (beste Ausprägung).

Lesehilfe: Materieller Wohlstand und Gerechtigkeit korrelieren positiv miteinander und können sich gegenseitig verstärken.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von OECD, 2024a, b, c, d, e, f, g; Energy Institute – Statistical Review of World Energy, 2024; Weltbank, 2024a, b, c, d, e, f, g, h, i; Eurostat, 2024a, b, c; OECD, 2023a, b, c, d, e, f, g, h, j; Weltbank, 2023; OECD, 2022a, b; Eurostat, 2022; Bertelsmann Stiftung, 2022b; Schneider/Boockmann, 2022; Weltbank, 2022b; Weltbank, 2020; OECD, 2020.

*Gerechtigkeit und
Wirtschaft sind kein
Gegensatz.*

Auch auf Mesebene (für Unternehmen und Organisationen) gilt: Gerechtigkeit (Werteorientierung) und Wirtschaft sind kein Gegensatz. Unternehmen, die ethische Standards einhalten und eine gerechte Unternehmenskultur fördern, ziehen ethisch motivierte Mitarbeiter an und erhöhen ihre Attraktivität für bewusste Konsumenten. Unternehmen, die nachhaltige Geschäftspraktiken vorantreiben und ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung gerecht werden, müssen nicht zwangsweise wirtschaftlich benachteiligt sein, sondern können sogar Wettbewerbsvorteile erlangen (De Pee et al., 2018; Evans/Siesfeld, 2020). Wirtschaft und Ethik ergänzen sich und können eine gerechtere, nachhaltigere und letztlich erfolgreichere Wirtschaft gestalten.

II. Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit

In diesem Zusammenhang ist es jedoch wichtig zu berücksichtigen, dass das BIP pro Kopf, obwohl es Aufschluss über den Wohlstand einer Gesellschaft gibt, nicht allein ausreicht, um ein hohes Maß an Gerechtigkeit zu erreichen, da es weder die Verteilung des Wohlstandes innerhalb der Bevölkerung noch nicht-marktbasierete Tätigkeiten – wie zum Beispiel Hausarbeit oder Ehrenamt – berücksichtigt. Auch externe Kosten, wie zum Beispiel Umweltschäden inkludiert das BIP pro Kopf nicht. Insofern ist es ergänzend dazu wichtig, den Zusammenhang zwischen Gerechtigkeit und der Erfüllung von Nachhaltigkeitszielen zu überprüfen (Abbildung 19).

Abbildung 19: Zusammenhang SDG-Index und Gerechtigkeitsindex



Der SDG-Index misst den Fortschritt der Länder bei der Erreichung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen anhand der 17 beschriebenen Ziele in unterschiedlichen Bereichen wie Armutsbekämpfung, Bildung oder Gleichstellung der Geschlechter. Der Zusammenhang zwischen dem SDG-Index und dem Gerechtigkeitsindex ist stark und über die Zeit stabil. Die Korrelationswerte liegen dabei zwischen 0,62 (2016) und 0,66 (2023). Im Jahr 2022

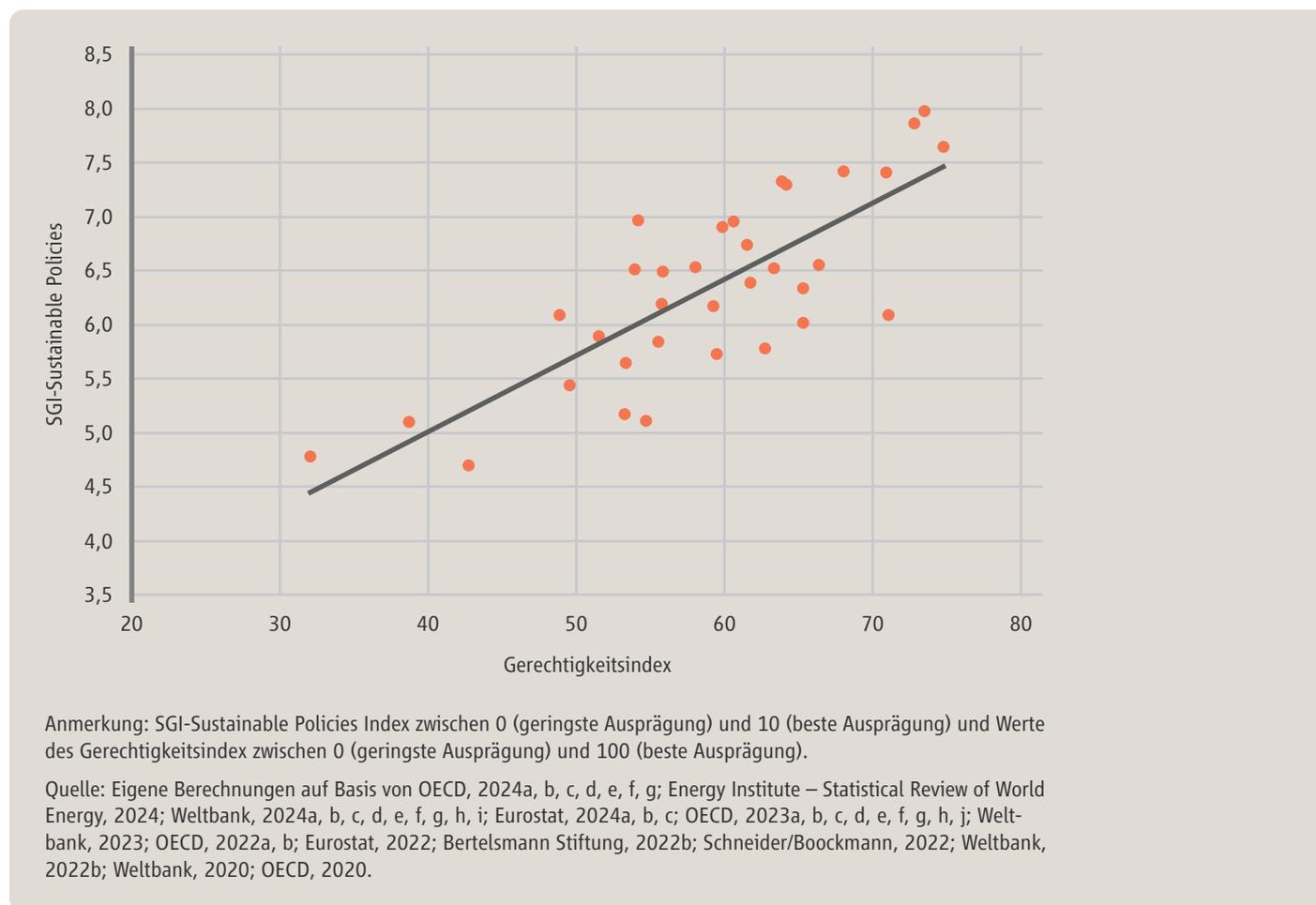
liegt der Korrelationskoeffizient bei 0,64. Die stabilen Korrelationen zwischen dem Gerechtigkeitsindex und dem SDG-Index legen nahe, dass politische Vorkehrungen, die auf die nachhaltige Entwicklung eines Landes abzielen, auch langfristig positive Effekte auf Gerechtigkeit haben – und umgekehrt Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit bedingen sich gegenseitig, denn nachhaltiges Handeln zielt darauf ab, Ressourcen zu schonen und die Umwelt für zukünftige Generationen zu bewahren. Dieser Ansatz ist zugleich auch eine Frage der Gerechtigkeit, da zukünftigen Generationen ein intakter Planet und faire Lebensbedingungen hinterlassen werden sollen. Eine nachhaltige Wirtschaft kann dazu beitragen, Ungerechtigkeiten zu verringern, indem sie umweltfreundliche, faire Produktionsbedingungen fördert und Menschen besseren Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Arbeitsplätzen ermöglicht.

Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit sind also keine isolierten Konstrukte, sondern bilden gemeinsam die Grundlage für ein zukunftsfestes und nachhaltiges Wirtschaftssystem, das langfristig Bestand hat und gerecht für alle ist. Die Dimension „Generationengerechtigkeit“ integriert aus diesem Grund auch wichtige Aspekte der 17 SDGs. Eine so starke Korrelation des Gesamtindex mit den 231 Indikatoren ist dennoch bemerkenswert, da die SDGs ein sehr breites Spektrum an globalen Zielen abdecken. Diese enge Verbindung zeigt, dass die Prinzipien der Generationengerechtigkeit tief in den Kern der SDGs eingebettet sind und eine integrative Grundlage für ein nachhaltiges und gerechtes Wirtschaftssystem bieten. Politische Maßnahmen, die strukturelle Diskriminierung abbauen und den Zugang zu Bildung, Arbeitsmöglichkeiten und Gesundheitsversorgung verbessern, können dazu beitragen, die Gerechtigkeit eines Landes zu stärken und gleichzeitig den Fortschritt bei der Erreichung der SDGs zu unterstützen. In diesem Kontext sind die Sustainable Governance Indicators der Bertelsmann Stiftung ein weiteres Konstrukt, um den Zusammenhang zwischen Gerechtigkeit und nachhaltiger Politik zu vergleichen. Die SGIs der Bertelsmann Stiftung (2022b) umfassen drei Unterindizes: Sustainable Policies (nachhaltige Politik), Quality of Democracy (Qualität der Demokratie) und Good Governance (gute Regierungsführung). Von diesen drei Unterindizes weist der Sustainable Policies-Index den stärksten Zusammenhang mit dem Gerechtigkeitsindex auf (von 0,79 in 2022 bis 0,85 in 2016, vgl. Abbildung 20).

Der Index „Good Governance“ folgt mit Werten zwischen 0,70 (2022) und 0,80 (2020), wodurch der Zusammenhang als mittel bis stark zu bewerten ist. Der „Quality of Democracy“-Index weist mit Werten zwischen 0,67 in 2022 bis 0,72 in 2020 einen mittleren Zusammenhang auf. Der starke Zusammenhang zwischen dem Sustainable Policies-Index und dem Gerechtigkeitsindex legt nahe, dass Länder, die eine langfristige, zukunftsorientierte politische Agenda verfolgen, auch größere Erfolge bei der Förderung von Gerechtigkeit erzielen. Regierungen sollten daher verstärkt in nachhaltige politische Initiativen investieren, die auf Bereiche wie Klimaschutz, Bildungsmöglichkeiten, soziale Sicherheit und nachhaltiges Wirtschaftswachstum abzielen. Dies erfordert nicht nur kurzfristige Reformen, sondern vor allem umfassende, langfristig angelegte

Strategien, die Gerechtigkeit zum Beispiel in Form von Chancengerechtigkeit sichern. Der mittlere bis starke Zusammenhang zwischen dem „Good Governance“-Index und dem Gerechtigkeitsindex unterstreicht die Bedeutung guter Regierungsführung für die Schaffung einer gerechten Gesellschaft. Politikmaßnahmen zur Verbesserung der Regierungsführung sollten daher als wichtig angesehen werden. Korruptionsbekämpfung, Transparenz und effiziente Verwaltungssysteme sind entscheidende Hebel, um (Regel-)Gerechtigkeit zu fördern.

Abbildung 20: Zusammenhang SGI-Sustainable Policies Index und Gerechtigkeitsindex



Der Zusammenhang zwischen dem Quality of Democracy-Index und dem Gerechtigkeitsindex ist im Verhältnis zu den anderen SGI-Indizes etwas schwächer, aber dennoch als mittelstark einzuordnen. Dies zeigt, dass eine gut funktionierende Demokratie mit einer hohen Qualität der Rechtsstaatlichkeit, politischer Teilhabe und Meinungsfreiheit zur Förderung von Gerechtigkeit beiträgt. Politische Entscheidungsträger sollten daher darauf abzielen, die demokratischen Strukturen zu stärken und den Zugang der Bürger zu politischen Prozessen zu verbessern.

Die Unterschiede in der Korrelation zwischen den drei SGI-Indizes und dem Gerechtigkeitsindex verdeutlichen außerdem, dass Gerechtigkeit nicht durch einzelne Politikmaßnahmen, sondern

durch einen ganzheitlichen Ansatz gefördert wird. Es gilt die Interdependenz der Ordnungen zu berücksichtigen (Hüther et al., 2023). Politische Reformen sollten daher umfassend und vor allem verlässlich gestaltet sein und sowohl die Nachhaltigkeit der Politiken als auch die Qualität der Demokratie und der Regierungsführung in den Blick nehmen. Der schwankende Zusammenhang über die Jahre zeigt, dass politische Interventionen kontinuierlich überwacht und bei Bedarf angepasst werden müssen. Regierungen sollten den Fortschritt in den Bereichen nachhaltige Politik, Demokratiequalität und Regierungsführung regelmäßig bewerten und an veränderte gesellschaftliche Bedürfnisse und Herausforderungen anpassen.

III. Gerechtigkeit und Wohlbefinden

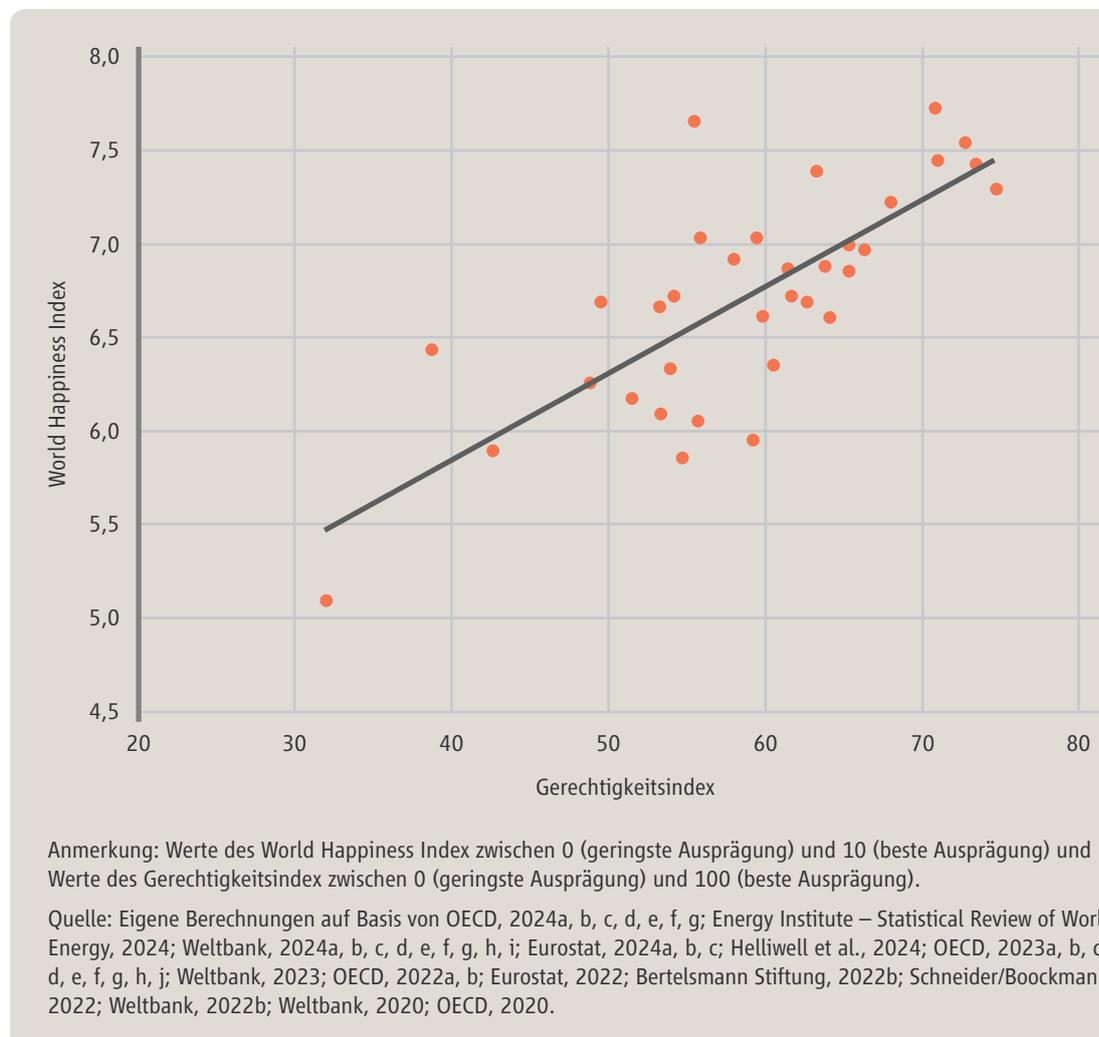
Da die Wahrnehmung von Gerechtigkeit subjektiv ist (Kapitel B), ist es wichtig, zusätzlich zu objektiven Indikatoren auch den Einfluss von Gerechtigkeit auf das subjektive Wohlbefinden der Bürger zu analysieren. Ein geeigneter Index ist in diesem Kontext der World Happiness Index, der die Zufriedenheit von Menschen in verschiedenen Ländern misst, indem er das subjektive Wohlbefinden via Umfragen erfasst und ergänzend dazu andere sozioökonomische Faktoren einbezieht (u. a. BIP pro Kopf oder Korruptionsmaß).

Der Zusammenhang zwischen dem WHI und Gerechtigkeitsindex ist stabil über die Zeit als stark zu interpretieren. Der Korrelationskoeffizient schwankt zwischen 0,73 (2014) bis 0,82 (2023). Im Jahr 2022 liegt der Wert bei 0,76 (Abbildung 21). Die starke Korrelation zwischen dem WHI und Gerechtigkeitsindex ist durch unterschiedliche Faktoren zu erklären: Zunächst ist der WHI ein mehrdimensionaler Index, der nicht nur eine Dimension von menschlichem Wohlergehen in den Blick nimmt, sondern auch soziale Unterstützung, Gesundheit oder Freiheit miteinbezieht. Hierdurch sind verschiedene Dimensionen des Gerechtigkeitsindex direkt adressiert, wodurch sich der starke Zusammenhang erklären lässt. Darüber hinaus inkludiert der WHI subjektives Wohlergehen und immaterielle Werte, wodurch der Subjektivität von Gerechtigkeit Rechnung getragen wird und Phänomene wie die schwächer werdende Korrelation von materiellem Wohlstand und Lebenszufriedenheit berücksichtigt werden.

Ein weiterer Grund für die starke Korrelation ist die durch andere Studien bereits nachgewiesene Tatsache, dass das Wohlbefinden von Menschen in gerechten Gesellschaften mit gleichen Chancen höher ist. Studien zeigen, dass soziale Gerechtigkeit – sei es durch faire Arbeitsbedingungen, gerechte Löhne oder Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung – das individuelle Wohlbefinden fördert (Kapitel B). In Arbeitsumgebungen beispielsweise zeigt sich, dass Beschäftigte, die sich ungerecht behandelt fühlen, häufiger unter emotionalen und körperlichen Beschwerden wie Gereiztheit, Lustlosigkeit und Rücken- und Kopfschmerzen leiden. Im Gegensatz dazu sind solche Beschwerden bei Mitarbeitern, die ihre Führungskraft als

gerecht empfinden, deutlich seltener anzutreffen, was dazu führt, dass Gerechtigkeitserleben mit weniger Fehlzeiten verbunden ist (Badura et al., 2020).

Abbildung 21: Zusammenhang World Happiness Index und Gerechtigkeitsindex



Ein weiteres Beispiel für einen subjektiven immateriellen Indikator ist Vertrauen, welches ebenfalls stark mit Gerechtigkeit korreliert. Alle drei Indikatoren (Vertrauen in das Gesellschaftssystem, Vertrauen in das politische System und Vertrauen in das Wirtschaftssystem) weisen mittlere bis hohe Korrelationswerte auf, jedoch hat vor allem das Vertrauen in das politische System einen dominanten Einfluss auf den Zusammenhang zwischen dem IW-Vertrauensindex (Enste/Suling, 2020) und Gerechtigkeitsindex. In einer gerechten Gesellschaft entsteht Vertrauen, da Menschen darauf zählen können, gerecht behandelt zu werden. Transparenz in Entscheidungsprozessen, Maßnahmen zur Verhinderung von Korruption und politischen Skandalen sind zentrale Faktoren zur Stärkung von Vertrauen in politische Institutionen und damit auch zur Förderung von (Regel-)Gerechtigkeit: Wenn Regeln transparent ausgestaltet sind und für alle gleichermaßen gelten, fühlen sich Menschen sicherer und haben mehr Vertrauen in die

Institutionen und Personen, die diese Regeln durchsetzen. Ein Gefühl von Gerechtigkeit stärkt das Vertrauen in die Politik, in Gemeinschaften, zwischen Individuen und auch Unternehmen. Auch in einem Unternehmen, in dem gerechte Entscheidungen getroffen werden – etwa bei der Beförderung, der Gehaltsstruktur oder der Arbeitsbelastung – entsteht ein Klima, in dem sich die Mitarbeiter wertgeschätzt fühlen und Vertrauen in ihre Führungskräfte entwickeln. Dieses Vertrauen fördert die Zusammenarbeit und steigert die Performance von Mitarbeitern (Patole et al., 2023).

G. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Laut internationalem Gerechtigkeitsindex belegt Deutschland im Jahr 2022 Rang 10 von 34 Ländern. Aus unserer Sicht eine gute Position für ein großes Industrieland in der Transformation, wenngleich es Raum für Verbesserungen gibt. Im internationalen Vergleich erreicht Deutschland besonders solide Ergebnisse bei Bedarfsgerechtigkeit und Generationengerechtigkeit, liegt aber in Bereichen wie Regelgerechtigkeit, Leistungs- und Einkommensgerechtigkeit lediglich im Mittelfeld. Eine differenzierte, offene und kritische gesellschaftliche Debatte darüber, welche Bereiche priorisiert werden sollten und wie entsprechende politische Initiativen konkret gestaltet werden können, ist dabei unerlässlich.

I. Wirtschaftspolitische Ableitungen

Basierend auf den Zusammenhängen zwischen den zuvor analysierten sozioökonomischen Indikatoren, Indizes und Gerechtigkeit sowie mit Blick auf die Umfrageergebnisse aus der Bevölkerungsbefragung erscheinen folgende Maßnahmen für die nächste Bundesregierung besonders relevant:

■ **Bedarfsgerechtigkeit: Gesundheitssystem effizienter ausgestalten.**

Ein bedarfsgerechtes und vor allem bezahlbares und effizientes Gesundheitssystem ist entscheidend, um Deutschlands gute Platzierung bei Bedarfsgerechtigkeit zu halten oder noch weiter zu verbessern. Denn aufgrund der demografischen Alterung werden die Ausgaben mittel- bis langfristig stärker steigen als die beitragspflichtigen Einnahmen, deren Wachstumsrate durch den zunehmenden Renteneintritt von geburtenstarken Jahrgängen perspektivisch gedämpft wird. Die Politik muss sicherstellen, dass ausreichend Mittel für die grundlegende Basisversorgung aller gewährleistet ist. Um Kosten zu senken und die Behandlungsqualität sowie den Zugang zu Gesundheitsleistungen in ländlichen Gebieten zu erhöhen, sollte die Politik außerdem die Digitalisierung im Gesundheitssystem deutlich beschleunigen. Elektronische Patientenakten, telemedizinische Angebote und automatisierte Prozesse sind zentrale Bausteine, um einerseits Versorgungssicherheit zu gewähren und andererseits Doppeluntersuchungen zu vermeiden und eine transparente, effiziente Versorgung sicherzustellen (vgl. Dänemark). Um bei dem Ziel, Bedarfsgerechtigkeit zu fördern, nicht gleichzeitig die Finanzierbarkeit des Systems aus den Augen zu verlieren und damit die Generationengerechtigkeit zu gefährden, muss die Politik sicherstellen, dass Über- und Fehlversorgung vermieden und die vorhandenen Ressourcen gezielter eingesetzt werden. Gerade durch höhere Transparenz über die Kosten von Gesundheitsdienstleistungen könnte diesem Problem begegnet werden (Jochimsen, 2024, S. 594 ff.).

- **Eine Balance aus Leistungs- und Einkommensgerechtigkeit durch steuerliche Entlastungen bei gleichzeitiger Förderung von Erwerbsarbeit und Vermögensaufbau.**
Zu mehr Einkommensgerechtigkeit gehört nicht nur der Ausgleich der kalten Progression im Steuersystem, sondern auch die Vereinfachung des Steuersystems. Dies erhöht auch die Regelgerechtigkeit. Zugleich muss das Lohnabstandsgebot eingehalten werden: wer arbeitet, dem muss mehr Netto vom Einkommen übrigbleiben als jemand, der Bürgergeld bezieht. Dies fordern auch 88,8 Prozent der Befragten. Es gilt, die Eigenverantwortung und wirtschaftliche Selbstständigkeit der Menschen zu fördern, indem sich Erwerbstätigkeit (zukünftig noch) mehr lohnt. Durch Nudging (vgl. Enste/Potthoff, 2024a) und durch eine Aktienrente (vgl. Schweden, statt Riesterrete) kann die private Vorsorge gestärkt werden und die kognitiven Verzerrungen zugunsten einer nachhaltigen Vorsorgepolitik genutzt werden. Bildungsinitiativen zur Stärkung finanzieller Kompetenzen sollten das Nudging für den Vermögensaufbau begleiten.

- **Mehr Chancengerechtigkeit durch bessere Bildung.**

Bildung ist der Schlüssel zu beruflichem Erfolg und einer gerechten Einkommensverteilung. Eine nachhaltige Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik sollte den Zugang und die Qualität des Bildungsangebots in Deutschland verbessern und gezielt Gruppen fördern, die bislang benachteiligt sind, wie beispielsweise Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien. Kostenfreie oder stark subventionierte Bildungsangebote wie zum Beispiel Stipendienprogramme, können die individuelle Selbstbestimmung fördern, damit mehr Chancengerechtigkeit schaffen und langfristig das BIP pro Kopf steigern. Auch eine stärkere Förderung digitaler Bildung ist notwendig, um allen den Zugang zu modernen Bildungseinrichtungen zu ermöglichen.

Um vor allem die Potenziale der Zuwanderung im Bildungssystem gezielt auszuschöpfen und Chancengerechtigkeit in diesem Kontext zu stärken, sollte die frühkindliche Förderung insbesondere für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund ausgebaut werden. Die Sprach- und Leseförderung in Kitas und Schulen sollte frühzeitig und intensiv erfolgen sowie sich an den individuellen Bedarfen der Kinder orientieren. Um Bildungsungleichheiten zu reduzieren und Chancengerechtigkeit insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund sowie aus bildungsfernen oder ressourcenschwachen Familien zu steigern, sollten Betreuungs- und Ganztagsangebote ausgebaut werden. Dies kann das Arbeitskräftepotenzial vor allem von Müttern erheblich steigern (Boockmann et al., 2025). Hochwertige Förderangebote sind unerlässlich, um die Effekte ungleicher häuslicher Ausstattung auszugleichen. Zudem sollten Familienzentren an Schulen ausgebaut werden, um Eltern stärker in den Bildungsprozess einzubeziehen und Bildungsungleichheiten abzubauen. Zielgerichtete Investitionen in Schulen mit besonders herausfordernden Bedingungen sind ebenfalls ein wichtiger Bestandteil, um die Potenziale von Kindern aus benachteiligten Verhältnissen besser zu fördern und Bildungsarmut zu reduzieren (Anger et al., 2024, S. 2025 ff.; Anger/Betz, 2022, S. 48 ff.).

■ Mehr Regelgerechtigkeit durch Bürokratieabbau und effizientere Strukturen.

Ein zentraler Punkt, beispielsweise im Kontext der Klimatransformation, ist die Reduktion bürokratischer Hürden, denn ein übermäßiger administrativer Aufwand belastet sowohl Bürger als auch Unternehmen. Die Politik sollte umfassende Maßnahmen zur Vereinfachung der Verwaltungsprozesse ergreifen, um deren Effizienz zu steigern und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen zu sichern. Dazu gehört die konsequente Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, sodass Bürger und Unternehmen ihre Anliegen schnell, unkompliziert und ohne Papieraufwand über zentrale Online-Plattformen erledigen können (Licht et al., 2024a). Die Politik muss zudem bürokratische Barrieren für Unternehmen abbauen, insbesondere in Bereichen, die Investitionen und Innovationen betreffen. Unternehmen, die in nachhaltige Technologien und Produktionsmethoden investieren wollen, sollten nicht durch unnötige administrative Belastungen aufgehalten werden (Gabel/Potthoff, 2024). Es sind pragmatische Förderstrukturen zu schaffen, die Unternehmen schnell und effizient unterstützen. Ebenfalls erstrebenswert ist eine Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, insbesondere in Bereichen wie dem Bauwesen und der Energiewende (Hüther et al., 2023, S. 37 ff.; Licht et al., 2024b).

Die Politik muss außerdem dafür sorgen, dass redundante Vorschriften und Doppelarbeit zwischen verschiedenen Behörden abgebaut werden. Ein vereinfachtes und effizienteres Verwaltungssystem, das überflüssige Regelungen und bürokratische Komplexität vermeidet, ist notwendig, um den Zugang zu öffentlichen Leistungen zu beschleunigen und die Verwaltungskosten zu senken. Durch gezielte Vorkehrungen zum Bürokratieabbau kann die Politik den Zugang zu öffentlichen Leistungen vereinfachen und den Verwaltungsaufwand für Bürger und Unternehmen reduzieren. Effizientere digitale Prozesse wie die Einführung zentralisierter Online-Plattformen und vereinfachte Antragsverfahren können den Zugang zu Leistungen beschleunigen und Verwaltungskosten senken. Ein schlanker und effizienter Staat, der auf überflüssige Formulare und langwierige Genehmigungsverfahren verzichtet, stärkt die Effizienz der öffentlichen Verwaltung und schafft Vertrauen durch Planungssicherheit.

Gleichzeitig sollte die Politik die Transparenz in politische Entscheidungen fördern und sicherstellen, dass alle relevanten Informationen und Entscheidungsprozesse für die Bürger nachvollziehbar sind und sie darauf vertrauen können, dass politische Entscheidungen gerecht und transparent getroffen werden. Um das Vertrauen in die Institutionen zu stärken, sollten politische Entscheidungen klar und verständlich kommuniziert werden, wobei die Gründe für Entscheidungen offen dargelegt werden. Ein zentraler Punkt ist auch die Bekämpfung von Korruption: Die Politik muss effektive Maßnahmen ergreifen, um Korruption in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung und Politik entschieden zu bekämpfen. Dies erfordert nicht nur die Förderung einer Kultur der Integrität und Verantwortung, sondern auch die konsequente Umsetzung von Anti-Korruptionsgesetzen, die Einführung



Zur Studie „Bürokratiefilter für den Gesetzgeber – Unnötigen Belastungen präventiv begegnen“ (2025)



Zur Studie „Bürokratie als Wachstumsbremse: Bestandsaufnahme und Reformansätze – Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen“ (2024)

unabhängiger Überwachungsstellen sowie die Förderung von Whistleblower-Initiativen, um die Aufdeckung von Korruption zu erleichtern (Enste/Potthoff, 2024b).

■ **Mehr Generationengerechtigkeit durch eine nachhaltige Wirtschaftspolitik.**

Langfristig braucht es eine Wirtschaftspolitik, die ökologische und ökonomische Interessen integriert, um Arbeitsplätze, Wohlstand und Gerechtigkeit gleichzeitig zu sichern. Eine umweltfreundliche und zukunftsfähige Wirtschaft sollte dabei auf technologieoffene Ansätze setzen, um Innovationen in verschiedenen Branchen zu ermöglichen und eine breite Basis an Lösungen für die Reduktion von Emissionen zu fördern. Investitionen in umweltfreundliche Technologien und der Wettbewerb um Innovation im Bereich erneuerbarer Energien tragen zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum bei und bieten deutschen Unternehmen auch im internationalen Markt wichtige Wettbewerbsvorteile. Klimaschutzmaßnahmen sollten so gestaltet werden, dass sie die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit sichern und Unternehmen Anreize zur CO₂-Reduktion bieten, etwa durch marktwirtschaftliche Instrumente wie CO₂-Bepreisung oder Handelssysteme, die auf eine faire und planbare Umsetzung setzen (Bolwin et al., 2024). Ergänzend dazu sollten benachteiligte Bevölkerungsgruppen durch gezielte Programme unterstützt werden, um sicherzustellen, dass die sozialen Auswirkungen der Klimapolitik gerecht verteilt sind. Gerade Haushalte mit niedrigem Einkommen, die von Auswirkungen wie Energiepreisanstiegen stärker betroffen sind, sollten von der Politik durch Kompensationsmaßnahmen entlastet werden. Die Förderung eines klimaschonenden Lebensstils sollte so gestaltet sein, dass die Kosten gerecht verteilt werden.

II. Fazit

Wie in dieser Analyse deutlich wird, können Initiativen zur Förderung einzelner Gerechtigkeitsaspekte in Konflikt mit anderen Dimensionen geraten. Beispielsweise können hohe staatliche Ausgaben zwar einerseits die Bedarfsgerechtigkeit oder Chancengerechtigkeit stärken, dabei aber die Generationengerechtigkeit gefährden, wenn sie nicht nachhaltig finanziert werden. Maßnahmen zur Stärkung der Leistungsgerechtigkeit können größere Einkommensunterschiede nach sich ziehen, während eine stärkere Einkommensangleichung als unvereinbar mit Leistungsgerechtigkeit empfunden werden könnte. Diese Zielkonflikte und unterschiedlichen Prioritäten beim Thema Gerechtigkeit und Finanzpolitik sind der Grund für den Streit zwischen Parteien in Deutschland, aber auch in allen anderen Ländern. Der internationale Gerechtigkeitsindex soll den Blick auf diese Zielkonflikte schärfen und sensibel dafür machen, dass aus Sicht von ökonomischen Laien positive verteilungspolitische Maßnahmen (wie Bürgergeldreform, Abschaffung der Schuldenbremse, Erhöhung des Mindestlohns, Abschottung der Wirtschaft gegenüber dem Ausland, Rente mit 63 usw.) langfristig nicht nur das Wirtschaftswachstum lähmen, sondern auch im Widerspruch zu anderen gleichwertigen Gerechtigkeitsnormen stehen. Die kurzfristigen und auf den kurzen Erfolg ausgerichteten politischen Maßnahmen haben in vielen Ländern zu stark gestiegenen Sozialausgaben bei sinkenden Ausgaben für

Investitionen und Verteidigung geführt. Mit Blick auf die Generationengerechtigkeit und Chancengerechtigkeit ist das eine fatale Entwicklung. Umso wichtiger ist Transparenz: Jede politische Entscheidung im Namen der Gerechtigkeit sollte offen darlegen, welche anderen Dimensionen dabei möglicherweise in den Hintergrund treten. Gerechtigkeitsdebatten müssen von Klarheit in der Argumentation, der Bereitschaft, unterschiedliche Perspektiven anzuerkennen und einem Bewusstsein für die Komplexität des Themas geprägt sein. Nur so können sie eine konstruktive Grundlage für politische Initiativen und gesellschaftliche Fortschritte schaffen.

Die Politik ist gezwungen, Prioritäten zu setzen und muss oftmals zwischen ökonomischer Vernunft und Wählerpräferenz entscheiden. Unsere Rangfolge aller Dimensionen von Gerechtigkeit kann dabei hilfreich für die weitere Regierungspolitik sein (Kapitel D). Denn unsere Bevölkerungsbefragung zeigt, dass die Regelgerechtigkeit im Ranking ganz oben steht, gefolgt von Chancengerechtigkeit. Bei der konkreten Umsetzung der jeweiligen politischen Maßnahmen zeigt sich hingegen deutlich der Mind Behavior Gap: Man hat bestimmte Gerechtigkeitsansprüche, aber dafür bezahlen oder sie umsetzen möchte man nicht. Diese Studie veranschaulicht, warum welche Interventionen nur kurzfristig sinnvoll und effizient sind und zulasten anderer Arten von Gerechtigkeit gehen – und zeigt auf, welche Alternativen es gibt. Denn die Korrelationsanalysen zeigen, dass mehr Wirtschaftswachstum und höherer Wohlstand auch die Basis für mehr Gerechtigkeit schaffen. Wachstum hilft, Verteilungskämpfe zu vermeiden und erleichtert die Transformation der Wirtschaft. Dies kann auch mit weniger Einsatz natürlicher Ressourcen gelingen, wie Deutschland seit 1990 beweist. Mehr Gerechtigkeit kann vor allem auf Basis einer soliden Ordnungspolitik gelingen, die zwar externe Effekte (über eine CO₂-Steuer oder Umweltzertifikate) einhegt und internalisiert, aber ansonsten durch verlässliche Rahmenbedingungen für Anreize sorgt, innovativ, kreativ und risikobereit zu sein. Und wer scheitert, wird durch die sozialen Systeme aufgefangen und wagt Neues. Mit anderen Worten, die soziale Marktwirtschaft mag nicht die beste Wirtschaftsordnung zur Verwirklichung von Wachstum, Wohlstand, Wohlbefinden, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit sein, aber sie ist gemessen an der Gerechtigkeit im internationalen Vergleich eine der gerechtesten der großen Industrieländern weltweit.

H. Anhang

I. Methodik

Die Quantifizierung des Gerechtigkeitsniveaus der hier betrachteten 34 Länder anhand eines summarischen Index ist dann glaubwürdig und transparent, wenn sie auf einer systematischen, weitgehend akzeptierten theoretischen Fundierung aufbaut. Auf Basis der in Kapitel C gewonnenen Erkenntnisse lassen sich die für den Begriff der Gerechtigkeit relevanten Dimensionen auswählen. Anschließend stellt sich die Frage, ob und wie die einzelnen Einflussfaktoren festgelegt, gemessen und sinnvoll zu einem Gesamtindex aggregiert werden können.

1. Indexbildung und mögliche Kritikpunkte

Um das Konzept der Gerechtigkeit möglichst umfassend abzubilden, bedient sich der Index den sechs derzeit meistverwendeten und in Kapitel C bereits erläuterten Gerechtigkeitsprinzipien, welche die Subindizes der obersten Aggregationsebene bilden: Bedarfsgerechtigkeit/Leistungsgerechtigkeit/Chancengerechtigkeit/Einkommensgerechtigkeit/Regelgerechtigkeit/Generationengerechtigkeit.

Diese theoretische Basis erlaubt einen strukturierten und übersichtlichen Aufbau des Index, wodurch auch nach der Aggregation die individuellen Einflussfaktoren erkennbar bleiben. Die Indexstruktur bietet die Möglichkeit, ein Gesamtbild des Gerechtigkeitsniveaus im internationalen Vergleich zu erstellen, ohne dass auf eine disaggregierte Betrachtung verzichtet werden muss. Letztere eignet sich unter anderem zur Identifikation von Schwachstellen bei der Gerechtigkeit eines Staates, von Institutionen und in der Gesellschaft. Zudem können Entwicklungen der sechs Gerechtigkeitsdimensionen für den Zeitraum von 2014 bis 2024 erkennbar gemacht werden. Der Ländervergleich erlaubt es ferner, potenzielle Reformmaßnahmen und Handlungsempfehlungen zu formulieren. Trotz der vielen Vorteile eines summarischen Index in Verbindung mit Länderrankings gibt es auch gewisse Nachteile. Obwohl nicht alle Kritikpunkte an diesem Verfahren hier im Detail diskutiert werden können (vgl. Dialga/Hang Giang, 2016; Alqararah, 2023), sollen die wichtigsten Schwächen an der Bildung eines solchen Index kurz genannt werden: Ein zentrales Defizit liegt der Kritik zufolge in der Verdichtung vieler Einzelvariablen, die einen Verlust von Detailinformationen bewirke und kausale Beziehungen zwischen den Variablen unbeachtet lasse. Der Komplexität des Untersuchungsgegenstands werde damit nicht angemessen Rechnung getragen, da er simplifiziert werde. Dies wiederum führe zu einfachen, unzureichenden Politikmaßnahmen. Eine weitere Schwäche bestehe in der unterstellten Vergleichbarkeit zwischen Ländern, welche nicht in jeder Hinsicht gegeben sei. Dies könne besonders bei der Interpretation sowie bei der Formulierung von Empfehlungen zu Schwierigkeiten führen. Daher sollten Empfehlungen für ein Land die Aktionen eines anderen Landes nicht einfach kopieren, weil dort die Gegebenheiten und Institutionen andere seien, wodurch die Wirkungen anders ausfielen. Viele Vorwürfe zielen auf die Methodik der

Indikatoren-Bildung. Angemerkt werden die häufig fehlenden theoretischen Fundierungen hinsichtlich des zu messenden Untersuchungsgegenstands, der Datenauswahl sowie der Standardisierungs-, Gewichtung- und Aggregationsverfahren. Die dabei getroffenen Vorentscheidungen unterlägen einem großen Maß an Willkür und Subjektivität und beeinflussten die Ergebnisse, welche wiederum die Interpretationen und Empfehlungen bestimmten.

Bei der Datenauswahl und der Verdichtung der Daten zum Gesamtindex wird in der vorliegenden Betrachtung deshalb besonders auf eine angemessene und theoretisch fundierte Vorgehensweise geachtet. Abweichend von bereits existierenden Studien (Hellmann et al., 2019) wird auf eine Gewichtung der Teilindikatoren sowie der Dimensionen verzichtet, da dies auf Basis des bestehenden Forschungsstands nicht abschließend begründbar wäre. Damit bietet der Gerechtigkeitsindex eine transparente und nachvollziehbare Grundlage für den internationalen Gerechtigkeitsvergleich sowie für künftige Forschungsvorhaben.

2. Datenlage und Datenauswahl

Für den Index werden ausschließlich Variablen verwendet, die gemäß den theoretischen und methodischen Überlegungen in angemessener Form ausgewählte Teilaspekte von Gerechtigkeit erfassen und auf einer verlässlichen Erhebungsmethode basieren. Dabei ist die Intention, möglichst unterschiedliche Bereiche der jeweiligen Dimension abzubilden. Weitere Auswahlkriterien sind die Verfügbarkeit von Daten, deren Aktualität, deren Vorliegen für die einzelnen Staaten und zudem für vergangene Perioden sowie die Annahme, dass die Daten mit großer Wahrscheinlichkeit weiterhin aktualisiert werden, sodass sich diese auch für künftige Untersuchungen verwenden lassen. Hierbei basiert der Gesamtindex auf objektiv nachvollziehbaren Daten und nicht auf selbst erstellten Bewertungen. Insgesamt ließen sich nach intensiver Datenrecherche 43 Teilindikatoren identifizieren, die den genannten Anforderungen entsprechen und aus unserer Sicht für die sechs Gerechtigkeitsdimensionen genutzt werden können. Die Variablenauswahl ist in vielen Fällen ein Kompromiss, bei dem die Datenverfügbarkeit gegenüber dem theoretisch Wünschbaren ausschlaggebend sein musste. Einzelne der Variablen lassen sich nicht immer eindeutig einer bestimmten Dimension zuordnen. Die Variable „Altersarmut“ beispielsweise wurde als Teilindikator für Bedarfsgerechtigkeit („Wie gut ist der Bedarf im Alter abgesichert?“) verwendet, während sie unter Umständen auch zur Einkommensgerechtigkeit („Wie gerecht sind die Einkommen zwischen den Generationen verteilt?“) gepasst hätte.

Mit dem Gerechtigkeitsindex von Enste et al. (2013) liegt bereits eine Grundlage vor, um Gerechtigkeit in ihren verschiedenen Facetten empirisch zu erfassen. Der Index wurde um weitere, für die aktuelle Gerechtigkeitsdiskussion relevanten Variablen ergänzt, sofern die entsprechenden Daten für längere Zeiträume verfügbar waren. Jedoch waren auch die hier verwendeten Daten nicht immer für alle Jahre des gewählten Betrachtungszeitraums 2014 bis

2024 verfügbar. Sofern es sich bei den fehlenden Daten um statische, wenig volatile Faktoren handelte, wurden die Werte aus den nächstgelegenen Zeitpunkten ermittelt und trendmäßig mittels Steigungsparameter ergänzt. Fehlten bei einem Land Daten in größerem Umfang, wurde dieses Land aus der Betrachtung ausgeschlossen. Fehlten mehrere Variablen für mehrere Länder, blieb diese Variable unberücksichtigt. Fehlte hingegen nur eine Variable für einzelne Länder, so wurden diese Werte mit kontextsensitiven Imputationsverfahren ergänzt, die im Detail dokumentiert wurden und auf Nachfrage zugänglich sind, um eine größtmögliche Transparenz und Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten. Insbesondere für die Jahre 2023 und 2024 lagen für einzelne Länder erst wenige Teilindikatoren vor, sodass die Schätzungen, die für den Gesamtindex sowie die aggregierten Gerechtigkeitsdimensionen vorgenommen wurden, nur vorläufig sind. Bei den detaillierten Analysen und Abbildungen werden deshalb immer auch nur die Entwicklungen zwischen 2014 und 2022 genauer skizziert. Erweiterungen und Ergänzungen für künftige Analysen sind denkbar sowie Anregungen und Ideen willkommen, um das komplexe Phänomen noch besser erfassen zu können.

II. Aufbau der Teilindikatoren

Bei dem Gerechtigkeitsindex handelt es sich nicht um eine bloße Addierung der relevanten Einzelvariablen. Stattdessen werden die Variablen auf Grundlage der theoretischen Überlegungen bestimmten Gerechtigkeitsdimensionen zugeordnet. Wie bereits beschrieben, wird dabei unterschieden zwischen Bedarfs-, Leistungs-, Chancen-, Einkommens-, Regel- und Generationengerechtigkeit.

1. Übersicht zu den Gerechtigkeitsdimensionen und Quellen

Im Folgenden werden die Subindizes und die eingehenden Variablen (Teilindikatoren) beschrieben, um die Indexbildung transparent zu gestalten. Eine detaillierte Zusammenstellung der verwendeten Variablen inklusive der Datenquellen findet sich hier:

Nr.	Bezeichnung	Definition	Quelle
1. Bedarfsgerechtigkeit			
1.1	Medizinische Versorgung	Anzahl praktizierender Ärzte pro 1.000 Einwohner	OECD, 2024a
1.2	Staatliche Gesundheitsvorsorge	Anteil der staatlichen Gesundheitsausgaben an den gesamten Gesundheitsausgaben, in %	Weltbank, 2024a
1.3	Generelle Armut	Prozentualer Anteil der Personen, die weniger als 50 % vom Median des Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung haben	Weltbank, 2024b
1.4	Kinderarmut	Prozentualer Anteil der Kinder (jünger als 18 Jahre), die in Haushalten leben, die weniger als 50 % vom Median des Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung haben	OECD, 2022a
1.5	Altersarmut	Prozentualer Anteil der Personen im Rentenalter (älter als 65 Jahre), die weniger als 50 % vom Median des Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung haben	OECD, 2022b
1.6	Leistungen für Familie und Kinder	Anteil der Ausgaben pro Kopf für Familie und Kinder an allen staatlichen Sozialleistungen, in %	Eurostat, 2022
1.7	Sicherung des Bildungsniveaus	Anteil der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren mit einem Ausbildungsniveau der unteren Sekundarstufe oder darunter (ISCED-Stufen 0 bis 2), in %	Eurostat, 2024a
1.8	Sterblichkeitsrate	Säuglingssterblichkeitsrate pro 1.000 Lebendgeburten	Weltbank, 2023
1.9	Gesundheitsausgaben	Ausgaben für präventive Gesundheitsprogramme in % der laufenden Gesundheitsausgaben	OECD, 2023a
2. Leistungsgerechtigkeit			
2.1	Arbeitsarmut	Anteil der Erwerbstätigen (16 bis 64 Jahre), die weniger als 60 % vom Median des Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung haben, in %	OECD, 2024b
2.2	Verhältnis von Lohnsteigerung zu Produktivitätssteigerung	Produktivitätsorientierte Lohnentwicklung (Abweichungen der Lohnentwicklung von der Produktivitätsentwicklung)	Eigene Berechnungen auf Basis von OECD, 2023b, c
2.3	Arbeitsmarktchancen durch Bildung	Arbeitslosenquote der Personengruppe in einem Alter zwischen 15 und 64 Jahren mit einem hohen Bildungsniveau (ISCED-Stufen 5 und 6) im Verhältnis zur durchschnittlichen Arbeitslosenquote bei allen Bildungsniveaus	Eigene Berechnungen auf Basis von OECD, 2023d, e
2.4	Korruption	Der von der Bevölkerung wahrgenommene Grad der staatlichen Bekämpfung von Korruption und privater Interessendurchsetzung von Einzelnen	Weltbank, 2024c
2.5	Gender Wage Gap	Differenz des Medianlohns von Frauen und Männern im Verhältnis zum Medianlohn der Männer	OECD, 2024c

Nr.	Bezeichnung	Definition	Quelle
3. Chancengerechtigkeit			
3.1	Frühkindliche Bildung	Anteil der Kinder im Vorschulalter, die eine vorschulische Bildung genießen, in %	Eurostat, 2024b
3.2	Staatliche Bildungsinvestitionen	Anteil der Bildungsausgaben an den gesamten Staatsausgaben pro Jahr, in %	Weltbank, 2024d
3.3	Qualität der Lehre in Schulen	Schüler-Lehrer-Verhältnis als Anzahl der Schüler (in den ISCED-Stufen 1 bis 3) dividiert durch die Anzahl der für sie eingesetzten Lehrkräfte (inkl. Sonderpädagogen)	Eurostat, 2024c
3.4	Generelle Beschäftigungschancen	Anteil der registrierten Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen, in %	Weltbank, 2024e
3.5	Jugendarbeitslosigkeit	Anteil der registrierten Arbeitslosen zwischen 15 und 24 Jahren an allen Erwerbspersonen dieses Alters, in %	OECD, 2024d
3.6	Langzeitarbeitslosigkeit	Anteil der Arbeitslosen, die mehr als zwölf Monate nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, an allen Arbeitslosen, in %	OECD, 2023f
3.7	Frauen in unternehmerischen Führungspositionen	Anteil der Frauen in höheren Beamten- oder Managementpositionen, in %	Weltbank, 2024f
3.8	Frauen in politischen Führungspositionen	Anteil der von Frauen besetzten Sitze in den nationalen Parlamenten	Weltbank, 2024g
3.9	Staatliche Investitionen in Vorschulbildung	Öffentliche Ausgaben für Vorschulbildung, in % des BIPs	Bertelsmann Stiftung, 2022b
4. Einkommensgerechtigkeit			
4.1	Einkommensungleichheit	Gini-Koeffizient (verfügbares Einkommen)	OECD, 2023g
4.2	Frauenerwerbstätigkeit	Anteil der Frauen an allen Erwerbstätigen, in %	Weltbank, 2024h
4.3	Nettoersatzlohnrate	Anteil am vorherigen Einkommen, den ein alleinstehender Erwerbsfähiger im Durchschnitt im Falle der Arbeitslosigkeit innerhalb der ersten zwölf Monate erhält, in %	OECD, 2024e
4.4	Arbeitnehmerschutz	Arbeitnehmerschutz für befristete und unbefristete Arbeitsverhältnisse	Eigene Berechnungen auf Basis von OECD, 2020
5. Regelgerechtigkeit			
5.1	Rechtsstaatlichkeit	Vertrauen der Bevölkerung in das Rechtssystem und den Umgang mit Eigentumsrechten sowie die Zufriedenheit mit den ausführenden Gewalten einer Gesellschaft	Weltbank, 2024c

Nr.	Bezeichnung	Definition	Quelle
5.2	Qualität der öffentlichen Verwaltung	Die von der Bevölkerung wahrgenommene Qualität öffentlicher und ziviler Dienstleistungen sowie die wahrgenommene staatliche Unabhängigkeit von politischem Druck	Weltbank, 2024c
5.3	Regulierungsqualität	Vertrauen der Bevölkerung in die Fähigkeit des Staates, den privaten Sektor in einem sinnvollen Ausmaß zu regulieren	Weltbank, 2024c
5.4	Vertrauen in die Regierung	Anteil der Menschen, die angeben, Vertrauen in die nationale Regierung zu haben	OECD, 2024f
5.5	Steuerliche Komplexität	Komplexität der Steuererklärung und -abwicklung, Zahl der Steuerarten, Transparenz und Verständlichkeit der Steuerregelungen, Verwaltungskosten und Häufigkeit von Steueränderungen	Bertelsmann Stiftung, 2022b
5.6	Umfang der Schattenwirtschaft	Summe wirtschaftlicher Aktivitäten, die dem Staat nicht gemeldet werden und deshalb nicht in das BIP eingehen	Schneider/Boockmann, 2022
6. Generationengerechtigkeit			
a. ökonomisch			
6.1	Haushaltskonsolidierung	Jährliche staatliche Budgetüberschüsse oder -defizite, in % des BIPs	OECD, 2024g
6.2	Innovationsförderung	Bruttoanlageinvestitionen, in % des BIPs	Weltbank, 2024i
6.3	Staatsverschuldung	Bruttostaatsverschuldung pro Kind < 15 Jahren, kaufkraftparitätsbereinigt	Bertelsmann Stiftung, 2022b
6.4	Innovationsförderung	Öffentliche Ausgaben in Forschung und Entwicklung in % des BIPs	Bertelsmann Stiftung, 2022b
6.5	Innovationsförderung	Private Ausgaben in Forschung und Entwicklung in % des BIPs	Bertelsmann Stiftung, 2022b
b. ökologisch			
6.6	Recyclingquote	Recyclingquote von Siedlungsabfällen	OECD, 2023h
6.7	Klima	Brutto-Treibhausgasemissionen pro Kopf	Bertelsmann Stiftung, 2022b
6.8	Nutzung erneuerbarer Energien	Anteil des Primärenergieverbrauchs aus kohlenstoffarmen Quellen	Energy Institute – Statistical Review of World Energy, 2024

Nr.	Bezeichnung	Definition	Quelle
6.9	Luftqualität	Luftverschmutzung in Mikrogramm pro m ³	Weltbank, 2020
6.10	Wasserqualität	Erneuerbare Frischwasserressourcen pro Kopf (in m ³)	Weltbank, 2022b

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

2. Erläuterung der Variablen je Dimension

a) Bedarfsgerechtigkeit

Die Operationalisierung des Konzepts der Bedarfsgerechtigkeit orientiert sich an den Faktoren, die für eine Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse wichtig sind. Dazu zählen Gesundheit, die Vermeidung von Armut verschiedener Ausprägungen, der Schutz der Familie und die Grundbildung. Weitere Bereiche wie etwa die Wohnsituation oder die Ausstattung mit Gütern, die ebenfalls zum Existenzminimum gehören, konnten mangels Verfügbarkeit vergleichbarer Daten nicht berücksichtigt werden. Bei der Operationalisierung von Bedarfsgerechtigkeit wird auf vorhandene Messwerte der OECD, Weltbank und Eurostat zurückgegriffen. Der Teilindikator Gesundheitsversorgung lässt sich über zwei Einzelaspekte messen: das zahlenmäßige Verhältnis von Ärzten zur Gesamtbevölkerung sowie über den Anteil der staatlichen Gesundheitsausgaben an den gesamten Gesundheitsausgaben und die Ausgaben für präventive Gesundheitsprogramme in Prozent der laufenden Gesundheitsausgaben. Über diese Werte wird zum einen ermittelt, wie viel an ärztlicher Versorgung gegeben ist, und zum anderen, inwieweit die medizinische Versorgung einkommensunabhängig abgesichert ist. Ergänzt wird der Bereich „Gesundheit“ mit der Säuglingssterblichkeitsrate pro 1.000 Lebendgeburten. Ein weiterer Aspekt der Bedarfsgerechtigkeit besteht in den Armutsrisiken, von denen die Bevölkerung eines Landes betroffen ist. Gemessen wird die Armut hier nicht nur über die generelle Armutsquote der gesamten Bevölkerung, sondern zusätzlich über die Kinder- und die Altersarmut. Dies orientiert sich an dem Gerechtigkeitsindex der Bertelsmann Stiftung (Hellmann et al., 2019). Die Ergänzung um diese beiden Teilbereiche der Armut wird damit begründet, dass (a) Armut in der Jugendphase nicht auf eigenes Verschulden, sondern viel stärker auf systemische Ursachen zurückzuführen ist, und dass (b) eine mögliche Armut im Alter vielfach nicht mehr durch eigene Anstrengungen überwunden werden kann.

Die Absicherung der Familie sowie die Ermöglichung eines Mindestmaßes an Bildung werden als weitere Facetten der Bedarfsgerechtigkeit herangezogen. Die familiäre Förderung wird durch den prozentualen Anteil der staatlichen Ausgaben für Familien und Kinder an den gesamten Sozialleistungen gemessen. Damit lässt sich die relative Bedeutung bestimmen, die der Familie und den Kindern zukommt. Inwieweit eine Wirtschaftsordnung für ein Mindestmaß an Bildung sorgt, wird über den Anteil der Personen quantifiziert, die nur über einen sehr niedrigen oder über keinen qualifizierenden Bildungsabschluss verfügen und damit als bildungsarm zu bezeichnen sind (Anger et al., 2024).

b) Leistungsgerechtigkeit

Der Grundgedanke der Leistungsgerechtigkeit besteht darin, dass Individuen entsprechend ihrem Beitrag zur Gesellschaft belohnt werden sollen. Dabei werden unter Leistung meist die mit Erwerbsarbeit erzielten Ergebnisse verstanden. Die Messung der Leistungsgerechtigkeit ist im Vergleich mit jener der übrigen Indikatoren besonders schwierig, weil relevanter

Leistungoutput sehr vielfältig und oft schwer messbar ist und sich die Ergebnisse des Arbeitseinsatzes kaum unabhängig von anderen Faktoren erfassen lassen (Hillmert, 2024). In marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaftssystemen gelten die Marktergebnisse – also die Preise für Güter und Arbeitseinsatz sowie die herrschende Knappheit der nachgefragten Arbeitskräfte – als Indikatoren der Leistungserbringung (Mankiw, 2021).

Zur Operationalisierung der Leistungsgerechtigkeit werden Größen verwendet, bei denen das Individuum selbst Einfluss nehmen und Eigenleistung zeigen kann. Darunter fällt zunächst generell, wie weit aufgrund der Rahmenbedingungen Armut durch die eigene Anstrengung tatsächlich vermieden werden kann: Wer arbeitet, sollte sich mit seiner Leistung selbst vor Armutsrisiken schützen können. Unter dem Konzept der Arbeitsarmut wird erfasst, welcher Anteil der Arbeitnehmer trotz einer Erwerbstätigkeit lediglich über ein Einkommen unterhalb der relativen Armutsgrenze verfügt. Lohnt sich Leistung am unteren Ende der Verdienstskala und gibt es dort entsprechende Leistungsanreize?

Ein zusätzlicher Aspekt betrifft die Frage, ob die Arbeitskräfte nach ihrer Produktivität und damit leistungsgerecht bezahlt werden. Steigt und sinkt der Lohn in Abhängigkeit von der Produktivitätsentwicklung? Ein Indikator, der diesen Zusammenhang abbilden kann, ist die Lohnentwicklung im Verhältnis zur Produktivitätsentwicklung im selben Zeitraum innerhalb eines Landes. Dabei werden sowohl positive als auch negative Abweichungen von einem ausgeglichenen Verhältnis als ungerecht interpretiert.

Ein weiterer Indikator für eine leistungsgerechte Gesellschaft sind bessere Arbeitsmarktchancen durch ein gesteigertes Bildungsniveau. Dieses Element wird durch die Arbeitslosenquote der Personen zwischen 15 und 65 Jahren mit hohem Bildungsabschluss (in der Regel Hochschulabsolventen) in Relation zur gesamten Arbeitslosenquote abgebildet. Je niedriger die Arbeitslosenquote der Personen mit hohem Bildungsabschluss im Verhältnis zur generellen Arbeitslosenquote ist, desto mehr werden die Absolventen für ihre Bildungsinvestitionen belohnt.

Weil Korruption zu ungleichen Chancen führt und den Wettbewerb verzerrt, wird der von der Bevölkerung wahrgenommene Grad der staatlichen Bekämpfung von Korruption und privater Interessendurchsetzung als ein weiterer sinnvoller Indikator für Leistungsgerechtigkeit angesehen. Wenn Bürger das Gefühl haben, dass staatliche Institutionen nicht unabhängig handeln, werden die eigenen Leistungen und Anstrengungen als weniger relevant empfunden. Transparente und faire Regeln sind Grundvoraussetzungen, um die Anerkennung von Leistung in einer Gesellschaft sicherzustellen.

Ergänzend dazu wird der Gender Wage Gap als Indikator für Leistungsgerechtigkeit herangezogen, da er Unterschiede in der Vergütung von Männern und Frauen trotz vergleichbarer Qualifikationen und Leistungen aufzeigt (Westerheide, 2022). Eine hohe Differenz signalisiert, dass gleiche Leistung nicht gleich belohnt wird, was auf Ungleichbehandlung und strukturelle Diskriminierung hindeutet. Durch die Analyse dieser Lücke kann überprüft werden, inwiefern Leistungsgerechtigkeit durch gerechte, geschlechtsunabhängige Leistungsbewertung in einer Gesellschaft realisiert ist.

Ein weiterer, passender Indikator für Leistungsgerechtigkeit wäre unter anderem der durchschnittliche Verdienst von Arbeitnehmern mit Masterabschluss, PHD oder vergleichbarem Bildungsabschluss im Verhältnis zum durchschnittlichen Verdienst von Arbeitnehmern mit einem Bildungsabschluss unterhalb der Sekundarstufe II, da er misst, inwiefern Bildungsinvestitionen sich in einem bestimmten Land lohnen und zu einem höheren Verdienst führen. Je größer der Unterschied, desto leistungsgerechter. Ähnlich wie Vermögensungleichheit als Indikator für Einkommens- beziehungsweise Verteilungsgerechtigkeit (vgl. Seite 37 Exkurs: Vermögensungleichheit) wünschenswert gewesen wäre, wäre dies ein theoretisch wünschenswerter und inhaltlich passender Indikator für Leistungsgerechtigkeit gewesen, der aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit für alle Länder und alle Jahre im Gesamtindex jedoch nicht integriert werden konnte. Ein beispielhafter Robustheitscheck für das Jahr 2022 zeigt jedoch, dass sich der Rang Deutschlands im Gesamtindex Gerechtigkeit trotz Integration dieses Indikators beim Sub-Index Leistungsgerechtigkeit nicht verändern würde und bei Rang 10 von 34 bleiben würde.

c) Chancengerechtigkeit

So stark wie kaum ein anderes Konzept prägt die Chancengerechtigkeit die Gerechtigkeitsdebatte der letzten Jahre. Vor dem Hintergrund der letzten PISA-Studie (OECD, 2023i) wurde im deutschsprachigen Raum in diesem Gerechtigkeitskontext besonders das Bildungssystem in den Blick genommen. Es wird für den Gerechtigkeitsindex durch drei Arten von Teilindikatoren wiedergegeben. Zunächst wird der Bereich der frühkindlichen Bildung berücksichtigt, die nachweislich einen entscheidenden Einfluss auf die Startchancen von Menschen hat (Anger/Plünnecke, 2021). Als Indikator wird hier exemplarisch der Anteil der Kinder gewählt, die an vorschulischer Bildung teilnehmen sowie die öffentlichen Ausgaben für Vorschulbildung in Prozent des BIPs. Ein Faktor, der in OECD-Studien für die Qualität der schulischen Bildung herangezogen wird, sind die Bildungsausgaben eines Staates – wengleich dieser Indikator unter anderem vor dem Hintergrund kritisiert wird, dass dabei die Anzahl der Kinder und Jugendlichen unberücksichtigt bleibt. Für die vorliegende Analyse wird jedoch nicht der vielfach kritisch gesehene Anteil am Bruttosozialprodukt verwendet, sondern der Anteil der Bildungsausgaben an den gesamten staatlichen Ausgaben, um zu klären, welche Bedeutung die Finanzierung des Bildungssystems gegenüber den anderen Ausgaben (Transferleistungen

etc.) hat. Über die reinen Investitionen im Bildungsbereich hinaus spielen auch die Qualität der Lehre und die Möglichkeit zu individueller Förderung als Komponente des Bildungssystems eine Rolle bei der Sicherung der Chancengerechtigkeit. Hier wird häufig das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern angeführt: Je weniger Schüler ein Lehrer zu beaufsichtigen hat, desto besser kann er auf ihre individuellen Fähigkeiten und Schwächen eingehen und desto mehr Zeit kann er für ihre Förderung einsetzen. Neben dem Bildungswesen stellt das Berufsleben einen zentralen Bereich zur Generierung und Aufrechterhaltung von Chancengerechtigkeit dar (Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2018). Zusätzlich zur allgemeinen Lage auf dem Arbeitsmarkt (generelle Arbeitslosenquote) sind auch die Möglichkeiten entscheidend, den Berufseinstieg zu bewältigen. Arbeitslosigkeit in jungen Jahren mindert dauerhaft die späteren Aussichten auf eine Karriere. Eine ähnliche Problematik ergibt sich aus der Langzeitarbeitslosigkeit. Je länger ein Mensch arbeitslos ist, desto geringer werden seine Aufstiegsoptionen. Daher werden bei der Beurteilung der Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt sowohl eine niedrige Arbeitslosigkeit in jungen Jahren als auch eine durchschnittlich kurze Dauer der Arbeitslosigkeit positiv bewertet. Um zudem die geschlechterspezifischen Chancen im beruflichen Leben zu berücksichtigen, wird zusätzlich der Anteil von Frauen in höheren Beamten- oder Managementpositionen und der Anteil der von Frauen besetzten Sitze in den nationalen Parlamenten als Teilindikatoren für Chancengerechtigkeit genutzt (Schäfer et al., 2013).

Ein weiterer, passender Indikator für Chancengerechtigkeit wäre unter anderem der in PISA-Studien erhobene Prozentsatz der sozioökonomisch benachteiligten Schüler, die in ihrem eigenen Land/ihrer eigenen Volkswirtschaft im obersten Viertel der mathematischen Leistungen liegen. Je höher dieser Prozentsatz, desto chancengerechter. Das Maß der sozioökonomischen Benachteiligung ergibt sich aus dem Bildungsgrad, Berufsstatus und Vermögen der Eltern. Ähnlich wie Vermögensungleichheit als Indikator für Einkommens- beziehungsweise Verteilungsgerechtigkeit (vgl. S. 37 Exkurs: Vermögensungleichheit) wünschenswert gewesen wäre, wäre dies ein theoretisch wünschenswerter und inhaltlich passender Indikator für Chancengerechtigkeit gewesen, der allerdings aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit für alle Länder und alle Jahre im Gesamtindex nicht integriert werden konnte. Ein beispielhafter Robustheitscheck für das Jahr 2022 zeigt jedoch, dass sich der Rang Deutschlands weder beim Sub-Index „Chancengerechtigkeit“ noch im Gesamtindex Gerechtigkeit trotz Integration dieses Indikators verändern würde (Rang 10).

d) Einkommensgerechtigkeit

Bei der Forderung nach Einkommensgerechtigkeit geht es nicht primär darum, dass alle Menschen das gleiche Einkommen beziehen sollen. Zentral ist der Wunsch gesellschaftlicher Polarisierung und damit einhergehender Diskriminierung und gesellschaftlicher Spaltung vorzubeugen (Gurría, 2017). Das Kriterium der Einkommensgerechtigkeit ist in der Regel

nur auf relative Gleichheit bezogen. Diese Definition spiegelt das Verständnis der Bürger Deutschlands wider, die sich zwar mehrheitlich für einen sozialen Ausgleich aussprechen, aber materielle Differenzierung dann als gerechtfertigt empfinden, wenn diese auf unterschiedlichen individuellen Leistungen beruht (Liebig/Adriaans, 2021). Die zur Bestimmung der Einkommensgerechtigkeit verwendeten Indikatoren zeigen mithin lediglich Tendenzen zunehmender oder abnehmender Gleichheit. Die Suche nach geeigneten Variablen war hier besonders schwierig. Indikatoren rund um die Einkommensbesteuerung waren aufgrund der mangelnden Datenverfügbarkeit und wegen Problemen hinsichtlich der internationalen Vergleichbarkeit der theoretisch passenden Variablen nur bedingt nutzbar. Auch die Umsatz- oder Mehrwertsteuer ist als Indikator umstritten, da die Verteilungswirkungen einer Erhöhung oder Absenkung unklar sind.

Ein – trotz gewisser Unzulänglichkeiten – immer wieder verwendeter Indikator der Einkommens-(un)gleichheit innerhalb einer Gesellschaft ist hingegen der Gini-Koeffizient (OECD, 2023g). Je höher dieser Koeffizient ist, desto ungleicher sind die Einkommen innerhalb einer Gesellschaft verteilt. Ein weiteres Thema, das die Gerechtigkeitsdebatte in den letzten Jahren stark geprägt hat, ist die Frauenerwerbstätigkeit: Vor allem im Rahmen der Coronapandemie hat die Diskussion um bestehende Ungerechtigkeiten zwischen Männern und Frauen im Erwerbsleben aufgrund von unbezahlt geleisteter Care-Arbeit zugenommen.

Neben einer möglichst geringen Polarisierung der Einkommen umfasst der hier gebrauchte Begriff der Einkommensgerechtigkeit auch das Einkommen im Falle der Arbeitslosigkeit. Ein Indikator dafür, wie weit der Lebensstandard im Falle der Arbeitslosigkeit gesichert werden kann, ist die durchschnittliche Nettolohnersatzrate. Sie entspricht dem Anteil des zuvor erwirtschafteten Einkommens, den ein Erwerbsfähiger kurz nach dem Verlust seiner Stelle (in den ersten 12 Monaten) als staatliche Ersatzleistung ausgezahlt bekommt. Ergänzend dazu wird unter Einkommensgerechtigkeit vielfach auch die Sicherheit des Arbeitsplatzes und damit des Erwerbseinkommens verstanden. Eine niedrige Arbeitslosenquote ist dabei ein relevanter Aspekt, dieser wurde jedoch bereits bei der Dimension Chancengerechtigkeit berücksichtigt. Der Schutz von Beschäftigungsverhältnissen wurde bei der Einkommensgerechtigkeitsdimension als zusätzlicher Indikator integriert, wobei der von der OECD erhobene Indikator den rechtlichen Schutz der Arbeitsverhältnisse im internationalen Vergleich erfasst.

e) Regelgerechtigkeit

Regelgerechtigkeit ist definiert als Gerechtigkeit der „Spielregeln“ und des „Spielverlaufs“. Die Spielregeln sollten für eine Gesellschaft derart ausgestaltet sein, dass sie für alle Personen gleichermaßen gelten und den Akteuren viel Entscheidungs- und Handlungsfreiheit lassen. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung ist ein guter Indikator dafür, ob die Bürger insgesamt die Regeln und deren Zustandekommen als gerecht empfinden (OECD, 2024f).

Konkret beziehen sich die Regeln auf verschiedene staatliche Institutionen, welche die Rahmenbedingungen gestalten. Rechtsstaatlichkeit ist eine entscheidende institutionelle Grundlage funktionierender Gesellschaften. Dazu zählt beispielsweise das Vertrauen der Bevölkerung in das Rechtssystem und den Umgang mit Eigentumsrechten sowie die Zufriedenheit mit den ausführenden Gewalten einer Gesellschaft. Ein stützendes Element der Regelgerechtigkeit stellt zudem die Qualität der öffentlichen Verwaltung dar. Nur mit einer effizienten und zuverlässigen staatlichen Bürokratie ist die Verfahrensgerechtigkeit als Teilbereich der Regelgerechtigkeit gewährleistet. Dies wird gemessen durch die von der Bevölkerung wahrgenommene Qualität öffentlicher und ziviler Dienstleistungen sowie die wahrgenommene staatliche Unabhängigkeit von politischem Druck. Auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Fähigkeit des Staates, den privaten Sektor in einem sinnvollen Ausmaß zu regulieren (Weltbank, 2024c) sowie die steuerliche Komplexität eines Landes und der Umfang von Schattenwirtschaft wurden als Indikatoren für die Dimension Regelgerechtigkeit angeführt.

f) Generationengerechtigkeit

Eng verknüpft mit dem Begriff der Generationengerechtigkeit ist das immer wichtiger werdende Konzept der nachhaltigen Entwicklung, die als „die Erweiterung der grundlegenden Freiheiten der heute lebenden Menschen, verbunden mit angemessenen Anstrengungen zur Vermeidung der ernsthaften Beeinträchtigung der entsprechenden Freiheiten künftiger Generationen“ verstanden wird (Rat für nachhaltige Entwicklung, 2021).

Einer der Indikatoren für nachhaltiges und damit auch gerechtes Verhalten der heutigen gegenüber den kommenden Generationen rekurriert auf das nachhaltige Wirtschaften öffentlicher Haushalte. Steigende staatliche Defizite belasten künftige Generationen in zweifacher Hinsicht: Zum einen müssen sie die entstandenen Schulden tragen und zum anderen die daraus resultierenden Zinslasten. Daher werden Haushaltsüberschüsse als ein positiver Beitrag zur Generationengerechtigkeit gewertet. Die umfassendere Tragfähigkeitslücke, die sowohl die implizite als auch die explizite Verschuldung erfasst, lässt sich aus Datenverfügbarkeitsgründen nicht verwenden. Für die Generationengerechtigkeit ist ein möglichst geringes Maß an Staatsverschuldung notwendig. Dazu wird neben den Überschüssen/Defiziten und Bruttoanlageinvestitionen in Prozent des BIPs auch die kaufkraftbereinigte Bruttostaatsverschuldung pro Kind unter 15 Jahren herangezogen.

Im Sinne der Generationengerechtigkeit kommt der heutigen Generation die Aufgabe zu, günstige Ausgangsbedingungen für zukünftiges Handeln zu schaffen. Eine Möglichkeit letzteres zu realisieren, besteht darin, die Innovationsfähigkeit eines Landes zu sichern beziehungsweise zu fördern: Inkludierte Einflussgrößen sind die öffentlichen und privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung in Prozent des BIPs. Denn je höher diese Ausgaben prozentual zum BIP ausfallen, desto größer sind die Aussichten auf positive Entwicklungen der Produktivität

und des Wohlstandes künftiger Generationen durch Innovationen. Neben der Haushaltspolitik und Priorisierung hinsichtlich Innovationen beinhaltet das Konzept der Generationengerechtigkeit auch die Schonung von Ressourcen und des Klimas. Heute geborene Menschen sollten Umwelt und Klima nicht stärker beanspruchen, als es kommenden Generationen möglich ist (BVerfG, 2021). Um die Nachhaltigkeit der Energiepolitik eines Landes im internationalen Vergleich zu bewerten ist der Anteil des Primärenergieverbrauchs aus kohlenstoffarmen Quellen ein nützlicher Indikator. Weitere Indikatoren zur Messung von Generationengerechtigkeit im ökologischen Sinne sind die Recyclingquote von Siedlungsabfällen, Brutto-Treibhausgasemissionen pro Kopf, die Luftverschmutzung in Mikrogramm pro Kubikmeter sowie erneuerbare Frischwasserressourcen pro Kopf.

III. Standardisierung und Aggregation

Die ausgewählten 43 Einzelindikatoren wurden mit unterschiedlichen Skalen und in verschiedenen Einheiten gemessen. Bevor sie aggregiert werden können, müssen sie auf eine einheitliche Basis transformiert werden. Daher werden die originalen Indikatorwerte auf einem Intervall von 0 bis 100 skaliert: Für jeden Indikator erhält das Land mit dem besten Originalwert den Wert 100, das Land mit dem schlechtesten Originalwert den Wert 0. Den übrigen Ländern werden diejenigen Werte zugeordnet, welche deren relative Position zwischen den beiden Extremländern widerspiegeln. Dabei bleiben die Rangordnung der Länder und der relative Abstand zwischen ihnen erhalten. Stellt ein hoher Wert der Ursprungsdaten einen positiven Beitrag zu der jeweiligen Gerechtigkeitsdimension dar, wird die folgende Formel zur Standardisierung verwendet (Enste et al., 2013):

$$(1) \quad x_{ic} = \frac{l_{ic} - \min_c(l_i)}{\max_c(l_i) - \min_c(l_i)} * 100$$

Im umgekehrten Fall gilt:

$$(2) \quad x_{ic} = \frac{\max_c(l_i) - l_{ic}}{\max_c(l_i) - \min_c(l_i)} * 100$$

Dabei bezeichnet x_{ic} den zu ermittelnden Punktwert des Index für das Land c hinsichtlich der Variable i ; $\max_c(l_i)$ beziehungsweise $\min_c(l_i)$ bezeichnen den höchsten beziehungsweise geringsten Ausgangswert der Variable i im betrachteten Ländersample. Die nun standardisierten Werte der Teilindikatoren werden nach ihrer thematischen Zuordnung zusammengefasst. Nach der Standardisierung zeigt der durchschnittliche Gesamtpunktwert den Rang eines Landes im internationalen Gesamtranking der jeweiligen Gerechtigkeitsdimension an. Zur Aggregation wird auf jeder Stufe das arithmetische Mittel aus den Punktwerten der Teilindikatoren gebildet.

Entsprechend werden die durchschnittlichen Werte der einzelnen Gerechtigkeitsdimensionen über den Mittelwert zum Gesamtindex aggregiert. Außer der Querschnittsanalyse der Länder für jedes Jahr ermöglicht die Aufbereitung der Daten für die Jahre 2014 bis 2024 zudem eine Längsschnittbetrachtung jedes Landes. Gerade die Untersuchung der Gerechtigkeit in einem Land im Zeitverlauf kann im Zusammenhang mit politischen oder wirtschaftlichen Ereignissen sehr aufschlussreich sein.

Übersicht: Gesamtindex Gerechtigkeit 2014-2024

Land	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Australien	58,3 (15)	58,6 (17)	59,0 (16)	56,9 (18)	57,9 (18)	57,5 (19)	55,4 (20)	57,6 (18)	59,5 (18)	59,5 (18)	58,9 (19)
Belgien	66,2 (7)	66,0 (8)	66,3 (7)	63,5 (10)	64,9 (8)	63,2 (10)	63,0 (9)	64,4 (8)	65,3 (8)	65,9 (7)	65,3 (7)
Dänemark	73,9 (2)	74,5 (3)	75,3 (2)	73,4 (3)	74,1 (3)	71,7 (3)	71,1 (4)	73,2 (3)	72,8 (3)	72,3 (3)	71,6 (3)
Deutschland	64,2 (10)	64,3 (11)	64,2 (10)	63,3 (11)	63,4 (12)	62,7 (12)	61,1 (12)	63,3 (12)	64,2 (10)	64,2 (11)	63,5 (10)
Estland	53,9 (20)	55,9 (21)	56,7 (18)	56,6 (19)	57,1 (19)	59,4 (17)	59,3 (14)	62,4 (13)	60,6 (16)	61,7 (15)	62,2 (14)
Finnland	70,8 (4)	71,7 (4)	71,8 (4)	68,6 (4)	70,3 (4)	70,5 (5)	72,6 (3)	69,9 (5)	70,9 (5)	71,4 (4)	70,9 (4)
Frankreich	62,0 (13)	61,5 (13)	61,7 (13)	61,4 (13)	62,7 (13)	61,5 (13)	59,0 (15)	60,1 (16)	59,9 (17)	60,8 (16)	60,3 (16)
Griechenland	35,0 (33)	36,5 (33)	38,0 (32)	37,5 (33)	39,0 (33)	41,3 (32)	37,8 (32)	38,7 (33)	42,7 (32)	43,1 (32)	43,7 (32)
Irland	55,6 (18)	56,9 (20)	56,3 (19)	58,0 (16)	60,2 (15)	61,0 (14)	57,7 (16)	58,2 (17)	61,5 (15)	58,0 (20)	59,4 (18)
Island	67,7 (6)	69,8 (5)	69,2 (5)	67,9 (5)	70,0 (5)	71,4 (4)	69,3 (5)	70,4 (4)	71,0 (4)	70,3 (5)	70,4 (5)
Israel	50,9 (24)	51,1 (27)	53,1 (24)	51,1 (26)	51,5 (28)	52,0 (26)	50,6 (25)	52,5 (26)	55,5 (23)	56,3 (21)	56,6 (21)
Italien	46,8 (31)	46,1 (31)	48,6 (31)	46,6 (31)	47,0 (31)	48,2 (31)	47,2 (31)	48,0 (30)	48,9 (31)	49,6 (30)	49,5 (30)
Japan	49,4 (28)	49,9 (29)	51,0 (29)	49,7 (28)	50,1 (29)	49,2 (29)	50,5 (26)	50,1 (29)	51,6 (29)	51,7 (29)	51,6 (29)
Kanada	60,2 (14)	59,9 (14)	60,8 (15)	59,8 (15)	58,9 (16)	58,3 (18)	56,1 (19)	54,8 (21)	58,1 (20)	58,4 (19)	57,5 (20)
Lettland	50,4 (26)	54,8 (22)	53,2 (23)	52,9 (24)	54,0 (25)	53,8 (23)	52,9 (22)	55,2 (20)	55,8 (22)	54,9 (24)	55,2 (24)
Litauen	53,1 (22)	57,2 (19)	53,7 (22)	54,6 (21)	55,6 (21)	55,8 (20)	56,2 (18)	54,3 (23)	55,9 (21)	55,8 (22)	55,7 (22)
Luxemburg	68,4 (5)	67,9 (6)	69,0 (6)	63,8 (8)	65,6 (6)	67,8 (6)	68,1 (6)	68,8 (6)	68,0 (6)	67,5 (6)	67,0 (6)
Neuseeland	64,4 (9)	66,7 (7)	62,0 (12)	63,9 (7)	65,3 (7)	64,3 (7)	67,4 (7)	63,5 (11)	66,4 (7)	64,8 (9)	64,3 (9)
Niederlande	63,9 (11)	64,5 (10)	65,7 (8)	63,7 (9)	64,0 (10)	62,8 (11)	62,1 (11)	63,6 (10)	63,3 (12)	63,3 (12)	62,8 (12)
Norwegen	76,9 (1)	76,7 (1)	76,6 (1)	76,8 (1)	75,1 (1)	74,0 (2)	76,0 (1)	73,9 (1)	74,8 (1)	74,1 (1)	73,2 (1)
Österreich	62,4 (12)	62,7 (12)	62,8 (11)	63,0 (12)	64,0 (10)	63,6 (9)	62,3 (10)	64,9 (7)	65,3 (8)	65,1 (8)	64,8 (8)

Land	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Polen	51,1 (23)	51,7 (25)	52,9 (25)	53,0 (23)	54,1 (23)	53,9 (22)	50,3 (27)	53,4 (24)	53,3 (27)	54,9 (24)	54,8 (25)
Portugal	49,8 (27)	52,2 (24)	54,8 (21)	54,3 (22)	56,1 (20)	55,4 (21)	54,1 (21)	56,7 (19)	59,2 (19)	59,6 (17)	60,1 (17)
Rumänien	35,7 (32)	36,9 (32)	37,5 (33)	34,0 (32)	39,1 (32)	38,6 (33)	37,8 (33)	40,3 (32)	38,7 (33)	41,0 (33)	41,4 (33)
Schweden	73,8 (3)	75,6 (2)	75,2 (3)	73,9 (2)	74,9 (2)	75,0 (1)	72,9 (2)	73,7 (2)	73,5 (2)	73,1 (2)	72,2 (2)
Schweiz	64,8 (8)	65,5 (9)	65,6 (9)	64,2 (6)	64,5 (9)	63,9 (8)	64,2 (8)	63,8 (9)	63,9 (11)	64,3 (10)	63,5 (10)
Slowakei	49,1 (29)	49,8 (30)	51,2 (28)	48,6 (30)	51,6 (27)	51,8 (27)	51,1 (23)	53,4 (24)	53,3 (27)	53,8 (27)	54,2 (26)
Slowenien	57,8 (16)	59,8 (15)	61,5 (14)	60,2 (14)	60,9 (14)	61,0 (14)	59,8 (13)	60,6 (15)	61,7 (14)	62,2 (14)	62,2 (14)
Spanien	50,6 (25)	51,4 (26)	51,6 (27)	51,0 (27)	52,8 (26)	51,3 (28)	49,0 (30)	52,1 (28)	54,0 (26)	54,2 (26)	54,2 (26)
Tschechien	57,6 (17)	59,7 (16)	58,4 (17)	57,3 (17)	58,6 (17)	59,5 (16)	57,5 (17)	61,7 (14)	62,7 (13)	62,6 (13)	62,6 (13)
Türkei	34,8 (34)	33,7 (34)	37,1 (34)	33,2 (34)	32,2 (34)	30,8 (34)	30,1 (34)	31,0 (34)	32,0 (34)	32,1 (34)	31,5 (34)
Ungarn	54,0 (19)	53,3 (23)	51,9 (26)	52,0 (25)	55,2 (22)	53,2 (24)	51,1 (23)	54,7 (22)	54,7 (24)	55,8 (22)	55,5 (23)
USA	48,8 (30)	50,4 (28)	50,4 (30)	49,5 (29)	49,6 (30)	49,0 (30)	49,4 (29)	47,4 (31)	49,6 (30)	49,6 (30)	49,5 (30)
Vereinigtes Königreich	53,6 (21)	57,5 (18)	55,8 (20)	55,6 (20)	54,1 (23)	52,9 (25)	50,1 (28)	52,4 (27)	54,2 (25)	53,2 (28)	52,3 (28)

■ Beste Platzierung im jeweiligen Jahr (Rang 1)

■ Mittlere Platzierung im jeweiligen Jahr (Rang 17)

■ Schlechteste Platzierung im jeweiligen Jahr (Rang 34)

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Internationaler Gerechtigkeitsindex	VI
Tabelle 2:	Bedeutung von Gerechtigkeitsdimensionen.....	VIII
Tabelle 3:	Wohlfahrtsstaatsmodelle	14
Tabelle 4:	Rolle des Staates bzw. Marktes und zentrale Gerechtigkeitskonzepte je nach Modell	15
Tabelle 5:	Gerechtigkeit in Deutschland nach Teildimensionen	22
Tabelle 6:	Rangfolge der Gerechtigkeitsarten aus Sicht der Bevölkerung	51
Tabelle 7:	Rangfolge der Gerechtigkeitsarten nach Parteipräferenz.....	52

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Gerechtigkeit im internationalen Vergleich.....	20
Abbildung 2:	Gerechtigkeit ausgewählter Staaten im Zeitverlauf	21
Abbildung 3:	Entwicklung der Gerechtigkeitsdimensionen Deutschlands (Rangplätze)	23
Abbildung 4:	Gerechtigkeit im Systemvergleich	24
Abbildung 5:	Bedarfsgerechtigkeit im internationalen Vergleich	25
Abbildung 6:	Leistungsgerechtigkeit im Ländervergleich	28
Abbildung 7:	Leistungsgerechtigkeit im Systemvergleich.....	29
Abbildung 8:	Chancengerechtigkeit im internationalen Vergleich	31
Abbildung 9:	Teilindikatoren der Chancengerechtigkeit in Deutschland	32
Abbildung 10:	Einkommensgerechtigkeit im internationalen Vergleich	34
Abbildung 11:	Einkommensgerechtigkeit im Systemvergleich.....	35
Abbildung 12:	Einkommensverteilung in ausgewählten Staaten (Gini-Koeffizient)	36
Abbildung 13:	Zusammenhang Vermögensungleichheit und Bedarfsgerechtigkeit	39
Abbildung 14:	Regelgerechtigkeit im internationalen Vergleich.....	41
Abbildung 15:	Regelgerechtigkeit in Deutschland (Teilindikatoren)	42
Abbildung 16:	Generationengerechtigkeit im internationalen Vergleich.....	43
Abbildung 17:	Generationengerechtigkeit in Deutschland (ausgewählte Teilindikatoren)	45
Abbildung 18:	Zusammenhang BIP pro Kopf (US-Dollar) und Gerechtigkeitsindex	58
Abbildung 19:	Zusammenhang SDG-Index und Gerechtigkeitsindex	59
Abbildung 20:	Zusammenhang SGI-Sustainable Policies Index und Gerechtigkeitsindex	61
Abbildung 21:	Zusammenhang World Happiness Index und Gerechtigkeitsindex	63

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
CO ₂	Kohlenstoffdioxid
EU	Europäische Union
GG	Grundgesetz
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
ISCED	International Standard Classification of Education
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PISA	Programme for International Student Assessment
SDG	Sustainable Development Goals
SGI	Sustainable Governance Indicators
WHI	World Happiness Index
z. B.	zum Beispiel

Literaturverzeichnis

Abraham, M., T. Brenner, J. Eberle, J. Gniza, I. Lehmann, S. Wardenburg, M. Wrede, (2020), Gerechtigkeit schlägt Effizienz: Prinzipien der regionalen Umverteilung, Sozialer Fortschritt 69(2), S. 73-95.

Alqararah, K., (2023), Assessing the robustness of composite indicators: the case of the Global Innovation Index, Journal of Innovation and Entrepreneurship, 12(61), S. 1-22.

Anger, C., J. Betz, A. Plünnecke, (2024), INSM-Bildungsmonitor 2024, Gutachten für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM).

Anger, C., J. Betz, (2022), Bildungspolitische Impulse für mehr Chancengerechtigkeit an Schulen, Gutachten für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM).

Anger, C., A. Plünnecke, (2021), Bildungsgerechtigkeit. Herausforderung für das deutsche Bildungssystem, IW-Analysen (140), Köln.

Anser, M. K., Z. Yousaf, A. A. Nassani, S. M. Alotaibi, A. Kabbani, K. Zaman, (2020), Dynamic linkages between poverty, inequality, crime, and social expenditures in a panel of 16 countries: two-step GMM estimates, Journal of Economic Structures, 9(43), S. 1-25.

Badura, B., A. Ducki, H. Schröder, J. Klose, M. Meyer (Hrsg.), (2020), Fehlzeitenreport 2020. Gerechtigkeit und Gesundheit, Springer-Verlag Berlin Heidelberg.

Baron, J., (1995), Blind Justice: Fairness to Groups and the Do-No-Harm Principle, Journal of Behavioral Decision Making 8(02), S. 71-83.

Baron, J., M. H. Bazerman, K. Shonk, (2006), Enlarging the Societal Pie Through Wise Legislation: A Psychological Perspective, Perspectives on Psychological Science, 1(02), S. 123-132.

Baron, J., S. Kemp, (2004), Support for Trade Restrictions, Attitudes, and Understanding of Comparative Advantage, Journal of Economic Psychology, 25(05), S. 565-580.

Bazerman, M. H., J. Baron, K. Shonk, (2001), You Can't Enlarge the Pie, Basis Books, New York.

Bertelsmann Stiftung, (2022a), Gefühlt ungerecht: Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/gesellschaftlicher-zusammenhalt/projektnachrichten/gerechtigkeitsempfinden-in-deutschland-2022>, Zugriff am 15.08.2024.

Bertelsmann Stiftung, (2022b), SGI Publications, https://www.sgi-network.org/docs/2022/basics/SGI2022_Scores.xlsx, Zugriff am 14.11.2024.

- Bhattacharjee, A., J. Dana, (2024), Lay Economic Reasoning: An Integrative Review and Call to Action, *Consumer Psychology Review*, 7(01), S. 3-39.
- Bolwin, L., C. Kestermann, M. Küper, T. Schaefer, (2024), Klimatransformation: Schmerzen und Chancen, <https://www.iwkoeln.de/studien/lennart-bolwin-christian-kestermann-malte-kueper-thilo-schaefer-schmerzen-und-chancen.html>, Zugriff am 13.11.2024.
- Boockmann, B., G. Meister-Scheufelen, B. Unger, (2025), Wenn mehr gearbeitet würde – Potenziale des deutschen Arbeitsmarktes, *Wirtschaftsdienst*, 105(1), S. 69-74.
- Bundesministerium der Justiz, (k. J.), Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Art. 3, https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_3.html, Zugriff am 17.09.2024.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales, (2018), Forschungsbericht 520. Chancengleichheit am Arbeitsplatz, https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb520-chancengleichheit-am-arbeitsplatz.pdf?__blob=publicationFile&v=2, Zugriff am 11.10.2024.
- Bundeszentrale für politische Bildung, (2020), Armutsgefährdungsquoten von Migranten, https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61788/armutsgefaehrdungsquoten-von-migranten/?utm_source=chatgpt.com, Zugriff am 20.02.2025.
- BVerfG – Bundesverfassungsgericht, (2021), Verfassungsbeschwerden gegen das Klimaschutzgesetz teilweise erfolgreich, <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html>, Zugriff am 16.09.2024.
- BVerfG – Bundesverfassungsgericht, (2009), 2 BvE 2/08 vom 30.6.2009, Absatz-Nr (1-421), http://www.bverfg.de/entscheidungen/es20090630_2bve000208.html, Zugriff am 22.10.2024.
- Caplan, B., (2007), *The Myth of the Rational Voter: Why Democracies Choose Bad Policies*, Princeton University Press, Princeton.
- Cappelen, A. W., U. H. Nielsen, B. Tungodden, J. R. Tyran, E. Wengström, (2016), Fairness is intuitive, *Experimental Economics*, 19(04), S. 727-740.
- Charles, V., T. Gherman, J. C. Paliza, (2022), The Gini Index: A Modern Measure of Inequality. In: Charles, Emrouznejad (Hrsg.), *Modern Indices for International Economic Diplomacy*. Palgrave Macmillan, Cham, S. 55-84.
- Christandl, F., D. Fetchenhauer, (2008), *The Illusion of Living in a Linear World – How Laymen and Experts Underestimate the Effect of Economic Growth*, Working Paper, Universität zu Köln.
- Cremer, G., (2021), *Sozial ist, was stark macht. Warum Deutschland eine Politik der Befähigung braucht und was sie leistet*, Freiburg.

- Dal Bó, E., P. Dal Bó, E. Eyster, (2016), The Demand for Bad Policy When Voters Underappreciate Equilibrium Effects, NBER Working Paper Series 85(02), S. 964-998.
- De Pee, A., D. Pinner, O. Roelofsen, K. Somers, E. Speelmann, M. Witteveen, (2018), Decarbonization of industrial sectors: the next frontier, <https://www.mckinsey.com/~media/mckinsey/business%20functions/sustainability/our%20insights/how%20industry%20can%20move%20toward%20a%20low%20carbon%20future/decarbonization-of-industrial-sectors-the-next-frontier.pdf>, Zugriff am 12.11.2024.
- Destatis, (2024), EU-weite Erwerbslosigkeit liegt im November bei 5,9 %, <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Bevoelkerung-Arbeit-Soziales/Arbeitsmarkt/EUArbeitsmarktMonat.html>, Zugriff am 18.02.2025.
- Dialga, I., L. T. Hang Giang, (2016), Highlighting Methodological Limitations in the Steps of Composite Indicators Construction, *Social Indicators Research* 131(02), S. 441-465.
- Di Martino S., I. Prilleltensky, (2020), Happiness as fairness: The relationship between national life satisfaction and social justice in EU countries, *Journal of Community Psychology* 48(06), S. 1997-2012.
- Ebert, T., (2010), *Soziale Gerechtigkeit. Ideen, Geschichte, Kontroversen*, Bonn.
- Energy Institute – Statistical Review of World Energy, (2024), Share of primary energy consumption from low-carbon sources, <https://ourworldindata.org/decarbonizing-energy-progress>, Zugriff am 14.11.2024.
- Enste, D., L. Suling, (2020), *Vertrauen in Wirtschaft, Staat, Gesellschaft 2020*, IW-Policy Paper (20), Köln.
- Enste, D., (2024), *Bedingungsloses Grundeinkommen. Teuer und wirkungslos selbst für Bedürftige*, IW-Kurzbericht (69), Köln.
- Enste, D., J. Potthoff, (2024a), *Förderung Privater und Betrieblicher Altersvorsorge. Steuerliche Anreize und Nudging im internationalen Vergleich*, Roman Herzog Institut (Hrsg.), München.
- Enste, D., J. Potthoff, (2024b), *Wirtschaftskriminalität. Entwicklungen, Täterprofile und Präventivmaßnahmen*, IW-Report (17), Köln.
- Enste, D., (2020), *Laienökonomik und Verhaltensethik: Erkenntnisse und Ideen zum Wissenstransfer*, in: Loerwald (Hrsg.), *Ökonomische Erkenntnisse verständlich vermitteln*, Springer Gabler, Wiesbaden.
- Enste, D., H. Haas, J. Wies, (2013), *Internationaler Gerechtigkeitsindex*, IW-Analyse (91), Köln.

- Enste, D., A. Haferkamp, D. Fetchenhauer, (2009), Unterschiede im Denken zwischen Ökonomen und Laien – Erklärungsansätze zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Beratung, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 10(01), S. 60-78.
- Esping-Andersen, G., (1990), *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge, UK.
- Eurostat, (2024a), Population by educational attainment level, sex and age (%) – main indicators, https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/edat_lfse_03/default/bar?lang=en&category=educ.educ_outc.edat.edat1, Zugriff am 15.11.2024.
- Eurostat, (2024b), Participation in early childhood education by sex (children aged 3 and over), https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/sdg_04_31__custom_11007068/default/table?lang=en, Zugriff am 23.08.2024.
- Eurostat, (2024c), Ratio of pupils and students to teachers and academic staff by education level and programme orientation, https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/EDUC_UOE_PERP04__custom_11008031/default/table?lang=en, Zugriff am 23.08.2024.
- Eurostat, (2024d), Arbeitslosenquote im Euroraum bei 6,5 %, <https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-euro-indicators/w/3-01082024-ap>, Zugriff am 10.09.2024.
- Eurostat, (2022), Social protection statistics – family and children benefits, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Social_protection_statistics_-_family_and_children_benefits#Family.2Fchildren_expenditure_in_2021, Zugriff am 15.11.2024.
- Evans, R., T. Siesfeld, (2020), Measuring the business value of corporate social impact. <https://www2.deloitte.com/us/en/insights/topics/social-impact/business-value-of-improving-your-csr-scorecard.html>, Zugriff am 12.11.2024.
- Fetchenhauer, D., (2009), Soziale Gerechtigkeit und die Natur des Menschen. Eine wirtschaftspsychologische Betrachtung, in: Roman Herzog Institut (Hrsg.), *Was ist Gerechtigkeit – und wie lässt sie sich verwirklichen? Antworten eines interdisziplinären Diskurses*, RHI-Diskussion (11), München, S. 28-46.
- Fetchenhauer, D., D. Dunning, (2006), Perception of Prosociality in Self and Others, in: Fetchenhauer, Flache, Buunk, Lindenberg (Hrsg.), *Solidarity and Prosocial Behavior, An Integration of Psychological and Sociological Perspectives*, Springer, New York.
- Fladmoe, A., J. Bergh, (2022), The use of adjustment weights in voter surveys. Correcting for panel attrition and nonresponse can produce less accurate estimates of voting behavior, *Electoral Studies* 78(1), S. 1-6.
- Gabel, R., J. Potthoff, (2024), Nachhaltigkeit steigt durch Freiheit statt durch Regulierung und Verbote, *IW-Kurzbericht* (84), Köln.

- Gërkhani, K., S. Cichocki, (2023), Formal and informal institutions: understanding the shadow economy in transition countries, *Journal of Institutional Economics* 19(5), S. 656-672.
- Goldschmidt, N., (2010), Spielregeln der Gerechtigkeit oder warum gerechte Strukturen wichtig sind: Die ordnungsökonomische Sicht. In: Fetchenhauer, Goldschmidt, Hradil, Liebig (Hrsg.), *Warum ist Gerechtigkeit wichtig? Antworten der empirischen Gerechtigkeitsforschung*. München: Roman-Herzog-Institut, S. 64-79.
- Goldschmidt, N., R. Kirchdörfer, D. Deißner, (2025), Dimensionen der Gerechtigkeit. In: Stiftung Familienunternehmen (Hrsg.), *Gerechtigkeit – Wie wir unsere Gesellschaft zusammenhalten*, Herder, Freiburg Basel Wien, S. 9-20.
- Gurría, Á., (2017), Einkommensunterschiede auf höchstem Stand seit 50 Jahren, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2017-06/oecd-einkommensgefuelle-ungleichheit-gesellschaft-spaltung>, Zugriff am 18.11.2024.
- Haferkamp, A., D. Enste, D. Fetchenhauer, (2008), *Efficiency versus Justice: The Evaluation of Labor Market Policies by Economists and Laypeople*, Working Paper, Universität zu Köln.
- Haidt, J., (2001), The Emotional Dog and Its Rational Tail: A social intuitionist approach to moral judgment, *Psychological Review* 108(4), S. 814-834.
- Helliwell, J. F., R. Layard, J. D. Sachs, J. E. De Neve, L. B. Akinin, S. Wang, (Eds.), (2024), *World Happiness Report 2024*. University of Oxford: Wellbeing Research Centre.
- Hellmann, T., P. Schmidt, S. H. Heller, (2019), *Social Justice in the EU and OECD. Index Report 2019*, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/SJI_2019.pdf, Zugriff am 11.10.2024.
- Hillmert, S., (2024), Leistung, Leistungsgerechtigkeit und Meritokratie. In: Böhnke, Konietzka (Hrsg.), *Handbuch Sozialstrukturanalyse*. Springer Verlag, Wiesbaden.
- Himmelstein, D. U., R. M. Lawless, D. Thorne, P. Foohey, S. Woolhandler, (2019), Medical Bankruptcy: Still Common Despite the Affordable Care Act, *AJPH Law & Ethics* 109(03), S. 431-433.
- Höltz, M., (2011), *Die Soziale Marktwirtschaft im internationalen Vergleich. Großbritannien, Deutschland und Schweden*, https://zgf-fortschritt.de/media/pages/dokumente/2372028229-1660709574/2011-04_SozMarkt_International.pdf, Zugriff am 07.11.2024.
- Hradil, S., D. Enste, T. Eyer, J. Potthoff, (2022), *Gespaltene Gesellschaft? Hintergründe, Mythen und Fakten*, https://www.romanherzoginstitut.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/PDFs-Publikationen/RHI-Diskussion__Nr_36.pdf, Zugriff am 02.08.2024.

- Hüther, M., D. Enste, J. Potthoff, (2023), Wie resilient ist die Soziale Marktwirtschaft im internationalen Vergleich? Zur Widerstandsfähigkeit von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der Transformation, https://www.romanherzoginstitut.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/PDFs-Publikationen/RHI_Studie_37_Wie_resilient_ist_die_SoMaWi.pdf, Zugriff am 01.08.2024.
- Infratest dimap, (2023), ARD-DeutschlandTREND. August 2023. Eine repräsentative Studie im Auftrag der tagesthemen, <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-pdf-122.pdf>, Zugriff am 11.09.2024.
- IPCC, (2024), Climate Change 2023. Synthesis Report, https://www.ipcc.ch/report/ar6/syr/downloads/report/IPCC_AR6_SYR_SPM.pdf, Zugriff am 05.08.2024.
- Ipsos, (2024), What worries the world?, <https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2024-03/Germany%20Report%20-%20What%20Worries%20the%20World%20Feb%202024.pdf>, Zugriff am 15.08.2024.
- Ito, B., (2020), Trade exposure and electoral protectionism: evidence from Japanese politician-level data, *Review of World Economics* 157(1), S. 181-205.
- Jenni, K., G. Loewenstein, (1997), Explaining the identifiable victim effect, *Journal of Risk and Uncertainty* 14(3), S. 235-257.
- Jochimsen, B., (2024), Gesundheitsreformen: Mehr Transparenz, mehr Effizienz und mehr Digitalisierung sind notwendig, *Wirtschaftsdienst* 104(09), S. 594-598.
- Kahneman, D., J. L. Knetsch, R. H. Thaler, (1991), Anomalies: The Endowment Effect, Loss Aversion, and Status Quo Bias. *Journal of Economic Perspectives*, 5 (1), S. 193-206.
- Kemp, S., (2007), Psychology and opposition to free trade, *World Trade Review* 6 (1), S. 25-44.
- Keisler-Starkey, K., L. N. Bunch, (2024), Health Insurance Coverage in the United States: 2023, Report Number: P60-284, <https://www.census.gov/library/publications/2024/demo/p60-284.html>, Zugriff am 20.02.2025.
- Kolev, G., J. Niehues, (2016), Ist Ungleichheit schlecht für das Wirtschaftswachstum? Eine Neubewertung des Zusammenhangs für Deutschland, *IW-Report* (14), Köln.
- Konle-Seidl, (2021), Die Grundsicherung für Arbeitsuchende im europäischen Kontext, *Wirtschaftsdienst* 101(09), S. 719-725.
- Körber Stiftung, (2024), Demokratie in der Vertrauenskrise, <https://koerber-stiftung.de/projekte/demokratie-in-der-krise-umfrage-2024/>, Zugriff am 15.08.2024.
- Lesch, H., C. Schröder, (2023), Stellungnahme zur vierten Anhörung zu den Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns: Vertrauen in die Mindestlohnanpassung wiederherstellen, *IW-Report* (22), Köln.

- Licht, Th., B. Unger, A. von Maltzan, K. Wohlrabe, (2024a). Aufwand, Kosten und Folge von Bürokratie aus Unternehmenssicht, ifo Schnelldienst, 11/2024, 77. Jhrg., S. 26-28.
- Licht, Th., B. Unger, A. von Maltzan, K. Wohlrabe, (2024b). Kommunale Nähe als Erfolgsfaktor: Was Unternehmen an Verwaltungen schätzen und was nicht, ifo Schnelldienst, 12/2024, 77. Jhrg., S. 43-47.
- Liebig, S., M. May, (2015), Gerechtigkeit als Kooperationsbedingung in modernen Gesellschaften, https://pub.uni-bielefeld.de/download/2712500/2712505/SFB_882_WP_0048_Liebig_May.pdf, Zugriff am 12.09.2024.
- Liebig, S., J. Adriaans, (2021), Unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe für eine gerechte Einkommensverteilung, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/sozialbericht-2024/553265/unterschiedliche-bewertungsmaassstaebe-fuer-eine-gerechte-einkommensverteilung/>, Zugriff am 16.09.2024.
- Mankiw, N. G., (2021), Principles of Economics (9th ed.). Cengage Learning.
- Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, (2018), Die Visegrád-Staaten im Strudel postsozialistischer Umbrüche, https://www.eth.mpg.de/4807138/news_2018_05_31_01, Zugriff am 15.11.2024.
- Meyer, K., (2016), Bildung, in: Goppel, Mieth, Neuhäuser (Hrsg.), Handbuch Gerechtigkeit. Deutschland: J B Metzler Verlag, S. 363-367.
- Mishagina, N., C. Montmarquette, (2021), The role of beliefs in supporting economic policies: The case of the minimum wage, Journal of Economic Behavior & Organization 188, S. 1059-1087.
- Moore, C., (2016), Always the hero to ourselves: The role of self-deception in unethical behavior, in: van Prooijen, van Lange (Hrsg.), Cheating, corruption, and concealment: The roots of dishonesty, Cambridge University Press, S. 98-119.
- Müller, D., S. Renes, (2020), Fairness views and political preferences: evidence from a large and heterogeneous sample, Social Choice and Welfare 56(02), S. 679-711.
- Niehues, J., M. Stockhausen, (2024), Aktuelle Trends und Herausforderungen für die Verteilungspolitik. IW-Verteilungsreport 2024, IW-Report (49), Köln.
- Niehues, J., M. Beznoska, M. Stockhausen, (2021), Verteilungsfolgen der Corona-Pandemie: Staatliche Sicherungssysteme und Hilfsmaßnahmen stabilisieren soziales Gefüge, Wirtschaftsdienst, S. 17-21.
- Niehues, J., (2018), Die Einkommens- und Vermögensungleichheit Deutschlands im internationalen Vergleich, IW-Kurzbericht (29), Köln.
- Norberg, J., (2023), Globalization: A Race to the Bottom – or to the Top? Cato Institute, <https://www.cato.org/publications/globalization-race-bottom-or-top>, Zugriff am 12.11.2024.

- OECD, (2024a), Doctors, <https://www.oecd.org/en/data/indicators/doctors.html?oecdcontrol-00b22b2429-var3=2022>, Zugriff am 02.09.2024.
- OECD, (2024b), Incidence of low and high pay, [https://data-explorer.oecd.org/vis?lc=en&tm=PAY_INCIDENCE&pg=0&snb=1&vw=tb&df\[ds\]=dsDisseminateFinalDMZ&df\[id\]=DSD_EARNINGS%40PAY_INCIDENCE&df\[ag\]=OECD.ELS.SAE&df\[vs\]=&pd=2014%2C&dq=....._T&to\[TIME_PERIOD\]=false](https://data-explorer.oecd.org/vis?lc=en&tm=PAY_INCIDENCE&pg=0&snb=1&vw=tb&df[ds]=dsDisseminateFinalDMZ&df[id]=DSD_EARNINGS%40PAY_INCIDENCE&df[ag]=OECD.ELS.SAE&df[vs]=&pd=2014%2C&dq=....._T&to[TIME_PERIOD]=false), Zugriff am 23.08.2024.
- OECD, (2024c), Gender wage gap, [https://data-explorer.oecd.org/vis?df\[ds\]=dsDisseminateFinalDMZ&df\[id\]=DSD_EARNINGS%40GENDER_WAGE_GAP&df\[ag\]=OECD.ELS.SAE&df\[vs\]=&pd=2014%2C2023&dq=.....MEDIAN._T&to\[TIME_PERIOD\]=false&vw=tb](https://data-explorer.oecd.org/vis?df[ds]=dsDisseminateFinalDMZ&df[id]=DSD_EARNINGS%40GENDER_WAGE_GAP&df[ag]=OECD.ELS.SAE&df[vs]=&pd=2014%2C2023&dq=.....MEDIAN._T&to[TIME_PERIOD]=false&vw=tb), Zugriff am 23.08.2024.
- OECD, (2024d), Unemployment rate by age group, <https://www.oecd.org/en/data/indicators/unemployment-rate-by-age-group.html?oecdcontrol-4c072e451c-var3=2022&oecdcontrol-4c072e451c-var5=A>, Zugriff am 23.08.2024.
- OECD, (2024e), Benefits in unemployment, share of previous income, <https://www.oecd.org/en/data/indicators/benefits-in-unemployment-share-of-previous-income.html?oecdcontrol-00b22b2429-var3=2023>, Zugriff am 05.09.2024.
- OECD, (2024f), Trust in government, <https://www.oecd.org/en/data/indicators/trust-in-government.html?oecdcontrol-3122613a85-var3=2022>, Zugriff am 14.11.2024.
- OECD, (2024g), Public finance main indicators – Government at a glance, Yearly updates, https://data-explorer.oecd.org/vis?lc=en&fc=Measure&snb=5&vw=tb&df%5bds%5d=dsDisseminateFinalDMZ&df%5bid%5d=DSD_GOV%40DF_GOV_PFYU&df%5bag%5d=OECD.GOV.GIP&df%5bvs%5d=&pd=2014%2C&dq=A.AUS%2BAUT%2BBEL%2BCAN%2BCHL%2BCOL%2BCZE%2BDNK%2BBEST%2BFIN%2BFRA%2BDEU%2BGRC%2BHUN%2BISL%2BIRL%2BISR%2BITA%2BJPN%2BKOR%2BLVA%2BLTU%2BLUX%2BMEX%2BNLD%2BNZL%2BNOR%2BPOL%2BPRT%2BSVK%2BSVN%2BESP%2BSWE%2BCHE%2BTUR%2BGBR%2BUSA%2BEUOECD%2BOECD%2BOECD_REP%2BBRA%2BBGR%2BHRV%2BROU%2BZAF.GGD.PT_B1GQ...&to%5bTIME_PERIOD%5d=false, Zugriff am 21.11.2024.
- OECD, (2023a), Health expenditure and financing, [https://data-explorer.oecd.org/vis?df\[ds\]=DisseminateFinalDMZ&df\[id\]=DSD_SHA%40DF_SHA&df\[ag\]=OECD.ELS.HD&dq=.A.EXP_HEALTH.PT_EXP_HLTH._T..HC6.._T...&pd=2014%2C2023&to\[TIME_PERIOD\]=false&vw=tb](https://data-explorer.oecd.org/vis?df[ds]=DisseminateFinalDMZ&df[id]=DSD_SHA%40DF_SHA&df[ag]=OECD.ELS.HD&dq=.A.EXP_HEALTH.PT_EXP_HLTH._T..HC6.._T...&pd=2014%2C2023&to[TIME_PERIOD]=false&vw=tb), Zugriff am 02.09.2024.
- OECD, (2023b), Labour compensation per hour worked, <https://www.oecd.org/en/data/indicators/labour-compensation-per-hour-worked.html?oecdcontrol-936d6131f3-var8=AGRWTH>, Zugriff am 01.08.2024.
- OECD, (2023c), Labour productivity and utilisation, <https://www.oecd.org/en/data/indicators/labour-productivity-and-utilisation.html>, Zugriff am 22.08.2024.

- OECD, (2023d), Unemployment rates by education level, <https://www.oecd.org/en/data/indicators/unemployment-rates-by-education-level.html>, Zugriff am 23.08.2024.
- OECD, (2023e), Unemployment rate, <https://www.oecd.org/en/data/indicators/unemployment-rate.html?oecdcontrol-4c072e451c-var3=2022&oecdcontrol-4c072e451c-var5=A>, Zugriff am 15.11.2024.
- OECD, (2023f), Long-term unemployment rate, <https://www.oecd.org/en/data/indicators/long-term-unemployment-rate.html#indicator-chart>, Zugriff am 23.08.2024.
- OECD, (2023g), Income distribution database, [https://data-explorer.oecd.org/vis?lc=en&pg=0&tm=GINI&snb=2&vw=tb&df\[ds\]=dsDisseminateFinalDMZ&df\[id\]=DSD_WISE_IDD%40DF_IDD&df\[ag\]=OECD.WISE.INE&df\[vs\]=1.0&dq=AUS%2BAUT%2BBEL%2BCAN%2BCHL%2BCRI%2BCZE%2BDNK%2BEST%2BFIN%2BFRA%2BDEU%2BGRC%2BHUN%2BISL%2BIRL%2BISR%2BITA%2BJPN%2BKOR%2BLVA%2BLTU%2BLUX%2BMEX%2BNLD%2BNZL%2BNOR%2BPOL%2BPRT%2BSVK%2BSVN%2BESP%2BSWE%2BCHE%2BTUR%2BGBR%2BUSA%2BBRA%2BBGR%2BHRV%2BROU%2BRUS%2BZAF.A.INC_DISP_GINI..0_TO_1..T.METH2012.D_CUR.&pd=2014%2C&to\[TIME_PERIOD\]=false](https://data-explorer.oecd.org/vis?lc=en&pg=0&tm=GINI&snb=2&vw=tb&df[ds]=dsDisseminateFinalDMZ&df[id]=DSD_WISE_IDD%40DF_IDD&df[ag]=OECD.WISE.INE&df[vs]=1.0&dq=AUS%2BAUT%2BBEL%2BCAN%2BCHL%2BCRI%2BCZE%2BDNK%2BEST%2BFIN%2BFRA%2BDEU%2BGRC%2BHUN%2BISL%2BIRL%2BISR%2BITA%2BJPN%2BKOR%2BLVA%2BLTU%2BLUX%2BMEX%2BNLD%2BNZL%2BNOR%2BPOL%2BPRT%2BSVK%2BSVN%2BESP%2BSWE%2BCHE%2BTUR%2BGBR%2BUSA%2BBRA%2BBGR%2BHRV%2BROU%2BRUS%2BZAF.A.INC_DISP_GINI..0_TO_1..T.METH2012.D_CUR.&pd=2014%2C&to[TIME_PERIOD]=false), Zugriff am 02.09.2024.
- OECD, (2023h), Waste – Municipal waste: generation and treatment, [https://data-explorer.oecd.org/vis?df\[ds\]=DisseminateFinalDMZ&df\[id\]=DSD_MUNW%40DF_MUNW&df\[ag\]=OECD.ENV.EPI&dq=.A.RECYCLING%2BMUNICIPAL.PT_WST_TR&pd=2014%2C&to\[TIME_PERIOD\]=false&vw=tb](https://data-explorer.oecd.org/vis?df[ds]=DisseminateFinalDMZ&df[id]=DSD_MUNW%40DF_MUNW&df[ag]=OECD.ENV.EPI&dq=.A.RECYCLING%2BMUNICIPAL.PT_WST_TR&pd=2014%2C&to[TIME_PERIOD]=false&vw=tb), Zugriff am 14.11.2024.
- OECD, (2023i), PISA 2022 Results (Volume I). The State of Learning and Equity in Education, https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2023/12/pisa-2022-results-volume-i_76772a36/53f23881-en.pdf, Zugriff am 26.09.2024.
- OECD, (2023j), Annual GDP and consumption per capita, US \$, current prices, current PPPs, [https://data-explorer.oecd.org/vis?tm=GDP%20per%20Capita%20Us%24&pg=0&snb=36&vw=tb&df\[ds\]=dsDisseminateFinalDMZ&df\[id\]=DSD_NAMAIN10%40DF_TABLE1_EXPENDITURE_HCPC&df\[ag\]=OECD.SDD.NAD&df\[vs\]=2.0&dq=A.ROU%2BAUS%2BAUT%2BBEL%2BCAN%2BCHL%2BCOL%2BCRI%2BCZE%2BDNK%2BEST%2BFIN%2BFRA%2BDEU%2BGRC%2BHUN%2BISL%2BIRL%2BISR%2BITA%2BJPN%2BKOR%2BLVA%2BLTU%2BLUX%2BMEX%2BNLD%2BNZL%2BNOR%2BPOL%2BPRT%2BSVK%2BSVN%2BESP%2BSWE%2BCHE%2BTUR%2BGBR%2BUSA...B1GQ_POP.....&lom=LASTNPERIODS&lo=10&to\[TIME_PERIOD\]=false](https://data-explorer.oecd.org/vis?tm=GDP%20per%20Capita%20Us%24&pg=0&snb=36&vw=tb&df[ds]=dsDisseminateFinalDMZ&df[id]=DSD_NAMAIN10%40DF_TABLE1_EXPENDITURE_HCPC&df[ag]=OECD.SDD.NAD&df[vs]=2.0&dq=A.ROU%2BAUS%2BAUT%2BBEL%2BCAN%2BCHL%2BCOL%2BCRI%2BCZE%2BDNK%2BEST%2BFIN%2BFRA%2BDEU%2BGRC%2BHUN%2BISL%2BIRL%2BISR%2BITA%2BJPN%2BKOR%2BLVA%2BLTU%2BLUX%2BMEX%2BNLD%2BNZL%2BNOR%2BPOL%2BPRT%2BSVK%2BSVN%2BESP%2BSWE%2BCHE%2BTUR%2BGBR%2BUSA...B1GQ_POP.....&lom=LASTNPERIODS&lo=10&to[TIME_PERIOD]=false), Zugriff am 21.11.2024.
- OECD, (2022a), Poverty rate, https://www.oecd.org/en/data/indicators/poverty-rate.html?oecdcontrol-9f300511bc-var6=Y_LT18&oecdcontrol-8027380c62-var3=2021, Zugriff am 14.11.2024.

- OECD, (2022b), Poverty rate, https://www.oecd.org/en/data/indicators/poverty-rate.html?oecdcontrol-8027380c62-var3=2021&oecdcontrol-9f300511bc-var6=Y_GT65, Zugriff am 14.11.2024.
- OECD, (2020), Employment Protection Legislation Database, <https://view.officeapps.live.com/op/view.aspx?src=https%3A%2F%2Fweb-archive.oecd.org%2F2022-01-26%2F564258-OECDEmploymentProtectionLegislationDatabase.xlsx&wdOrigin=BROWSELINK>, Zugriff am 05.09.2020.
- Patole, J., D. Guha, K. Tejpal, (2023), Perceived Organizational Justice and Employee Performance: Trust as a Mediator, Peer Review Journal Rivista Italiana Filosofia Analitica 1(02), S. 1206-1215.
- Pfau-Effinger, B., M. S. Sakac, C. Wolf, (2009), Ansätze und Messkonzepte der international vergleichenden Sozialforschung unter den Bedingungen der Globalisierung, Wiesbaden.
- Pimpertz, J., (2024), Agenda 2030 für die Rentenpolitik. Leitlinien für die 21. Legislaturperiode und darüber hinaus, IW-Policy Paper (13), Köln.
- Pimpertz, J., (2019), Respekt-Rente: Selektiv statt systematisch, IW-Kurzbericht (10), Köln.
- Rat für nachhaltige Entwicklung, (2021), Klimaneutralität: Optionen für eine ambitionierte Weichenstellung und Umsetzung, https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/2021/06/RNE_Leopoldina_Positionspapier_Klimaneutralitaet.pdf, Zugriff am 13.08.2024.
- Rawls, J., (1971), Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/Main.
- Robbins, J. M., M. T. Ford, L. E. Tetrick, (2012), Perceived unfairness and employee health: A meta-analytic integration, Journal of Applied Psychology 97(2), S. 235-272.
- Royzman, E. B., J. Baron, (2002), The Preference for Indirect Harm, Social Justice Research 15(2), S. 165-184.
- Sachs, J. D., G. Lafortune, G. Fuller, (2024), The SDGs and the UN Summit of the Future. Sustainable Development Report 2024. Paris: SDSN, Dublin: Dublin University Press.
- Sagner, P., M. Voigtländer, (2025), IW-Wohnindex. Wohnungsmarkt 2025 – Rückkehr zur Normalität verläuft schleppend, IW-Report (4), Köln.
- Samuelson, W., R. Zeckhauser, (1988), Status Quo Bias in Decision Making. Journal of Risk and Uncertainty 1(1), S. 7-59.
- Santos, M., M. Simões, (2021), Globalisation, Welfare Models and Social Expenditure in OECD Countries, Open Economies Review 32(5), S. 1063-1088.

- Schäfer, H., J. Schmidt, O. Stettes, (2013), Beschäftigungsperspektiven von Frauen. Eine arbeitsmarktökonomische Analyse im Spiegel der Gleichstellungsdebatte, IW-Positionen (57), Köln.
- Scheuerman, H. L., (2013), The relationship between injustice and crime: A general strain theory approach, *Journal of Criminal Justice* 41(6), S. 375-385.
- Schneider, F., B. Boockmann, (2022), Die Größe der Schattenwirtschaft – Methodik und Berechnungen für das Jahr 2022, https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKEwjPg53fi9yJAxUeIf0HHeikCg4QFnoECBUQAQ&url=https%3A%2F%2Fwww.iaw.edu%2Fpressemitteilungen-detail%2Fdeutlicher-rueckgang-der-schattenwirtschaft-in-deutschland.html%3Ffile%3Dfiles%2Fdokumente%2Fab_04_2021%2FIAW-JKU_Schattenwirtschaft_Studie_2022_Methodik_und_Berechnungen.pdf&usg=AOvVaw1AxllngD9syF4Wgtj_9ZBe&opi=89978449, Zugriff am 14.11.2024.
- Schunck, R., C. Sauer, P. Valet, (2015), Unfair Pay and Health: The Effects of Perceived Injustice and Earnings on Physical Health, *European Sociological Review* 31(6), S. 655-666.
- Schunck, R., C. Sauer, P. Valet, (2013), Macht Ungerechtigkeit krank? Gesundheitliche Folgen von Einkommens(un-)gerechtigkeit, *WSI Mitt* 66(8), S. 553-561.
- Statistisches Bundesamt, (2025), Armutsgefährdungsquote in Deutschland nach Staatsangehörigkeit 2024 in: Gemeinschaftsstatistik zu Einkommen und Lebensbedingungen (Mikrozensus-Unterstichprobe zu Einkommen und Lebensbedingungen), Erstergebnisse 2024, Wiesbaden.
- Stiftung Familienunternehmen, (2024), Die Erbschaftsteuer hat für Familienunternehmen ernste Auswirkungen, <https://www.familienunternehmen.de/de/news/die-erbschaftsteuer-hat-fuer-familienunternehmen-ernste-auswirkungen>, Zugriff am 01.08.2024.
- Sugiharti, L., R. Purwono, M. A. Esquivias, H. Rohmawati, (2023), The Nexus between Crime Rates, Poverty, and Income Inequality: A Case Study of Indonesia, *Economies* 11(62), S. 1-15.
- Traub, S., (2020), Perspectives for a Theory of Need-Based Distributive Justice. In: Traub, Kittel (eds), *Need-Based Distributive Justice*. Springer, Cham.
- Tyler, T. R., (2006), *Why people obey the law*. Princeton University Press.
- UBS, (2023), *Global Wealth Databook 2023 – Leading perspectives to navigate the future*, <https://rev01ution.red/wp-content/uploads/2024/03/global-wealth-databook-2023-ubs.pdf>, Zugriff am 17.01.2025.

- UBS, (2024), Global Wealth Report 2024 – Crafted wealth intelligence, <https://www.ubs.com/content/dam/assets/wm/static/noindex/wm-germany/2024/doodownload/Global-Wealth-Report-2024.pdf>, Zugriff am 17.01.2025.
- United Nations, (1987), Report of the World Commission on Environment and Development. “Our Common Future”, https://digitallibrary.un.org/record/139811/files/A_42_427-EN.pdf?ln=en, Zugriff am 13.08.2024.
- vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., (2024), DeutschlandPlan 2030 – vbw Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025, <https://www.vbw-bayern.de/Redaktion/Frei-zugaengliche-Medien/Generische-Bilder/Chefredaktion/Bundestagswahl-2025/vbw-DeutschlandPlan2030-BTW-25.pdf>, Zugriff am 09.01.2025.
- vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., (2021), Gerechtes Deutschland – Die Rolle der Vermögen, https://www.vbw-bayern.de/Redaktion/Frei-zugaengliche-Medien/Abteilungen-GS/Sozialpolitik/2021/Downloads/Studie_Gerechtes-Deutschland_final.pdf, Zugriff am 20.12.2024.
- Westerheide, J. E., (2022), Die Illusion der Leistungsgerechtigkeit: Arbeit und Entgelt von Sekretärinnen. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Wößmann, F., F. Schoner, V. Freundl, F. Pfaehler, (2023), Der ifo- „Ein Herz für Kinder“-Chancenmonitor: Wie (un-)gerecht sind die Bildungschancen von Kindern aus verschiedenen Familien in Deutschland verteilt?, <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2023-04-freundl-et-al-chancenmonitor.pdf>, Zugriff am 17.09.2024.
- Weltbank, (2024a), Domestic general government health expenditure (% of current health expenditure), https://data.worldbank.org/indicator/SH.XPD.GHED.CH.ZS?most_recent_year_desc=true&view=map, Zugriff am 02.09.2024.
- Weltbank, (2024b), Share of population below 50% of median income or consumption, <https://ourworldindata.org/grapher/relative-poverty-share-of-people-below-50-of-the-median?tab=table&time=latest>, Zugriff am 14.11.2024.
- Weltbank, (2024c), Worldwide Governance Indicators, <https://www.worldbank.org/en/publication/worldwide-governance-indicators>, Zugriff am 14.11.2024.
- Weltbank, (2024d), Government expenditure on education, total (% of government expenditure), https://data.worldbank.org/indicator/SE.XPD.TOTL.GB.ZS?end=2022&most_recent_year_desc=true&start=2022&view=map, Zugriff am 23.08.2024.
- Weltbank, (2024e), Unemployment, total (% of total labor force) (modeled ILO estimate), https://data.worldbank.org/indicator/SL.UEM.TOTL.ZS?most_recent_year_desc=true, Zugriff am 23.08.2024.

- Weltbank, (2024f), Female share of employment in senior and middle management (%), https://data.worldbank.org/indicator/SL.EMP.SMGT.FE.ZS?end=2023&most_recent_year_desc=true&start=2023&view=map, Zugriff am 23.08.2024.
- Weltbank, (2024g), Proportion of seats held by women in national parliaments (%), <https://data.worldbank.org/indicator/SG.GEN.PARL.ZS>, Zugriff am 23.08.2024.
- Weltbank, (2024h), Labor force, female (% of total labor force), <https://data.worldbank.org/indicator/SL.TLF.TOTL.FE.ZS>, Zugriff am 05.09.2024.
- Weltbank, (2024i), Gross capital formation (% of GDP), <https://data.worldbank.org/indicator/NE.GDI.TOTL.ZS>, Zugriff am 14.11.2024.
- Weltbank, (2023), Mortality rate, infant (per 1,000 live births), <https://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.IMRT.IN>, Zugriff am 02.09.2024.
- Weltbank, (2022a), Fact Sheet: An Adjustment to Global Poverty Lines, <https://www.worldbank.org/en/news/factsheet/2022/05/02/fact-sheet-an-adjustment-to-global-poverty-lines>, Zugriff am 17.09.2022.
- Weltbank, (2022b), Renewable internal freshwater resources per capita (cubic meters), https://data.worldbank.org/indicator/ER.H2O.INTR.PC?most_recent_value_desc=true, Zugriff am 14.11.2024.
- Weltbank, (2020), PM2.5 air pollution, mean annual exposure (micrograms per cubic meter), <https://data.worldbank.org/indicator/EN.ATM.PM25.MC.M3?end=2019&start=1990>, Zugriff am 14.11.2024.



Stiftung Familienunternehmen

Prinzregentenstraße 50
D-80538 München

Telefon + 49 (0) 89 / 12 76 400 02
Telefax + 49 (0) 89 / 12 76 400 09
E-Mail info@familienunternehmen.de

www.familienunternehmen.de

Preis: 29,90 €

ISBN: 978-3-948850-57-9